

VERBANDSBERICHT 2013

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	4
I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES.....	7
1. BANK- UND WERTPAPIERRECHT	7
1.1. Basel III-Umsetzung: CRR / CRD IV	7
1.2. Mandatsbeschränkungen für Geschäftsleiter und Aufsichtsräte gemäß § 5 Abs.1 Z 9a und § 28a Abs.5 Z 5 BWG	8
1.3. Bankenunion / Single Supervisory Mechanism (SSM)	9
1.4. EZB Methodik des „Asset Quality Review“ (AQR) / Stress Test	9
1.5. Harmonisierung der Einlagensicherung	10
1.6. Bankeninterventions- und –strukturierungsgesetz (BIRG).....	12
1.7. EMIR	13
1.8. MiFID II / MIFIR	13
1.9. PRIPS-VERORDNUNG	14
1.10. Richtlinie für Wohnimmobilienkredite	15
1.11. Crowdfunding	16
2. STEUERRECHT / RECHNUNGSLEGUNG.....	16
2.1. Stabilitätsabgabe	16
2.2. Foreign Account Tax Compliance Act - FATCA.....	17
2.3. Automatischer Informationsaustausch	17
2.4. Finanztransaktionssteuer (FTT)	18
2.5. OePR (Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung)	18
3. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN	19
3.1. KV-Valorisierung 2014.....	19
4. ZAHLUNGSVERKEHR	20
4.1. Europäische Diskussion zur MIF (Multilateral Interchange Fee).....	20
4.2. SEPA – Standards	20
4.3. Near Field Communication (NFC).....	21
5. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE.....	21
5.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria / Novellierung Pfandbriefgesetz.....	21
5.2. Verbandsausschüsse	22
5.3. Arbeitsausschuss Einlagensicherung	25
5.4. EMIR-Forum	26
5.5. EBA-Forum.....	26
5.6. Ombudsmann.....	27
II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	28
1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD	28
1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute im Jahr 2013	28
1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors im Jahr 2013	30

2.	DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2013	33
2.1.	HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	33
2.2.	HYPO ALPE-ADRIA GRUPPE	39
2.3.	HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG (unkonsolidierter Einzelabschluss).....	49
2.4.	HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG (künftig: AUSTRIAN ANADI BANK AG)...	55
2.5.	HYPO NOE GRUPPE BANK AG	63
2.6.	HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB).....	67
2.7.	OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG	71
2.8.	SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG.....	75
2.9.	LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	82
2.10.	HYPO TIROL BANK AG	88
2.11.	VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	94
2.12.	RATING DER HYPOS	98
3.	GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SEKTORUNTERNEHMUNGEN	99
3.1.	Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (POLH)	99
3.2.	Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.....	100
3.3.	Hypo-Wohnbaubank AG.....	101
3.4.	Hypo-Bildung GmbH.....	103
III.	GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS	105
1.1.	Freier Verband	105
1.2.	Fachverband	105
1.3.	Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.	106
IV.	INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE	108
1.1.	Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)	108
1.2.	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)	108
1.3.	Verband Schweizerischer Kantonalbanken.....	109
V.	ORGANE	110
VI.	ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE	112
VII.	MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN	116

VORWORT

Das Jahr 2013 war vielleicht eines der entscheidendsten für die österreichische und europäische Bankenlandschaft. Nach mehrjährigen Vorarbeiten wurde die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und Rates am 26.6.2013 („CRR“ - Capital Requirements Regulation) und die Richtlinie für die Bankenbeaufsichtigung, die „CRD IV“ (Capital Requirements Directive IV) verlautbart. Letztere hatte eine weitere BWG-Novelle zur Folge. Mit der CRR hat in Österreich eine europäische Verordnung direkte Gesetzeswirkung für das Bankwesen erlangt. Hiermit ist ein maßgeblicher Schritt zu einer weiteren Integration Europas unternommen und formal erfolgreich abgeschlossen worden. Soweit auf der einen Seite Rechtssicherheit erlangt und die vorgelagert feststellbare Unsicherheit beendet wurde, wurde andererseits sehr bald die hohe Komplexität des umfangreichen Regelwerks im Hinblick auf die Umsetzungserfordernisse in der Praxis merkbar. Damit zeigt sich auch die Schwierigkeit des europäischen Integrationsprozesses, in dem es nur schwer gelingt, auf Nationalismen zu verzichten. Hinzukommt, dass viele Regelungsdetails in Form erst später zu schaffender Standards festgelegt werden. Letztlich soll und muss das Regelwerk den Zweck erfüllen, die Stabilität des europäischen Finanzmarktes zu stärken und krisenfest zu machen. Ob das in dieser Komplexität gelingt, wird nur die Zukunft beantworten können.

Die steigenden Anforderungen der Bankenaufsicht machen u.a. im Zusammenhang mit den Fit&Proper-Anforderungen an Geschäftsleiter, an Vorsitzende und Mitglieder der Kontrollorgane die praktische Umsetzung durchaus herausfordernd. Gleichzeitig soll das auf europäischer Ebene geprägte Prinzip der „diversity“ zu einem Kranz reicher Erfahrungen in den Aufsichtsorganen von Banken führen. Auch bezüglich der „Quote des unterrepräsentierten Geschlechts (Frauenquote)“ wird es vermutlich noch eines längeren Zeitraumes bedürfen, bis die gewünschte Parität hergestellt werden kann.

Für den Hypo-Sektor war das Jahr 2013 aber auch von der immer wieder aufflammenden und zuletzt im Februar 2014 vehement entfachten Diskussion über die weitere Zukunft der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG geprägt. Zweifellos wurden dadurch die übrigen Mitgliedsinstitute in der medialen Verkürzung auf „Hypo“, die auch von Personen des öffentlichen Lebens immer wieder bewusst oder unbewusst gewählt wurde, in der breiten Öffentlichkeit imagemäßig belastet. Gerade das im Bankgeschäft so bedeutende Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Bank kann auf diese Weise nachhaltig gestört werden. Um diese negative Folgewirkungen abzumildern, war die Verbandsspitze in zahlreichen und laufenden Kontakten mit Meinungsbildnern auf allen Ebenen bemüht, die Bedeutung der „anderen“ Hypo-Landesbanken für den Wirtschaftsstandort

Österreich unterscheidbar hervor zu heben. Nach dem Verkauf der zukünftigen „Austrian Anadi Bank AG“ und der politischen Entscheidung zur Errichtung der lang erwarteten Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG auf allgemein gesellschaftsrechtlicher Basis sollte sich aber auch dieser Themenkreis in nächster Zeit wieder entspannen. Es bleibt zu hoffen, dass der Hypobanken-Sektor mit generell konservativem Geschäftsmodell, einer unkonsolidierten Bilanzsumme von über 81 Mrd. EUR und nahezu 4.500 Mitarbeiter/-innen im Inland in ruhigeres Fahrwasser steuert und die Sektor-Mitglieder ihre Funktion als regional verankerte Geschäftsbanken mit neuem Elan, Selbstbewusstsein und steigendem Erfolg wahrnehmen können.

Eine weitere Herausforderung für die österreichischen Banken, insbesondere auch für die Hypo-Banken, besteht in der steigenden Abgabenbelastung. Das österreichische Spezifikum der „Stabilitätsabgabe“ negiert mehr oder weniger die übliche Form einer Ertrags- bzw. Gewinnbesteuerung und ist als Substanzbesteuerung ausgebildet, die unabhängig vom tatsächlichen Geschäftserfolg einer Bank zu bezahlen ist. Für den Hypo-Sektor bedeutet dies, dass sich die Belastung aus der Stabilitätsabgabe und diversen Zuschlägen 2013 im Verhältnis zur abgeführten Körperschaftssteuer noch annähernd die Waage hielt. 2014 zeigen die Prognosen allerdings, dass sich die Stabilitätsabgabe samt Sonderbeiträgen gegenüber der Körperschaftssteuer vervielfacht. Die ab 2014 geltende Bemessung führt im Hypo-Sektor zu einer durchschnittlichen Mehrbelastung von über 85 %. Sektorinterne Schätzungen der Stabilitätsabgabe lassen fast das 2,4-fache des KÖSt-Aufkommens erwarten.

Hinzu kommt, dass ab dem kommenden Jahr nationale bzw. sektorale Fonds für die Einlagensicherung einerseits und für die Bankenabwicklung andererseits von den Banken dotiert werden müssen, wovon ein Teil für den Aufbau des Europäischen Banken-Restrukturierungsfonds verwendet wird. Aus heutiger Sicht wird die Dotation dieser Fonds über einen Zeitraum von 10 bzw. 8 Jahren insgesamt 1,8 % der gesicherten Einlagen erreichen müssen. Seitens der Banken ist daher unbedingt darauf zu dringen, dass die im Wege der Stabilitätsabgabe abzuführenden Steuern zweckgebunden für die Fondsdotierung verwendet werden und jene Abgabenbelastung, die über die zwingende Fondsdotierung hinausgeht, reduziert wird.

Es muss das erklärte Ziel bleiben, die Eigenmittelausstattung der Banken möglichst aus der Innenfinanzierung zu stärken, um den Banken auch zukünftig die Erfüllung ihrer Grundfunktionen zu ermöglichen. Der weitere Aufbau der Eigenmittel und die Beseitigung aller diesbezüglichen Hemmnisse ist der entscheidende Schlüssel dafür, dass gerade die regional verwurzelten Banken, wie es die Hypo-Landesbanken sind, dem einzelnen Wirtschaftstreibenden und der Wirtschaft im allgemeinen als innovativer und vertrauensvoller Partner zur Seite stehen können. Nicht zuletzt

sind es die Banken, die als Motoren für das dringend erforderliche Wirtschaftswachstum gelten, die die Geschäfte ihrer Kunden mit verstärkter Kreditvergabe erst ermöglichen.

Schließlich war das Jahr 2013 von einem Wechsel an der Spitze der Verbandspräsidentschaft gekennzeichnet. Der langjährige Präsident Dkfm. Dr. Jodok Simma hat infolge Ablaufs der Funktionsperiode das Amt des Verbandspräsidenten zum 31.12.2013 niedergelegt. Bereits im Frühherbst wurde Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold als zukünftiger Präsident des Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken designiert und in der Vollversammlung am 29.11.2013 zum Präsidenten auf die Funktionsdauer von drei Jahren gewählt. Somit besteht das Präsidium neben Generaldirektor Mag. Dr. Harold aus KR Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner und dem Vorsitzenden des Vorstandes der Hypo Vorarlberg, Mag. Dr. Michael Grahammer.

Unser Dank gilt allen Vorstandsvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der Mitgliedsinstitute, die den Verband und seine Mitarbeiter bei ihren vielfältigen Aufgaben unterstützen und auch die entsprechenden personellen Ressourcen, vor allem in fachlicher Hinsicht zur Verfügung stellen. Die vielen Verbandsausschüsse und Fachtagungen zeugen von der Kompetenz - nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer Hinsicht -, die in den Mitgliedsinstituten und dem Verband vorhanden ist. Ungeachtet dieser Unterstützung war das Jahr 2013 für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes wie schon das Vorjahr herausfordernd und spannend. Trotz geringer Mitarbeiteranzahl konnte der Verband seine Kompetenz auch im Jahr 2013 tagtäglich unter Beweis stellen und die Mitgliedsinstitute zeitnah und bestmöglich informieren, um diese in die Lage zu versetzen, erforderliche Durchführungsmaßnahmen gezielt und unter eigener Ressourcenschonung vorzunehmen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchten wir an dieser Stelle unseren Dank für die im abgelaufenen Kalenderjahr erbrachten Leistungen ausdrücken und sie ersuchen, dem Verband und ihren Mitgliedern mit der gezeigten Tatkraft auch weiterhin zur Verfügung zu stehen.

Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
Präsident

KR Dr. Claus Fischer-See
Generalsekretär

I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES

Einleitung:

Im Jahre 2013 konnte die personelle Besetzung des Hypo-Verbandes auf Referentenebene auf den ursprünglichen Stand ergänzt werden. Der Verband verfügt somit über zwei versierte Referentinnen mit Aufgabenschwerpunkt „Recht“ und zwei versierte Referenten, die den Aufgabenbereich „Risiko, Rechnungswesen, Zahlungsverkehr und Technik“ abdecken. Neben dem Sekretariat im engeren Sinne werden durch den Generalsekretär und die vier Referenten und Referentinnen die Interessen der zehn österreichischen Hypo-Banken wahrgenommen. Darunter fallen auch die Geschäftsführungsfunktionen in der Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. und der Einlagensicherungseinrichtung des Sektors. 2013 war in besonderem Maße von den Vorarbeiten und der Begleitung des Gesetzwerdungsprozesses auf der EU-Ebene für CRR (und CRD IV) geprägt, wobei sich ein nicht unwesentlicher Anteil auf die BWG-Novelle bezog. Besonders herausfordernd war die Vielfalt der zu behandelnden Themen, die regelmäßig von knappen Zeitvorgaben in den Konsultationsprozessen gekennzeichnet waren. Sämtliche Themengebiete, sei es der bankregulatorische Bereich, der steuerrechtliche Bereich oder der technische Bereich in Richtung Zahlungsverkehr bzw. Meldewesen erforderten von den Verbandsmitarbeitern außergewöhnlichen Einsatz in qualitativer Hinsicht, hohe zeitliche Verfügbarkeit und Termintreue. Parallel dazu wurde das Projekt „Pfandbriefstelle Neu“ entscheidend vorangetrieben. Damit sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, 2014 die endgültigen Entscheidungen für die Projektumsetzung zu treffen. In den letzten Dezembertagen gelang es, nach mehrmonatigen Vorarbeiten im direkten Einvernehmen mit dem BMF und der FMA eine Lösung zu finden, die die Eigenschaft der Pfandbriefstelle als Nicht-CRR-Institut definitiv bestätigte. Nachstehend werden einige wichtige Themen des umfangreichen Arbeitsprogramms des vergangenen Jahres – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – cursorisch beschrieben.

1. BANK- UND WERTPAPIERRECHT

1.1. Basel III-Umsetzung: CRR / CRD IV

Seit 1.1.2014 ist Basel III mit dem CRR/CRD IV Paket in der EU in Kraft getreten. Im Kernstück sieht es höhere Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen für die Banken vor. Die Vorgaben für Eigenmittel und Liquidität für Banken müssen schrittweise bis 1.1.2019 umgesetzt werden. Kapitalmarkterfordernisse bedingen, dass die systemrelevanten Institute im Regelfall bereits jetzt

die strengeren Vorgaben einhalten. Parallel dazu wurde die Novelle zum BWG per 1.1.2014 rechtswirksam, wodurch die CRD IV auf nationaler Ebene umgesetzt wurde. Im Ergebnis wurden im BWG all jene Bestimmungen aufgehoben, die nun in der europäischen Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 enthalten sind. Die europäische VO ist unmittelbar auf nationaler Ebene wirksam geworden, ohne dass es eines nationalen Umsetzungsgesetzes bedurfte.

1.2. Mandatsbeschränkungen für Geschäftsleiter und Aufsichtsräte gemäß § 5

Abs.1 Z 9a und § 28a Abs.5 Z 5 BWG

Gemäß § 107 Abs.80 BWG treten die §§ 5 Abs. 1 Z 9a und 28a Abs. 5 Z 5 BWG, die eine Mandatsbegrenzung für Geschäftsleiter (§ 5 Abs. 1 Z 9a) und Aufsichtsratsmitglieder (§ 28 a Abs. 5 Z 5) von Kreditinstituten vorsehen, mit 1.7.2014 in Kraft. Ab dem Inkrafttreten können Geschäftsleiter von Kreditinstituten grundsätzlich nur mehr eine Tätigkeit in geschäftsführender Funktion sowie zusätzlich zwei Tätigkeiten als Mitglied eines Aufsichtsrates wahrnehmen. Mitglieder des Aufsichtsrates eines Kreditinstituts dürfen ab 1.7.2014 insgesamt nur mehr eine Tätigkeit in geschäftsführender Funktion in Verbindung mit zwei Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglied oder insgesamt vier Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglied wahrnehmen. Auch wenn in dieser Bestimmung nur die Formulierung „Aufsichtsrat“ verwendet wird, so ist darunter rechtsformunabhängig der „Aufsichtsrat oder ein sonst nach Gesetz oder Satzung zuständiges Aufsichtsorgan“ zu verstehen (vgl. EB zu § 5 Z 9a BWG).

Für die Berechnung der Anzahl der Tätigkeiten gelten mehrere Tätigkeiten (i) innerhalb derselben Gruppe (bestehend aus EU-Mutterinstitut, dessen Tochterunternehmen und eigenen Tochterunternehmen oder sonstigen Unternehmen derselben Kreditinstitutsgruppe soweit alle vorgenannten in die Beaufsichtigung auf konsolidierter Basis einbezogen sind oder einer zusätzlichen Beaufsichtigung gemäß § 6 Abs.1 FKG unterliegen), (ii) bei Mitgliedern desselben institutsbezogenen Sicherungssystems und (iii) bei Unternehmen innerhalb- und außerhalb der Finanzbranche, an denen das Kreditinstitut eine qualifizierte Beteiligung (mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmrechte) hält, als ein Mandat.

Tätigkeiten bei Organisationen, welche nicht überwiegend gewerbliche Zwecke verfolgen, sind bei der Berechnung nicht miteinzubeziehen (§ 5 Abs. 1 Z 9a und §28a Abs.5 Z 5 BWG, jeweils 5.Satz). Laut dem Schreiben der FMA vom 22.4.2014 ist zur Auslegung dieser Ausnahmebestimmungen vor allem der Gewerblichkeitsbegriff des § 1 Abs.1 BWG heranzuziehen. Zusätzlich ist zu prüfen, ob die Organisation „überwiegend“ gewerbliche Zwecke verfolgt. Im Ergebnis sollen von den Mandatsbeschränkungen insbesondere jene Organisationen

ausgenommen werden, die nicht primär gewinnorientierte, sondern gemeinnützige, karitative oder – allgemeine – ideelle Zwecke verfolgen.

Zu beachten sind schließlich die Übergangsbestimmungen des § 103q Z 10 und 15 BWG, die zudem einen Bestandschutz für bereits am 31.12.2013 innegehabte Tätigkeiten als Mitglied des Aufsichtsrates normieren. Diese Mandate sind (außer im Falle einer Systemgefährdung gemäß § 22 Abs.2 oder 3 BWG) in die Berechnung nicht einzubeziehen und müssen, auch wenn sie über die Höchstzahl hinausgehen, daher grundsätzlich nicht „abgebaut“ werden. Der Bestandschutz für diese „Altmandate“ endet jedoch mit der ersten Wiederernennung nach dem 31.12.2013. Danach ist ein Überschreiten der Mandatshöchstgrenze nur im Falle der Genehmigung einer zusätzlichen Aufsichtsrats­tätigkeit durch die FMA erlaubt.

1.3. Bankenunion / Single Supervisory Mechanism (SSM)

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Bankaufsichtsmechanismus (SSM) soll die Europäische Zentralbank (EZB) ab November 2014 die systemisch bedeutenden Banken der Eurozone direkt beaufsichtigen. Zu diesem Zweck wurde der Entwurf einer „Rahmenverordnung“ erstellt. Regelungsinhalte sind vor allem die Grundsätze und Organisation des SSM, die Methodik für die Einstufung von Banken als bedeutend oder weniger bedeutend, die Verfahren für die Aufsicht über bedeutende und weniger bedeutende Banken sowie die Verwaltungssanktionen und Übergangsbestimmungen. Die Frage der Finanzierung durch die Kreditwirtschaft wird in einer zusätzlichen Verordnung geregelt werden, wobei hier noch nähere Informationen fehlen. Die Einstufung eines Institutes soll auf Einzelfallbasis und nicht für Kategorien von Instituten getroffen werden. „Besondere Umstände“ können die Einstufung eines Instituts als weniger bedeutend rechtfertigen, obwohl die Kriterien zur Feststellung der Bedeutung erfüllt sind. Zudem sollen die Informationsrechte der EZB sehr umfänglich ausgestaltet werden. Die EZB erhält die Befugnis, insbesondere die Kategorien der zur Verfügung zu stellenden Informationen sowie die Verfahren, Formate, Zeitabstände und Fristen für die Vorlage der betreffenden Informationen festzulegen. Kritisch zu sehen ist, dass die bisher im Primärtext einer „Competent Authority“ (=nationale Aufsicht/FMA) zugewiesenen Kompetenzen sich zukünftig direkt von der EZB ableiten und den Spielraum der FMA für die „indirekt beaufsichtigten Institute“ verringern. Damit besteht aber die „Gefahr“, dass die Bedeutung des Proportionalitätsprinzips geschwächt wird.

1.4. EZB Methodik des „Asset Quality Review“ (AQR) / Stress Test

Mit dem im Jahre 2013 getroffenen Beschluss über die „Bankenunion“ wurde die Durchführung des Asset Quality Review verbunden, betroffen sind die systemrelevanten Banken in der Euro-

Zone, die unter die direkte Beaufsichtigung der EZB gestellt werden. In Österreich sind die BAWAG-PSK, die Erste Group, RLB OÖ, RLB NÖ-Wien, RZB und ÖVAG, nicht hingegen die Hypo-Banken, betroffen. Asset Quality Review ist neben Supervisory Risk Assessment und Stresstest die mittlere Phase des sog. Comprehensive Assessment der EZB. Asset Quality Review betrifft die Aktivseite der Bilanzen. Die Evaluierung der Vermögenspositionen soll bei den betroffenen Banken vor Ort durchgeführt werden und beinhaltet vor allem die Überprüfung der korrekten Risikoklassifizierung von Kundenforderungen, ob Sicherheiten ausreichend konservativ bewertet und ob gegebenenfalls angemessene Wertberichtigungen gebildet wurden. Nach Abschluss der Asset Quality Review müssen acht Prozent an hartem Kernkapital nachgewiesen werden. Dieser Wert darf auch beim anschließenden Stresstest nicht unterschritten werden. Einmal mehr werden die Verfahrenskosten von den beaufsichtigten Banken selbst zu tragen sein.

1.5. Harmonisierung der Einlagensicherung

In Europa bietet die Einlagensicherung derzeit ein heterogenes Bild. Der bunte Strauß aus nationalen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Einlagensicherungssystemen wird - nicht zuletzt aufgrund des massiven politischen Widerstands – bis auf weiteres beibehalten. Wenn es Europa allerdings ernst meint mit der Bankenunion, so ist die Überführung aller dieser Systeme in einen einheitlichen europäischen Einlagensicherungsfonds nur noch eine Frage der Zeit. Durch die neue Einlagensicherungsrichtlinie kommt es jedenfalls bereits jetzt zu einer Harmonisierung der bestehenden nationalen Einlagensicherungssysteme in wesentlichen Punkten.

Nunmehr (Stand: April 2014) wurde der RL-Text zur Einlagensicherung in der Trilog-Einigung final vom Parlament beschlossen und steht zur Veröffentlichung im Amtsblatt an. Mit Inkrafttreten wird bis Mai 2014 gerechnet. Ab dann greift eine einjährige Umsetzungsfrist ins nationale Recht.

Im Folgenden werden die wesentlichen Neuerungen durch die Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD) beleuchtet.

▪ Einheitliche Finanzierung von Einlagensicherungen europaweit

Generell wurde die Sicherungshöhe europaweit mit EUR 100 Tsd. pro Einleger festgelegt. Die den Einlagensicherungssystemen angeschlossenen Kreditinstitute müssen innerhalb von 10 Jahren einen Fonds in Höhe von 0,8% der gesicherten Einlagen dotieren. Dieser europaweite Wechsel auf eine **ex ante** Finanzierung wird systemstabilisierende Wirkung zeigen.¹

¹ Die bislang in einigen Ländern praktizierte **ex post** Finanzierung (so auch in Österreich) wirkte sich nämlich zweifach negativ aus. Zum einen ist sie prozyklisch, da in Krise geratene Banken zusätzlich zu ihrer angespannten Liquidität Mittel für die Einlagensicherung aufbringen müssen. Zum anderen bedingt sie einen **moral hazard**, in dem Sinne, dass risikofreudige Banken auf Kosten von konservativen Häusern auf die Einlagensicherung spekulieren können.

- Risikobasierte Beiträge

Ein Jahr ab Inkrafttreten der Einlagensicherungsrichtlinie, d.h. aus heutiger Sicht (Stand: April 2014) bis zum Mai 2015 wird die EBA Leitlinien zur Berechnung risikoorientierter Beiträge veröffentlichen. Damit wird flankierend zur *ex ante* Finanzierung das Problem des *moral hazard* eingedämmt.

- Verkürzung der Auszahlungsfristen

Die Auszahlungsfrist im Einlagensicherungsfall wird von stufenweise von nunmehr 20 Tagen bis auf 7 Tage im Jahr 2024 verkürzt und vom Antrags-System auf die „automatische Auszahlungsbereitschaft“ umgestiegen. Die genaue Ermittlung der gesicherten Einlage pro Einleger, im Fachjargon *Single Customer View* genannt, stellt die Banken vor große technische und organisatorische Herausforderungen.

- Sozialschutz

Für soziale Härtefälle muss die Einlagensicherung nunmehr binnen 5 Tagen eine „Notauszahlung“ zur Deckung der Lebenshaltungskosten leisten können. Weiters ist im Richtlinientext mittels eines nationalen Wahlrechts vorgesehen, Einlagen für soziale Zwecke (z.B. aus privaten Immobilientransaktionen, Heirat, Versicherungszahlungen) bis zu einem Jahr über EUR 100 Tsd. hinaus sichern zu können. Zusätzlich werden Teile der betrieblichen Altersvorsorge (KMU) nunmehr gesichert.

- Erweiterte Informationspflichten

Bei Kontoeröffnung müssen Einleger nunmehr leicht nachvollziehbare Informationen über Schutzhöhe, das zuständige Einlagensicherungssystem und die relevanten Informationen für den Einlagensicherungsfall erhalten. Diese Informationen sind den Kunden in jährlichem Abstand aktualisiert zukommen zu lassen.

- Alternative Mittelverwendung

Unter Einhaltung von strikten Kriterien ist es den Mitgliedsstaaten nunmehr gestattet, die Mittel der Einlagensicherung alternativ für präventive Maßnahmen (Sanierung) einzusetzen. Hier ist insbesondere das Zusammenspiel mit der BRRD (Bankensanierungs- und Abwicklungs-Richtlinie) zu beachten.

- Alternative Mittelaufbringung

Wenn bereits Beiträge von den angeschlossenen Instituten eingeholt wurden und die Mittel noch immer nicht ausreichen, sieht die Einlagensicherungsrichtlinie vor, dass sich Einlagensicherungen unter Beachtung von strengen Auflagen gegenseitig Kredite geben können.

Insgesamt ist die Einlagensicherungsrichtlinie aus Sicht der Systemstabilität zu begrüßen. Wettbewerbsverzerrungen sollen durch die europaweit vereinheitlichte Sicherungshöhe auf EUR 100 Tsd. und die Mittelaufbringung durch risikobasierte Beiträge vermindert werden.

Für die Umsetzung in Österreich ist weiterhin die (Neu-)Definition der Überlaufgrenze als Verbindungsglied zwischen den fünf sektoralen Sicherungseinrichtungen von Bedeutung. Vorarbeiten hierzu wird der heuer (2014) vom Hypo-Verband geleitete Arbeitsausschuss der österreichischen Einlagensicherungen leisten.

1.6. Bankeninterventions- und –strukturierungsgesetz (BIRG)²

Im Zuge der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass das Ausscheiden von Banken auf Basis der Insolvenzordnung die Stabilität des Finanzsystems gefährden kann. Die Einführung spezifischer Regelungen zur Bankenabwicklung soll dazu beitragen, frühzeitig Bankenschieflagen zu vermeiden und Banken erforderlichenfalls geordnet abzuwickeln. Unter anderem soll es möglich sein, den betriebswirtschaftlich überlebensfähigen Teil von in Schwierigkeiten geratenen Banken fortbestehen und andere Teile – unter möglichster Schonung der Steuerzahlenden – aus dem Markt ausscheiden zu lassen. Dies soll durch die Einrichtung von Abwicklungsfonds erleichtert werden, die über mehrere Jahre hinweg aus Beiträgen der Banken aufgebaut werden.

Der zukünftige Krisenmanagementrahmen wurde am 6. Juni 2012 von der EU-Kommission als Richtlinien-Entwurf veröffentlicht. Die Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und EU-Kommission wurden abgeschlossen. Der Richtlinien-Entwurf sieht einheitliche Befugnisse und Instrumente für nationale Behörden vor und soll bis Ende 2014 in nationales Recht umgesetzt werden.

Dieses Gesetz schafft einen Rahmen für Prävention und frühzeitiges Eingreifen bei Bankenschieflagen und nimmt Teile der Bankensanierungs- und Abwicklungs-Richtlinie (BRRD) in Österreich vorweg. Das Gesetz trat mit 1.1.2014 in Kraft. Wie die BRRD geben auch das BIRG und damit verbundene Änderungen des Bankwesengesetzes der Finanzmarktaufsicht (FMA) Befugnisse und Instrumente an die Hand, um geeignete Interventionsmaßnahmen zu ergreifen.

Vorgesehen ist eine Reihe von Instrumenten, die zur Prävention und Frühintervention eingesetzt werden können. Ein Abwicklungsrahmen mit spezifischen Abwicklungsinstrumenten für Banken (Bail-in, Brückenbank, Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten) soll bis 2015 ergänzt werden. Die Sanierung, Reorganisation oder Liquidierung einer Bank hat daher vorläufig

² Quelle: OeNB Homepage (<http://www.oenb.at/Finanzmarktstabilitaet/Bankenaufsicht/Aktuelle-Entwicklungen-/RL-zur-Sanierung-und-Abwicklung-von-Kreditinstituten-.html>) Zugriff am 22.04.2014.

auf Basis der bestehenden Bestimmungen zur Geschäftsaufsicht und Insolvenz von Kreditinstituten zu erfolgen.

Bis spätestens 1. Juli 2014 sind erstmals Sanierungspläne zu erstellen (kleinere Banken bis spätestens 1. Juli 2015), Abwicklungspläne sind erstmals bis 31. Dezember 2014 (kleinere Banken bis 31. Dezember 2015) an die Aufsicht zu übermitteln.

Das BIRG sieht auch zahlreiche Bereiche vor, in welchen die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) als Gutachter eingebunden wird bzw. Vor-Ort-Prüftätigkeit der OeNB vorgesehen ist.

1.7. EMIR

Durch die EMIR werden erstmals auch weite Teile der allgemeinen Wirtschaft in die Finanzmarktregulierung mit einbezogen. Zu melden sind dabei sowohl börsengehandelte Derivate als auch außerbörsliche Derivategeschäfte (OTC), sei es auf Finanzinstrumente, Indizes, Zinsentwicklungen, Waren, Rohstoffe oder Emissionsrechte oder andere Basiswerte, soweit nicht ausschließlich eine physische Abwicklung vereinbart ist. Zur Erfüllung der Meldepflicht müssen die Unternehmen eine Identifikationsnummer beantragen. Allerdings ist es natürlichen Personen, z.B. Einzelunternehmen, derzeit noch nicht möglich, eine Identifikationsnummer zu erhalten (Stand Februar 2014).

Das Onboarding zu den Transaktionsregistern sollte mittlerweile (Stand April 2014) weitestgehend abgeschlossen sein. Derzeit melden 2.500 direkte Teilnehmer mit 35.000 angeschlossenen Teilnehmern an insgesamt 6 zugelassene Transaktionsregister. Die Zahl der Meldungen beläuft sich bei allen Transaktionsregistern auf über 90 Mio. Neumeldungen pro Monat, bei der FMA laufen im gleichen Zeitraum 280 Tsd. Meldungen ein.³

1.8. MiFID II / MIFIR

Mitte April 2014 stimmte das Europäische Parlament über den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID II) sowie die einschlägige Verordnung (MIFIR) ab. Beide Rechtsakte stellen Kompromisspapiere dar, die im Rahmen der Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission erarbeitet und vom Parlament nunmehr angenommen wurden. Für die finale Verabschiedung bedarf es noch der Zustimmung des Rates. Mit einer Veröffentlichung ist im Juni zu rechnen. Danach haben die Mitgliedstaaten 30 Monate Zeit, um die MiFID in nationales Recht umzusetzen.

³ Quelle: Unterlagen vom EMIR FMA/WKO Meeting am 16.4.2014

MiFID und MiFIR sollen ein einheitliches System zur Regulierung der Aktivitäten von Investmentfirmen, regulierten Märkten und Marktdatendiensten schaffen.

Die Richtlinie enthält insbesondere Wohlverhaltensregelungen, Bestimmungen über die Dokumentation von Beratungsgesprächen, fachliche Voraussetzungen für das Management (z.B. Diversität, Wissen und Interessenskonfliktvermeidung) und angemessene Kompetenz der Berater über die angebotenen Produkte, über den Hochfrequenzhandel sowie neue Regelungen über Provisionsbeschränkungen, zu Offenlegungspflichten sowie zum Anlegerschutz.

In der MiFIR finden sich in erster Linie Regelungen über Transparenzanforderungen (Erweiterungen insbesondere für Schuldverschreibungen), die Einführung von Handelsverpflichtungen sowie eine neue Kategorie eines Handelsplatzes (OTF), die aufsichtsrechtliche Möglichkeit zur Beschränkung bzw. zum Verbot von gewissen Handelsaktivitäten sowie Drittstaatsbestimmungen.

Eine Beratung darf in Zukunft nur dann als unabhängig bezeichnet werden, wenn eine ausreichend breite Palette an Produkten unterschiedlicher Produkthanbieter bewertet wurde, bevor eine persönliche Empfehlung abgegeben wird. Der Berater darf sich nicht auf Finanzinstrumente beschränken, die von Einrichtungen emittiert oder angeboten wurden, die in enger Verbindung zum Institut stehen. Alle Gebühren, Provisionen oder andere monetäre Vorteile, die durch einen Dritten gezahlt oder gewährt werden, sind dem Kunden ohne Verzug zu erstatten. Die unabhängige Beratung hat daher im Ergebnis provisionsfrei gegen Honorar zu erfolgen.

In jedem Fall muss der Anleger regelmäßig über Gebühren, Provisionen und Vorteile unterrichtet werden, die das Institut im Zusammenhang mit der Vermittlung/Verkauf von Anlageprodukten erhalten hat.

1.9. PRIPS-VERORDNUNG

Die geplante Verordnung über „Packaged Retail Investment Products“ sieht für eine bestimmte Kategorie von sog. „verpackten Anlageprodukten für Kleinanleger“ spezielle Anlegerschutzbestimmungen vor, die das Produktverständnis, die Gebühren- und Kostentransparenz sowie die Aufklärung über Risiken verbessern sollen. Grundsätzlich fallen vier Produktkategorien unter die Verordnung, und zwar Investmentfonds, Versicherungen mit Anlagecharakter, strukturierte Finanzprodukte, verpackt in Versicherungen, Wertpapieren und Bankprodukten sowie Derivate. Ausdrücklich ausgenommen sind individuelle und betriebliche Altersvorsorgeprodukte sowie Einlagen, die ausschließlich dem Zinssatzrisiko unterliegen.

Für jedes Produkt ist ein standardisiertes Informationsblatt (Basisinformationsblatt „KID“) zu erstellen und dem Kunden nachweislich zu übergeben. Damit soll dem Kleinanleger die Anlageentscheidung und der Vergleich unterschiedlicher PRIPS erleichtert werden. Das Basisinformationsblatt muss daher rechtzeitig vor Abschluss jeder Transaktion bereitgestellt werden, in der Regel unabhängig davon, ob oder wie die Transaktion erfolgt.

Die Trilogverhandlungen über die PRIPS-Verordnung wurden bereits abgeschlossen. Im Hinblick auf die geplante Veröffentlichung Mitte 2014 wird die Verordnung voraussichtlich ab Juni 2016 direkt anzuwenden sein.

1.10. Richtlinie für Wohnimmobilienkredite

Nach umfangreichen Verhandlungen wurde am 28.2.2014 die Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Sie ist innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Der Anwendungsbereich erstreckt sich grundsätzlich auf Verbraucherkreditverträge, die grundpfandrechtlich besichert sind sowie solche, die dem Erwerb oder der Erhaltung von Eigentumsrechten an Grundstücken oder Gebäuden dienen und regelt sowohl Pflichten von Kreditgebern als auch Kreditvermittlern. Aus österreichischer Sicht ist kritisch zu sehen, dass zahlreiche Pflichten von Kreditgebern trotz identischer Zielsetzung von jenen der Verbraucherkreditrichtlinie, die seit 2010 in Form des Verbraucherkreditgesetzes in Österreich auch für Hypothekarkredite anzuwenden ist, formal abweichen. Dies gilt etwa für Werbung und Informationspflichten (Standardinformationsformulare) im vorvertraglichen Stadium oder die Berechnung des effektiven Jahreszinssatzes. Eine gewisse Erleichterung resultiert aus der Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten für hypothekarisch besicherte Verbraucherkreditverträge, die nicht für den Erwerb oder die Erhaltung von Wohnimmobilien bestimmt sind, die entsprechenden Bestimmungen der Verbraucherkreditrichtlinie für anwendbar erklären.

Weiters können geförderte Kredite von den Mitgliedstaaten aus dem Anwendungsbereich ausgenommen werden, sofern sichergestellt wird, dass Verbraucher über angemessene vorvertragliche Informationen verfügen. Diesbezüglich wäre es wünschenswert, die einschlägigen Bestimmungen dem nationalen Gesetzgeber zu überlassen. Im Hinblick auf die Regelung zur vorzeitigen Rückzahlung durch den Kreditnehmer werden in der Richtlinie Eckpunkte umschrieben, unter denen im innerstaatlichen Recht Bedingungen und Beschränkungen für die Ausübung des Kündigungsrechtes sowie für die Vorfälligkeitsentschädigung und ihre Höhe vorgesehen werden können. Daher steht die Hypothekarrichtlinie Sonderregelungen für Deckungsdarlehen nicht entgegen.

Insgesamt wird den Mitgliedstaaten bei einigen zentralen Bestimmungen der gegenständlichen Richtlinie ein Regelungsspielraum eingeräumt. Für die bevorstehende Umsetzung ist daher an den nationalen Gesetzgeber zu appellieren, ausgewogene Regelungen zu schaffen, die das effektive und kostengünstige Förderwesen der Länder nicht unnötig belasten und die Refinanzierbarkeit langfristiger Finanzierungen an Verbraucher auch in Zukunft sicherstellen.

1.11. Crowdfunding

Aufgrund der wachsenden Bedeutung von Crowdfunding als alternative Finanzierungsquelle für Unternehmen, insbesondere Start-Ups, hat sich auch die Europäische Kommission dem Thema angenommen. Für 2014 plant die Europäische Kommission die Durchführung zweier Studien dazu. Eine beschäftigt sich mit der Stellung von Crowdfunding im Zusammenhang mit dem übrigen Finanzierungsspektrum. Die zweite soll die Bedeutung dieser Finanzierungsform für Forschung und Innovation durchleuchten.

2. STEUERRECHT / RECHNUNGSLEGUNG

2.1. Stabilitätsabgabe

Die 2010 eingeführte sog. „Bankenabgabe“ läuft entgegen den ursprünglichen Plänen der Regierung 2016 nicht aus, sondern bleibt auf unbestimmte Zeit weiter bestehen. Darüber hinaus wurde das angepeilte Aufkommensniveau auf EUR 640 Mio. erhöht. Zum Vergleich: Das an Einwohnerzahl gemessen zehnmal größere Deutschland hebt insgesamt ca. EUR 500 Mio. ein. Auch von der Bemessungsgrundlage her erscheint das deutsche Modell ausgewogener. Während in Österreich eine Substanzbesteuerung gewählt wurde, die vordringlich an der Bilanzsumme festgemacht ist, orientiert sich Deutschland an den Ertragsverhältnissen der einzelnen Häuser. Ein weiteres österreichisches Spezifikum ist die mangelnde Zweckbindung. Bis auf die Sonderabgabe zur Stabilitätsabgabe stehen die Mittel dem Staatshaushalt zur freien Verfügung und kommen sogar den „neun Bundesländern“ im Wege des Finanzausgleiches zugute, ohne dass diese zu Stabilisierungsmaßnahmen für Banken verpflichtet wären. Aufgrund der überproportional hohen Bankenabgabe in Österreich sind Standort- und Wettbewerbsnachteile für österreichische Banken zu befürchten. Der Hypo-Verband fordert deshalb die Anrechenbarkeit der Zahlungen auf die zu errichtenden Einlagensicherungs- bzw. Abwicklungsfonds.

2.2. Foreign Account Tax Compliance Act - FATCA

Um der Steuervermeidung durch US-Steuerpflichtige entgegenzuwirken, sieht der „Foreign Account Tax Compliance Act“ vor, dass ausländische (Nicht-US-)Finanzinstitute ihre in den USA steuerpflichtigen Kunden identifizieren und an die US-Steuerbehörde IRS melden. Der deutsche und englische Text des zwischenstaatlichen Abkommens Österreich-USA zu FATCA (IGA) wurde bereits paraphiert. Das IRS hat die Registrierungsfrist zudem auf den 5.5.2014 verlängert. Eine rechtzeitige Eintragungsmöglichkeit des FATCA-Status der Institute sollte daher gesichert sein. Für den Fall, dass die anhängige Abkommensrevision nicht rechtzeitig abgeschlossen werden kann, stellt sich die Frage nach der Rechtsgrundlage für die Beantwortung von Gruppensuchen, die im Rahmen von FATCA Model II-IGA an Österreich zu richten sein werden. Das US-Treasury Department möchte sich hierfür auf Art. 25 DBA-USA in seiner derzeitigen Fassung stützen. Das BMF hat hiergegen keine rechtlichen Bedenken, da auf Grund des völkerrechtlichen Charakters des IGA als Staatsvertrag, der auf derselben Ebene wie das DBA steht und die direkte Ermächtigung und Verpflichtung für die Banken zur Offenlegung beinhaltet, das Erfordernis des § 2 Abs. 3 letzter Satz ADG als erfüllt angesehen wird.

Zur Vorbereitung auf FATCA finden auf WKÖ-Ebene regelmäßig Besprechungen im Expertenkreis statt. Zu den Vorarbeiten zählen überdies die Übersetzung der zu verwendenden Formulare und die Einholung von Gutachten zu strittigen Rechtsthemen (bis dato zu den Themen: Responsible Officer und Consent to report).

2.3. Automatischer Informationsaustausch

Österreich hat nunmehr der erweiterten EU-Zinsenrichtlinie und somit dem automatischen Informationsaustausch im Steuerbereich zugestimmt. Voraussetzung ist jedoch u.a., dass die EU-Kommission zu Ergebnissen mit den fünf Drittstaaten, wie insbesondere der Schweiz, betreffend den Übergang zum automatischen Informationsaustausch kommt. Auf Basis eines Beschlusses der Spartenkonferenz wurde eine gemeinsame Position erarbeitet, um die Interessen der österreichischen Banken (insbes. eine ausreichende Übergangsfrist (2017) und Übergang zu einem einzigen Standard) im Wege aktiver Mitgestaltung angemessen vertreten zu können.

Auf Initiative der G-20 hat die OECD am 13.2.2014 ein Regelwerk („Standard for Automatic Exchange of Financial Account Information“) nach dem Vorbild von FATCA veröffentlicht. Den Ländern soll damit ein am FATCA Model I-IGA angelehntes Muster-Regelwerk zum automatischen Informationsaustausch von Konteninformationen der Steuerbürger des jeweils anderen Vertragsstaates zur Verfügung gestellt werden. Die Standardisierung des Informationsaustausches soll den Steuerbehörden und Finanzinstituten helfen, diesen künftig für unterschiedliche

Vertragsstaaten systemisch möglichst gleichlaufend und damit kostengünstig umsetzen zu können.

Der Standard besteht aus zwei Komponenten, nämlich dem "Model Competent Authority Agreement (CAA)" und dem "Common Standard on Reporting and Due Diligence for Financial Account Informatio (CRS)". Das CAA enthält die Regeln für den jährlichen Austausch der Kontoinformationen zwischen den Ländern, der CRS (als Annex dazu) die von den Finanzinstituten zu implementierenden Regeln zur Berichterstattung und Due Diligence. Um eine einheitliche Anwendung des Standards sicherzustellen, bedarf es noch der Veröffentlichung einer ausführlichen Kommentierung des Standards. Zudem ist auch noch eine technische Lösung für die tatsächliche Durchführung des Informationsaustauschs ausständig. Diesbezüglich gibt es schon Vorarbeiten für ein XML-Meldeschema. Sowohl die Kommentierung als auch das Meldeformat sollen anlässlich des September 2014-Gipfels der G20 vorgestellt werden.

2.4. Finanztransaktionssteuer (FTT)

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird derzeit nur von 11 EU-Mitgliedstaaten (darunter u.a. Österreich) verfolgt. Viele dieser Mitgliedstaaten sind allerdings bemüht, ihre eigenen nationalen Steuer-Modelle zu installieren. Der bisherige Vorschlag der EU-Kommission für eine breite Besteuerung aller börslichen und außerbörslichen Geschäfte sowie Derivate (0,1%/0,01%) ist offensichtlich nicht einigungsfähig. Eine nicht flächendeckende Einführung führt allerdings zu Wettbewerbsnachteilen und eröffnet Umgehungsmöglichkeiten. Vor Ende der EU-Legislaturperiode ist nicht mit einer politischen Entscheidung zu rechnen. Da von der FTT unkalkulierbare Risiken ausgehen können, ist eine profunde Auswirkungsanalyse vor einer allfälligen Umsetzung notwendig. Außerdem bedürfte es einer detaillierten Analyse, welche Finanzprodukte sinnvollerweise von der Finanztransaktionssteuer erfasst werden sollten. Um Mehrfachbesteuerungen zu vermeiden, wären jedenfalls Ausnahmen erforderlich, etwa für Repogeschäfte, Altersvorsorge, Investmentfonds etc. Aus österreichischer Sicht ist darauf hinzuweisen, dass eine weitere Belastung für österreichische Banken, neben der Stabilitätsabgabe, nicht unterstützt werden kann.

2.5. OePR (Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung)

Die österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung (vulgo „Bilanzpolizei“) ist als privatrechtlicher Verein konstituiert und nicht auf Gewinn ausgerichtet. Vom BMF wurde sie nach Absprache mit dem BMJ anerkannt. Die bei der OePR eingerichtete Prüfstelle ist in ihrer Tätigkeit weisungsfrei.

Die rechtliche Grundlage für die OePR ist das Rechnungslegungs-Kontrollgesetz (RL-KG). Nach Beschluss im österreichischen Nationalrat im Dezember 2012 trat es mit 1.7.2013 in Kraft. Erstmals ist das RL-KG auf Abschlüsse und sonstige vorgeschriebene Informationen des Geschäftsjahres anzuwenden, das nach dem 30.12.2013 endet. Bis spätestens Ende des Jahres 2015 findet eine Überprüfung des Gesetzes durch das BMF statt.

Der Fachverband der Landes-Hypothekenbanken ist der OePR als Vereinsmitglied beigetreten. Die nächste Mitgliederversammlung findet Anfang Juni 2014 statt.

3. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN

3.1. KV-Valorisierung 2014

Am 31.3.2014 wurden die Kollektivverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Die für den HYPO-Sektor relevanten Ergebnisse:

- Erhöhung der kollektivvertraglichen Schemagehälter ab 1.4.2014 um 1,93% plus EUR 6.00;
- Anhebung der über den in den jeweiligen Kollektivverträgen bestehenden höchsten Schemaansatz betraglich hinausgehenden kollektivvertraglich und überkollektivvertraglich bestehenden, valorisierbaren Bezugsbestandteile um 0,4%, wobei Überstundenpauschale und Kinderzulagen außer Ansatz bleiben (Ordnungsnorm);
- Führt eine vereinbarte Valorisierungsklausel für Bezüge über dem höchsten Schemaansatz zu einer Anhebung in geringerem Ausmaß, ist diese in Ansatz zu bringen;
- Erhöhung von Pensionen aus direkten Leistungsansprüchen mit der Maßgabe, dass die maximale Erhöhung der gesamten Pension den sich aus der betraglichen Veränderung der jeweiligen höchsten Schemabezüge, multipliziert mit dem Steigerungsprozentsatz pro Monat brutto nicht übersteigen darf;
- Prozentmäßige Zulagen werden wie bereits 2012 und 2013 behandelt;
- lineare Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen ab 1.4.2014 um 2,3%;
- Erhöhung der kollektivvertraglichen Kinderzulagen um EUR 2.00;
- Geltungsbeginn: 1.4.2014; Geltungsdauer: 12 Monate

Die Verhandlungen gestalteten sich trotz der auf Sachlichkeit bedachten Verhandlungsleitung auf Arbeitnehmerseite schwierig, dauerten auch heuer wieder wesentlich länger als der ursprüngliche Verhandlungsfahrplan vorsah und konnten erst in den frühen Morgenstunden des 31.3.2014 abgeschlossen werden. Im Verhandlungsverlauf war sogar ein Abbruch nicht auszuschließen, der die Arbeitgeberseite veranlasste, auch einseitige Valorisierungsschritte zu erwägen. Die

Zuspitzung war einerseits auf die ursprüngliche arbeitgeberseitige Forderung einer Null-Lohnrunde für das obere Schema-Segment zurückzuführen, der das schwierige wirtschaftliche Umfeld, insbesondere der Großbanken zu Grunde lag, andererseits auf die hohen Gehalts- und Dienstrechtsvorstellungen und das geringe Verständnis der Arbeitnehmerseite, insbesondere der GPA-Vertreter, für die bankbetrieblichen Umstände und die besondere Lage der Banken in Österreich insgesamt.

4. ZAHLUNGSVERKEHR

4.1. Europäische Diskussion zur MIF (Multilateral Interchange Fee)

Im Europäischen Parlament wurden die Vorschläge der Europäischen Kommission vom Juli 2013 zur Überarbeitung der Zahlungsdienste-Richtlinie (PSD II) und der Deckelung von Interbankentgelten (MIF-VO) diskutiert. Die derzeit nicht einheitlich geregelten Interbankentgelte bei Zahlungen mit Debitkarten sollen künftig nicht mehr als 0,2 Prozent des Transaktionsbetrages, dabei jedoch maximal 7 Eurocent betragen. Bei Zahlungen mit Kreditkarten sollen die Entgelte auf 0,3 Prozent des Transaktionsbetrages gedeckelt werden. Diese Obergrenzen sollen einheitlich für inländische und grenzüberschreitende Zahlungen ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung eingeführt werden.

Trotz massiver Vorbehalte u.a. des VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands) sowie der WKÖ gegenüber Vizepräsident MEP Karas, wonach die betragsmäßige Obergrenze von 7 Cent entschieden abgelehnt wurde, konnte keine Mehrheit erreicht werden.

4.2. SEPA – Standards

Die EU-Kommission hat am 9.1.2014 überraschend vorgeschlagen, die Übergangsfrist auf das SEPA-Zahlungssystem (IBAN/BIC) um sechs Monate und somit bis 1. August 2014 zu verlängern. Nachdem Parlament und Rat zugestimmt haben, trat die Verordnung (rückwirkend) zum 31.1.2014 in Kraft und sieht vor, dass Zahlungsdienstleister mit ihren Kunden eine Weiternutzung der alten Formate (Bankleitzahl/Kontonummer) vereinbaren können. Letztendlich verblieb jedoch der 1. Februar 2014 als gesetzlicher Stichtag für die SEPA-Umstellung in den Euro-Ländern. Im Sinne ihrer Kunden haben sich die österreichischen Banken trotzdem dazu bereit erklärt, in diesem Zeitraum (bis August) weiterhin noch Belege mit Bankleitzahl und Kontonummer anzunehmen.

4.3. Near Field Communication (NFC)

Aufgrund des (medialen) Interesses in Bezug auf diese von Banken unterschiedlich angebotene Funktion – Opt-In versus Opt-Out – wurde die WKÖ unter Einbeziehung von Zahlungsverkehrsexperten seitens des Seniorenrats und des BMASK zu Gesprächen eingeladen. In diesen standen vor allem Haftungsfragen seitens der Kunden, Sicherheitsaspekte (Auslesen von Karteninformationen, PIN-Eingabe), Deaktivierungsmöglichkeiten sowie die bankenseitig als nicht ausreichend empfundenen Kommunikationsmaßnahmen während der Produkteinführungsphase im Mittelpunkt.

Seitens der Grünen wurde am 29.01.2014 ein parlamentarischer Entschließungsantrag eingebracht, wonach „jedem Konsumenten ein echtes Wahlrecht (Opt-In-Möglichkeit) für oder gegen die neue Zahlungstechnologie eingeräumt wird“.

Festzuhalten ist, dass die Einführung der Kontaktlos-Technologie im europäischen Ausland durchwegs ohne Widerstände aufgenommen wurde. Schadensfälle – wie in Österreich befürchtet – sind bislang nicht eingetreten.

5. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE

5.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria / Novellierung Pfandbriefgesetz

Das Pfandbrief und Covered Bond Forum Austria ist eine Arbeitsgemeinschaft aller österreichischen Bankensektoren, die die Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Pfandbriefemissionen österreichischer Emittenten anstrebt. Daneben wird das Ziel verfolgt, österreichische Pfandbriefe bei internationalen Investoren bekanntzumachen und damit den Absatz zu fördern. Vorrangige Aufgabe ist die Schaffung eines neuen Pfandbriefgesetzes, welches die bestehenden Materiengesetze wie Pfandbriefgesetz, Hypothekenbankengesetz und Fundiertes Bankschuldverschreibungsgesetz samt Nebengesetzen und Verordnungen auf einer neuen einheitlichen Rechtsgrundlage zusammenfassen soll. Damit sollen für alle Marktteilnehmer gleiche Marktzugangsmöglichkeiten eröffnet und der Erklärungsbedarf gegenüber Investoren entscheidend reduziert werden. Derzeit besteht die Schwierigkeit, dass Emissionen auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen basieren, was bei Investoren oftmals zu Missverständnissen führt, sodass letztlich der Absatz von Emissionen – wenn nicht gefährdet – so doch erschwert wird.

Kernpunkt der Überlegungen sind die Verbesserung der Transparenzbestimmungen, die unveränderte Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Deckungswerte sowie die Berücksichtigung der bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Risikomanagement. Der Pfandbrief als „Qualitäts-Marke“ soll unverzichtbarer Bestandteil zur Erfüllung der bevorstehenden Liquiditätsbestimmungen sein.

Zum Jahreswechsel konnte auf Ebene des Forums Übereinstimmung hinsichtlich eines Textvorschlages für ein neues Pfandbriefgesetz erzielt werden, der nunmehr im Wege der Bundessparte dem BMF bzw. dem Gesetzgeber zugeleitet wird. Trotz begrenzter legislatischer Ressourcen im BMF besteht die Erwartung, dass das neue Pfandbriefgesetz im Jahre 2014 verabschiedet und spätestens zum 1.1.2015 in Kraft treten sollte. In diesem Zusammenhang wird auf das fortgeschrittene Projekt der „Pfandbriefstelle neu“ in Kapitel II/3.1 verwiesen.

Verband und Pfandbriefstelle forcieren im Auftrag der Direktorenkonferenz das Projekt „Pfandbriefstelle NEU“. Die Pfandbriefstelle als Körperschaft öffentlichen Rechts soll nach Auslaufen der Gewährträgerhaftungen unter neuen Bedingungen als gemeinschaftliche Emissionsstelle und attraktiver Partner institutioneller Investoren in professioneller Weise „wiederbelebt“ werden. Das gemeinsame Ziel ist, nach Vorbild des in der Schweiz seit Jahrzehnten eingeführten „Deckungsstock-Poolings“ die Deckungsstöcke der Mitgliedsinstitute gemeinsam im Rahmen von durch die „Pfandbriefstelle“ emittierte Pfandbriefe zu bewirtschaften und die Synergien aus der Diversifizierung der geografisch unterschiedlich gelagerten Deckungsmassen, der flexiblen Emission, der Zusammenstellung international auf den Investorenmärkten wahrnehmbarer Emissionsvolumina zu heben und letztlich bedeutend günstigere Emissionsbedingungen im Sinne geringerer Risikoaufschläge und geringerer Überdeckungsquoten zu erzielen.

5.2. Verbandsausschüsse

Die Ausschüsse des Verbandes geben den Experten der Hypos die Gelegenheit, sich sowohl zu einem Erfahrungsaustausch zu treffen, als auch neue Inputs durch Fachvorträge von Spezialisten und anderen Sektoren sowie der Aufsicht zu erhalten. Zudem werden nach Bedarf auch gemeinsame Dokumente, wie Leitfäden oder Handbücher erstellt. Kleinarbeitsgruppen werden für die Aufbereitung von fachlichen Details zur Abrundung herangezogen.

Im Berichtsjahr gab es vor allem folgende Tagungen und Ausschüsse:

- **Buchhaltertagung** – Die Buchhaltertagung in Seefeld wurde unter der Patronanz der Hypo Tirol abgehalten. Unsere Rechnungswesenexperten diskutierten drei Tage lang ausführlich mit Fachvortragenden von KPMG über anstehende Änderungen im Rahmen von COREP, FINREP und IFRS. Desweiteren gab es einen Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen.
- **Risikomanagementausschuss** – In der Runde der Risikomanager wurde das Thema der BIRG-Umsetzung ausführlich thematisiert. Obgleich die Umsetzung für die Hypos erst bis 1.7.2015 (Sanierungspläne) bzw. bis 31.12.2015 (Abwicklungspläne) ansteht, wurde im Verband bereits 2013 die Möglichkeit eines gemeinsamen Projekts der Hypos zur Erarbeitung von Standards diskutiert. Herr Aberer vom deutschen Beratungshaus SKS gab eine Einführung in die Thematik aus operativer Sicht, flankiert von einem Vertreter der Anwaltskanzlei CMS, der rechtliche Aspekte beleuchtete. Von der Aufsicht konnten Mag. Reisenhofer/FMA und Mag. Böhmdorfer/OeNB für einen Erfahrungsaustausch gewonnen werden, die über die Erstellung der Sanierungspläne berichteten. Mag. Kawalirek von der RZB bereicherte die Veranstaltung mit einem Vortrag über Liquiditätsrisikomanagement. Weiters berichtete noch Dipl. Ing. Mussil von der Firma Quantic Risk Solutions zum Thema „Kreditportfoliosteuerung- und modellierung“.
- **Treasurer-Runde** – In der Treasurer-Runde präsentierte das bewährte Team Moerler und Kresin von severn consultancy aus Frankfurt einen Impulsvortrag zum Thema „EMIR“. Neben best practice aus Deutschland wurden insbesondere sich aus der EMIR ergebende Querschnittsthemen beleuchtet. Gerade in unserem jetzigen herausfordernden Regulierungsumfeld sei es hilfreich, Synergien zwischen Themen vorausschauend zu nutzen und gleich beim Aufsetzen eines Projekts zu beachten. Prof. Zeransky von der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften diskutierte mit den Treasurern über praxisrelevante Fragestellungen des Liquiditätsrisikomanagements und des Collateral Managements. Weitere Themen waren die Hypo Alpe Adria International und die durch den Wegfall der Landeshaftungen geänderte künftige Refinanzierung der Hypos ab 2017. Jens Gillmann von Bloomberg aus Frankfurt machte in seinem Vortrag auf neue Funktionalitäten des Bloomberg-Terminals aufmerksam, die den Arbeitsalltag des Treasurers erleichtern sollen. Zum Thema „SMR“ wurde beschlossen, einen gemeinsamen, auf möglichst breiter Basis getragenen, Vorschlag für einen Nachfolgeindikator auszuarbeiten.
- **Zahlungsverkehrs-Tag** – Beim Zahlungsverkehrstag erörterte der Leiter der Clearing Service Austria (Herr Pfeffer) die aktuellen Projekte. Weiters wurde den ZV-Leitern ein

umfassendes Update aus allen relevanten STUZZA-Gremien gegeben. Mit persönlicher Unterstützung von GF Herrn Heiling wurden hier vor allem folgende Themen besprochen: Europäische Entwicklungen, der aktuelle Stand der österreichischen SEPA-Migration sowie technische Neuerungen (QR-Code, E-Mandat, E-Services). Herr Dr. Schamberger (GF PSA) und Herr Mag. Maly (PSA) stellten die aktuellen Entwicklungen im Kartenmarkt, wie zum Beispiel kontaktloses Bezahlen (NFC), Dynamic Currency Conversion, Debit Mobile und GEO-Blocking vor.

- **Geldwäsche-Tagung / AML (anti money laundering)** – Beim AML-Tag im September 2013 trug Frau Dr. Wohlschlägl-Aschberger zum Thema „Geldwäsche und Risikoanalyse“ vor. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere auch Fragen zu den Identifizierungspflichten, den Kompetenzen des Geldwäschebeauftragten und zu Plausibilitätsprüfungen eingehend erörtert.

Beim AML-Tag im März 2014 hielten zwei Vertreter der FMA (TL Mag. Esberger, Mag. Drobosch) einen Vortrag über „Die Rolle der FMA im Bereich der Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“, in dessen Rahmen auch diverse Praxis- und Abgrenzungsfragen erörtert wurden.

- **Compliance-Ausschuss** - Schwerpunkte des Compliance-Ausschusses im September 2013 waren der Vortrag von RA Dr. Paul/Wolf Theiss zum Thema „AIFMG“ sowie die Präsentation „Automationsunterstütztes Risikomanagement beim Anleger“ von Mag. Ficzkó/Capital Bank.

Im März 2013 hielten RA Dr. Albiez und RA Dr. Fabian/Binder Grösswang einen Vortrag zum Thema „Compliance und Wohlverhaltensregeln“. Weiters wurden aktuelle Rechtsfrage, wie u.a. die Entscheidung des ASG Innsbruck zum Thema „Mitarbeitergeschäfte“ und dessen Auswirkungen erörtert.

- **Rechtsausschuss** – Beim Rechtsausschuss im Oktober 2013 gab Herr RA Dr. Hager/CMS einen Überblick über die rechtlichen Aspekte des BIRG. Weitere Themen, die beim Rechtsausschuss behandelt wurden, waren der gemäß § 29 BWG einzurichtende Nominierungsausschuss, der Risikoausschuss (§ 39d BWG), die Homepageveröffentlichungspflichten (§ 65a BWG), die Interne Whistle Blowing Stelle (§ 99g BWG; inkl. Bedarf und Ausgestaltung einer Whistle Blowing Stelle im Hypoverband) und die Beschränkungen der GL-/und AR-Mandate durch die BWG-Novelle (§§ 5, 28a, 103q BWG).

Schwerpunkt des Rechtsausschusses im April 2014 war der Vortrag von RA Dr. Wess, MBL zum Thema „Untreue-Urteile in der Bankbranche und Präventionsstrategien“. Ein weiterer Schwerpunkt war die Präsentation von Dr. Kargl/HYPO OÖ zum Thema „Wohnimmobilienkreditrichtlinie“.

- **Personalleitertagung** – Die zweitägige Tagung im Oktober 2013 fand diesmal in St. Pölten statt. Schwerpunkt der Tagung war der Workshop mit Dr. Wögerbauer zum Thema „Betriebliche Gesundheitsvorsorge und Wiedereingliederung“, in dem vor allem auch das Problem Burnout behandelt wurde. Weitere Schwerpunkte waren der Bericht über die Dienstrechtsrunden, die Beiratssitzung der HYPO Bildung sowie die Präsentation des Personalkennzahlenvergleichs 2012.

Schwerpunkt der Tagung im April 2014 war der Bericht über Verlauf und Ergebnis der Kollektivvertragsverhandlungen 2014. Vorgestellt und erläutert wurde das in Punkt 3. skizzierte Ergebnisprotokoll, wobei das Hauptaugenmerk dem Thema der korrekten Berechnung der „Valorisierung“ galt. Darüber hinaus fand ein Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen, wie dem Nominierungsausschuss, Fit & Proper, Vergütungspolitik etc. statt.

5.3. Arbeitsausschuss Einlagensicherung

Der Arbeitsausschuss der österreichischen Einlagensicherungen setzt sich aus Vertretern der fünf Einlagensicherungssysteme Österreichs zusammen. Namentlich sind das die Einlagensicherung der Banken & Bankiers GmbH, die HYPO-Haftungs Gesellschaft m.b.H., die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen., die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG und die Sparkassen-Haftungs AG. Zusammen sind sie für die Einlagensicherung des gesamten österreichischen Bankensektors mit gesicherten Einlagen in der Höhe von rd. EUR 186,5 Mrd. (31.12.2013) verantwortlich.

In diesem Jahr (Stand April 2014) führt der Hypo-Verband den Vorsitz im Arbeitsausschuss der österreichischen Einlagensicherungen. Der Arbeitsausschuss versteht sich als fachliches Expertengremium an der Schnittstelle von Entscheidungsträgern einerseits und technischen Umsetzungsverantwortlichen andererseits.

Aufgrund der Bedeutung der demnächst zu veröffentlichenden DGSD (Einlagensicherungs-RL) arbeitet der Arbeitsausschuss an den Grundlagen für eine innerstaatliche Umsetzung im Rahmen einer bevorstehenden weiteren BWG-Novelle. Daneben wird die Definition der sicherungsfähigen

Einlagen nach der Richtlinie evaluiert, um die Voraussetzungen für eine technische Umsetzung zu schaffen.

Als nächste Schritte sind eine abgestimmte Stellungnahme zur Einlagensicherungs-RL und die Einrichtung einer gemeinsamen Website geplant. Die Website des Systems der österreichischen Einlagensicherungen hat zum Ziel, den durchschnittlichen Kunden einer österreichischen Bank effizient zu informieren und nach außen zu signalisieren, dass es ein einheitliches Einlagensicherungssystem gibt. Mit der gemeinsamen Internetpräsenz über das Webportal der WKÖ werden den Kunden FAQs zur Einlagensicherung zur Verfügung gestellt. Sodann gibt es eine Verlinkung zu der mit der jeweiligen Bank verbundenen Einlagensicherungseinrichtung.

Auf der Agenda steht auch die Simulation von Szenarien zur Überlaufgrenze auf Basis des geschätzten sicherungsfähigen Volumens unter der DGSD, das sich aus heutiger Definitionsbasis erhöhen wird.

5.4. EMIR-Forum

Im Rahmen des von der WKÖ und FMA organisierten EMIR-Forums haben Vertreter der Banken die Möglichkeit eines fachlichen Austausches mit der Aufsicht. Die Treffen finden in regelmäßigen Abständen bei der FMA statt. Es gibt die Möglichkeit im Vorfeld Fragen einzumelden, die dann während der Veranstaltung beantwortet werden. Von Seiten des Hypo-Sektors übernimmt der Hypo-Verband die Koordination. Darüber hinaus organisiert der Verband flankierend zur Veranstaltung bei der FMA stets einen hypo-internen Erfahrungsaustausch der Experten im Vorfeld bzw. Nachgang.

5.5. EBA-Forum

Ähnlich wie zum Themenkomplex „EMIR“ findet das sog. „EBA-Forum“ unter Leitung der FMA zumindest vierteljährlich statt.

Das Forum dient der direkten Informationsweiterleitung aus den Arbeitsgruppen, die bei EBA und EZB angesiedelt sind. 2013 nahm es im Wesentlichen die Themenkreise Bankenunion/SSM, Asset Quality Review, Stresstest, Liquidität, Meldewesen und fit & proper in Anspruch. Teilweise können Fragen aus der Bankenlandschaft an die FMA herangetragen werden, die sodann von dieser selbst oder im Wege der Weiterleitung von der EBA beantwortet werden. Die gegenwärtige Umsetzungsphase führt regelmäßig zu hoher Fragenanzahl, sodass der Zeitraum für die Beantwortung zuletzt nicht mehr im Rahmen der vorgesehenen Zeitlimite möglich war.

5.6. Ombudsmann

Die Anfragen an den Ombudsmann des Hypo-Verbands waren im letzten Jahr überschaubar. Dies erklärt sich möglicherweise durch die mittlerweile stolze Zahl von vier Ombudsstellen für Bankkunden. So können Anfragen neben der Ombudsstelle des Hypo-Verbands auch an die Ombudsstelle der jeweiligen Hypo, an die Schlichtungsstelle der WKÖ und an die Verbraucherschlichtung gestellt werden. Die beiden letztgenannten Einrichtungen sind als unabhängige Servicestellen zu sehen, deren Schlichtungen – vorausgesetzt die betroffenen Parteien unterwerfen sich vorab – verbindlichen Charakter entfalten können. Im Gegensatz dazu ist der Ombudsmann des Hypo-Verbandes mehr als Informationsstelle für die Kunden und Mediator zu sehen.

Im Zusammenhang mit der nicht immer ausgewogenen Berichterstattung zum Thema „Hypo Alpe Adria“ (Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) kam es zu einigen telefonischen Anfragen besorgter Anleihegläubiger, die jedoch rasch geklärt werden konnten.

II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD

Die Weltwirtschaft erholt sich nach zwei Jahren schwacher Wachstumsdynamik wieder und befindet sich derzeit auf einem moderaten Wachstumskurs. Die Konjunktur in den Industrienationen legt zusehends zu, während sich die Wachstumskräfte in den Schwellenländern abschwächen. Die gedämpfte Dynamik der Schwellenländer ist teilweise auf bestehende strukturelle Probleme und teilweise auf verschärfte Finanzierungsbedingungen als Folge des erwarteten Endes der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen in den USA zurückzuführen. Die entwickelten Volkswirtschaften gewinnen aufgrund der nachlassenden krisenbedingten Faktoren hingegen zusehends an Fahrt. Die USA weisen einen robusten Aufwärtstrend auf; der Euroraum konnte im zweiten Quartal 2013 die Rezession hinter sich lassen. Die aggregierte Entwicklung im Euroraum überdeckt jedoch die hohe Heterogenität. Während Kernländer wie Deutschland oder Österreich das Jahr 2013 mit einem positiven Wirtschaftswachstum beendeten, schrumpfte die Wirtschaftsleistung in der Peripherie abermals.⁴

Im Jahresdurchschnitt 2013 ist die österreichische Wirtschaft um 0.4 % gewachsen. Schwach entwickelte sich dabei die Binnenkonjunktur und die Exportwirtschaft litt unter der internationalen Konjunkturschwäche. Nach einer Stagnationsphase zog die Konjunktur in Österreich in der zweiten Jahreshälfte aber etwas an. Vor dem Hintergrund des internationalen Konjunkturaufschwungs sollte sich die Wachstumsdynamik in der ersten Jahreshälfte 2014 weiter beschleunigen. Für die Jahre 2014 und 2015 wird ein Wirtschaftswachstum von 1.7 % bzw. 2.0 % erwartet.⁵

1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute im Jahr 2013⁶

Das konsolidierte Periodenergebnis aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 30. September 2013 2,4 Mrd. EUR und lag damit um 2,3 Mrd. EUR unter dem hohen Periodenergebnis des dritten Quartals 2012. Selbst das beste Provisionsergebnis seit dem Jahr 2008 konnte dem Rückgang nur leicht entgegenwirken. Der Rückgang war zu einem großen Teil

⁴ Quelle: Österreichische Nationalbank: Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2013 bis 2015, Dezember 2013, Seite 4.

⁵ Quelle: IHS: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2014 – 2015, März 2014, Seite 1.

⁶ Quelle: Österreichische Nationalbank: Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken zum dritten Quartal 2013; Seite 8 f.

auf Sondereffekte des Vorjahres, die die Betriebserträge für das Jahr 2012 stark erhöhten, sowie auf gestiegene Risikokosten im Kreditgeschäft 2013 zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis ohne Risikovorsorge sank im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt um mehr als ein Fünftel (absolut um 2,2 Mrd. EUR) auf 8,0 Mrd. EUR. Der Rückgang ist neben geringeren Betriebserträgen auf gestiegene Aufwendungen zurückzuführen. Bei den sechs Banken in Österreich, die dem Single Supervisory Mechanism unterliegen (SSM)⁷ (inklusive UniCredit Bank Austria) ging das Betriebsergebnis um 1,5 Mrd. EUR (-19,5 %) zurück. Bei den restlichen 681 Banken betrug der Rückgang 666,3 Mio. EUR (-27,8 %).

Haupttreiber im Detail

Im dritten Quartal 2013 sanken die konsolidierten Betriebserträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 6,6 % auf 26,6 Mrd. EUR. Hauptverantwortlich hierfür war neben einem Rückgang des Nettozinsergebnisses ein niedrigerer Handelserfolg.

Eine Verbesserung des Provisionsergebnisses konnte die Rückgänge nur leicht abfedern.

Das Nettozinsergebnis verringerte sich unter anderem bedingt durch das Niedrigzinsumfeld, dem die Banken ausgesetzt sind, um 3,5 % auf 14,1 Mrd. EUR. Die Zinserträge sanken um 4,7 Mrd. EUR, die Zinsaufwendungen um 4,2 Mrd. EUR. Mehr als die Hälfte des Rückgangs wurde bei den SSM Banken (inklusive UniCredit Bank Austria) verzeichnet.

Nach mehreren Jahren des Rückgangs wies die zweitwichtigste Ertragskomponente – das Provisionsergebnis – im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg auf. Es erhöhte sich um 318,4 Mio. EUR bzw. 5,9 % auf 5,7 Mrd. EUR, der höchste Wert seit 2008. Vor allem das Niedrigzinsniveau erhöhte die Kundennachfrage nach Wertpapieren als Anlageinstrument. Die SSM-Banken (inklusive UniCredit Bank Austria) verzeichneten in Summe eine Verbesserung um 217,2 Mio. EUR und trugen somit maßgeblich zum Anstieg bei.

Der Rückgang des Handelserfolgs auf 1,6 Mrd. EUR resultiert hauptsächlich aus einmaligen Sondereffekten des Vorjahres zur Stärkung der Eigenmittel (unter anderem Rückkäufe von Tier 1- und Tier-2-Produkten) sowie aus niedrigeren Bewertungsgewinnen. Die Rückkäufe von Hybridkapital und der Abbau von langfristigem nachrangigen Kapital sind Maßnahmen, die von den Banken im Hinblick auf die Eigenmittelzusammensetzung unter Basel III durchgeführt wurden.

Die Verwaltungsaufwendungen aus Personal- und Sachaufwendungen erhöhten sich leicht um 1,5 %, bei den sonstigen Aufwendungen war ein Anstieg um 2,9 % zu verzeichnen. Die

⁷ BAWAG P.S.K. Bank, Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Österreichische Volksbanken AG; die UniCredit Bank Austria ist keine österreichische SSM-Bank.

Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien erhöhten sich geringfügig um 0,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt.

Beim Saldo der konsolidierten Risikovorsorge für das Kreditgeschäft war zum dritten Quartal 2013 im Vergleich zum dritten Quartal 2012 eine Erhöhung zu erkennen. Die Risikokosten stiegen um 8,9 % bzw. 382,8 Mio. EUR auf erfolgsmindernde 4,7 Mrd. EUR.

Die SSM-Banken (inklusive UniCredit Bank Austria), die einen Anteil von rund 70 % an der gesamten Risikovorsorge haben, meldeten hingegen in Summe einen Rückgang von 4,5 % bzw. 156,4 Mio. EUR.

Durch den Rückgang der Erträge sowie den Anstieg der Aufwendungen erhöhte sich die Cost-Income-Ratio von 60,1 % auf 65,7 %.

1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors im Jahr 2013

Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisentwicklung unserer einzelnen Institute wird auf die nachfolgende Einzeldarstellung im Kurzabriss verwiesen.

Im Sektor ist jedoch eine ähnliche Geschäftsentwicklung wie im Gesamtbankenmarkt festzustellen. Das (erwartete) EGT verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich und die Cost/Income Ratio entwickelte sich im Vergleich zum Jahr 2012 ebenfalls negativ (von 56% auf 79% im Jahr 2013). Festzustellen ist weiters, dass das Volumen an Fremdwährungsforderungen erheblich (um 15%) reduziert wurde.

HYPO-VERBAND 2013

DIE KREDITWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2013	2012	Veränderung Vj.	in %
AKTIVA				
Forderungen an Kreditinstitute	247.812,57	266.326,45	-18.513,88	-6,95%
Forderungen an Nichtbanken	433.218,37	440.983,38	-7.765,01	-1,76%
Fremdwährungsforderungen an inländische Nichtbanken	39.194,31	46.529,84	-7.335,53	-15,77%
hievon Private Haushalte	27.476,06	31.811,92	-4.335,86	-13,63%
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	222.035,77	254.883,53	-32.847,76	-12,89%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	362.687,81	353.947,39	8.740,42	2,47%
Spareinlagen	151.777,63	156.229,27	-4.451,64	-2,85%
BILANZSUMME				
	929.154,96	982.113,67	-52.958,71	-5,39%
ERTRAGSLAGE				
Nettozinsertrag	8.813,59	8.812,92	0,67	0,01%
Betriebserträge	18.967,03	19.115,34	-148,31	-0,78%
Betriebsaufwendungen	12.835,53	12.193,31	642,22	5,27%
Betriebsergebnis	6.131,50	6.922,03	-790,53	-11,42%
Erwartetes EGT	-461,64	4.371,12	-4.832,76	-110,56%
Erwartete Steuern vom Einkommen und Ertrag	473,02	420,33	52,69	12,54%
Erwarteter Jahresüberschuss	-934,85	3.213,90	-4.148,75	-129,09%
Cost/Income Ratio	67,67%	63,79%	3,88%	6,09%
EIGENMITTEL				
Anrechenbare Eigenmittel*	88.088,00	87.207,00	881,00	1,01%

*auf Basis CBD

Stand per 06.05.2014

HYPO-VERBAND 2013

DER HYPO-SEKTOR IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2013	2012	Veränderung Vj.	in %
AKTIVA				
Forderungen an Kreditinstitute	11.741,49	12.413,21	-671,72	-5,41%
Forderungen an Nichtbanken	50.505,48	52.038,43	-1.532,95	-2,95%
Fremdwährungsforderungen an inländische Nichtbanken	4.791,42	5.685,26	-893,84	-15,72%
hievon Private Haushalte	2.459,58	2.909,60	-450,02	-15,47%

PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.140,40	11.304,90	-164,50	-1,46%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.024,61	19.562,10	-537,49	-2,75%
Spareinlagen	5.280,80	5.733,49	-452,69	-7,90%

BILANZSUMME	81.703,53	85.033,17	-3.329,64	-3,92%
--------------------	-----------	-----------	-----------	--------

ERTRAGSLAGE				
Nettozinsertrag	620,31	680,34	-60,03	-8,82%
Betriebserträge	905,35	1.103,81	-198,46	-17,98%
Betriebsaufwendungen	715,27	614,30	100,97	16,44%
Betriebsergebnis	190,07	489,51	-299,44	-61,17%
Erwartetes EGT	-1.864,81	101,34	-1.966,15	-1.940,15%
Erwartete Steuern vom Einkommen und Ertrag	112,56	96,87	15,69	16,20%
Erwarteter Jahresüberschuss	-1.973,66	119,85	-2.093,51	-1.746,78%
Cost/Income Ratio	79,00%	55,65%	23,35%	41,96%

EIGENMITTEL				
Anrechenbare Eigenmittel*	4.085,30	5.895,64	-1.810,34	-30,71%

*auf Basis der Jahresabschlüsse

Stand per 6.5.2014

2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2013

Auf den nächsten Seiten haben wir unseren Mitgliedsinstituten die Möglichkeit gegeben, die wesentlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2013 darzustellen.



2.1. HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft

Die GRAWE Bankengruppe, mit der HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz: Bank Burgenland) an ihrer Spitze, konnte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gut behaupten. Die Ertragssituation des Unternehmens entwickelte sich dank erfolgreich gesteigerter Ausleihungsmargen sowie einer erfreulichen Entwicklung bei den Wertberichtigungen auf Kredite sehr zufriedenstellend. Mit Verlässlichkeit, Schnelligkeit in der Entscheidungsfindung und Kundennähe gelang es, die Stellung als bedeutende regionale Universalbank mit Spezialisierung auf Immobilienfinanzierungen zu festigen. Als übergeordnetes Institut der GRAWE Bankengruppe erbringt die Bank Burgenland darüber hinaus wesentliche Leistungen für die übrigen Gesellschaften der Gruppe. Im Hinblick auf die Entwicklung des Neugeschäftsvolumens, der nachhaltigen Verbesserung der Refinanzierungssituation und der weiteren Modernisierung der Vertriebskanäle sind allerdings noch Anstrengungen notwendig.

Zum positiven Ergebnis der Bank Burgenland haben auch die übrigen Gesellschaften der GRAWE Bankgruppe beigetragen. Die Gruppe wächst weiter zusammen und kann sich zunehmend als umfassender und unabhängiger Anbieter von Finanzdienstleistungen mit starkem Fundament etablieren. Sieht man von der anhaltend herausfordernden Situation im Marktgebiet Ungarn ab, können wir insgesamt von einem erfreulichen Gesamtergebnis sprechen.

Geschäftsentwicklung IFRS-Konzern:

Im Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2013 blieb die Bilanzsumme mit 4.286,6 MEUR, ein Minus von 0,5 % zum Vorjahr, nahezu unverändert.

Die Position Forderungen an Kreditinstitute lag mit 202,7 MEUR um 21,9 MEUR deutlich über dem Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen ebenfalls leicht um 1,7 % auf 88,0 MEUR.

Der Gesamtstand der Forderungen an Kunden (nach Wertberichtigungen) betrug rd. 2.483,5 MEUR (VJ 2.543,2 MEUR). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 2,3 %.

Die Veranlagungen in Wertpapieren dienen der zunehmenden Diversifizierung und Ertragsoptimierung. Das Nostrovolumen betrug per Jahresende 2013 982,8 MEUR, was gegenüber dem Vorjahreswert von 1.035,4 MEUR eine Abnahme von 5,1 % bedeutet. Im Bereich der Corporate Bonds und der Covered Bonds wurde die Diversifizierung nach regionalen Gesichtspunkten und Risikoüberlegungen weiter forciert.

Zum Jahresende betrug die Summe der Refinanzierungen über Wertpapiere (ohne Nachrangkapitalien) 1.849,9 MEUR gegenüber 1.908,2 MEUR im Vorjahr.

Das Volumen der Spareinlagen konnte geringfügig gesteigert werden. Der Bestand erhöhte sich um 2,8 MEUR auf 524,6 MEUR (VJ 521,8 MEUR). Insgesamt hält der Trend aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten weiterhin zu konservativen Veranlagungsformen im Retailbereich wie zu Sparbüchern und zu Termineinlagen an.

Der Zinsüberschuss beträgt im Berichtsjahr 72,6 MEUR (VJ 76,4 MEUR) und liegt damit um 5,0% unter dem Vorjahresniveau.

Das hervorragende Provisionsergebnis des Jahres 2012 in Höhe 42,9 MEUR konnte im Berichtsjahr 2013 mit 52,0 MEUR neuerlich übertroffen werden.

Das Handelsergebnis betrug 0,1 MEUR (VJ 0,3 MEUR), das Ergebnis auf Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten stieg auf -5,6 MEUR (VJ -7,6 MEUR), das Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten – available for sale wird mit 1,1 MEUR (VJ 1,2 MEUR) gezeigt und der sonstige betriebliche Erfolg wird mit -0,7 MEUR (VJ 2,9 MEUR) ausgewiesen.

Der Verwaltungsaufwand liegt bei 72,3 MEUR nach 71,4 MEUR im Vorjahr.

Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 28,0 MEUR nach 22,2 MEUR im Vorjahr. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Provisionsergebnisses zurückzuführen.

Zu einzelnen finanziellen Leistungsfaktoren:

Das Kernkapital auf Konzernebene erreichte zum Jahresende 447,6 MEUR (VJ 427,5 MEUR). Die Tier Ratio 1 (die Relation des Kernkapitals zum Gesamtrisiko nach § 22 (1) BWG) betrug per 31.12.2013 14,7 % (VJ 13,2 %). Die Kosten-Ertrags-Relation (das Verhältnis von

Verwaltungsaufwand zur Summe von Zinsüberschuss, Provisions- und Handelsergebnis) verbesserte sich im abgelaufenen Jahr neuerlich von 61,9% auf 58,0 %.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend wurden keine Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

Die GRAWE Bankengruppe

Die Bank Burgenland steht seit Mai 2006 im Eigentum der Grazer Wechselseitige Versicherung AG (im Folgenden kurz: GRAWE). Seit 2008 bildet die Bank Burgenland gemeinsam mit der Capital Bank – GRAWE Gruppe AG (im Folgenden kurz: Capital Bank), die von der GRAWE in die Bank Burgenland eingebracht wurde, die GRAWE Bankengruppe, in der die Bank Burgenland die Stellung eines übergeordneten Kreditinstitutes einnimmt. Unter der Capital Bank als 100 % Tochter der Bank Burgenland sind die Tochtergesellschaften Brüll Kallmus Bank AG und Security Kapitalanlagegesellschaft besonders zu erwähnen. Der GRAWE Konzern bildet mit dieser Kreditinstitutsgruppe aus regulatorischer Sicht ein Finanzkonglomerat.

Die **Bank Burgenland** versteht sich als typische Regionalbank mit dem Kernauftrag, die örtliche Wirtschaft mit umfassender Bankeninfrastruktur zu versorgen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die Bank bestrebt, eingebettet in ihrem wirtschaftlichen Umfeld, hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der burgenländischen Wirtschaft zu betreuen.

Zum Jahresende 2013 betrug der Personalstand der GRAWE Bankengruppe 707 MitarbeiterInnen (579 Vollbeschäftigte, 94 Teilzeitbeschäftigte und 34 Arbeiterinnen).

Die **Capital Bank** ist die beste Privatbank Österreichs, als diese wurde sie zumindest vom Fuchsbriefe-Verlag, der unabhängigen Prüfinstanz im deutschsprachigen Raum im Geschäftsjahr 2013 ausgezeichnet. Darüber hinaus hat es die Capital Bank sogar an die Spitze der Europaliga geschafft und laut diesjährigem Fuchsbriefe-Report erstmals die Silbermedaille nach Österreich geholt.

Private Banking ist das Kerngeschäft der Capital Bank. Neben der Generierung neuer Kundengelder konnten die „Assets under Management“ (verwaltetes Kundenvermögen), auch aufgrund der positiven Wertentwicklung der Vermögensverwaltung um 8,1 % ausgebaut werden. Die Abteilung Family Office ist auf die Betreuung von High Net-Worth Individuals, Privatstiftungen und Familienunternehmen spezialisiert und konnte mit dem Ausbau des Geschäftsvolumens um 12,2 % einen beeindruckenden Erfolg verbuchen. „Die Plattform“, jener Bereich der Capital Bank, der die Rolle einer Depotstelle für Kunden von Wertpapierfirmen übernimmt, verzeichnete im Jahr 2013 einen leichten Rückgang der Depotanzahl bei gleichzeitig positiven Nettomittelzuflüssen. Das

im Jahr 2012 gestartete online Sparkonto „Konto plus“ entwickelte sich sehr erfolgreich. So wurden im vergangenen Jahr rund 50 MEUR an Kundeneinlagen lukriert.

Das Jahr 2013 bot im Hinblick auf die makroökonomische und aufsichtsrechtliche Situation für die **Sopron Bank Burgenland ZRt.** in Ungarn kaum Entspannung. Neue, für Banken teils nachteilige gesetzliche Maßnahmen, wie eine Verlängerung des 2012 eingeführten Sammelkontoprogramms, ein neues Wachstumskreditprogramm mit fixierten Konditionen, eine weiter erhöhte Steuerbelastung sowie ein stagnierender Arbeits- und Immobilienmarkt belasteten weiterhin das Geschäft in Ungarn.

Durch die in den Vorjahren, insbesondere 2012, umgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen konnte die Sopron Bank Burgenland ZRt. bereits gut vorbereitet in das Wirtschaftsjahr 2013 starten und die Bearbeitung des Marktgebietes in den Mittelpunkt rücken. Die Sopron Bank Burgenland ZRt. konnte im Wirtschaftsjahr 2013 trotz der angespannten Marktverhältnisse ein positives, im Vergleich zum Vorjahr verbessertes Betriebsergebnis erzielen. Es gelang ein leicht positives operatives Ergebnis zu erwirtschaften. Einmalkosten im Zusammenhang mit gebildeten Wertberichtigungen auf Basis der Neubewertung von Sicherheiten und nach wie vor belastende gesetzliche Maßnahmen schlugen sich allerdings im Ergebnis der Sopron Bank deutlich nieder und führten zu einem Jahresverlust von 1,5 MEUR.

Die **Security Kapitalanlagengesellschaft** ist eine auf Fondsmanagement spezialisierte Kapitalanlagegesellschaft. Das verwaltete Fondsvolumen konnte von € 2,27 Mrd. im Jahr 2012 auf € 2,73 Mrd. im Jahr 2013 deutlich gesteigert werden. Der Anstieg ist auf die positive Entwicklung der Nettozuflüsse und die überdurchschnittliche Entwicklung der Finanzmärkte zurückzuführen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnte nach 4,5 MEUR im Jahr 2012 auf 5,6 MEUR im Geschäftsjahr 2013 gesteigert werden.

Die **Brüll Kallmus Bank AG** ist eine im Geschäftsfeld Institutional Banking tätige Spezialbank und überwiegend im Bereich festverzinsliche Wertpapiere und Kapitalmarktfinanzierung aktiv. Die Eröffnung einer weiteren Filiale in Slowenien ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2014 abgeschlossen. Derzeit werden letzte organisatorische Maßnahmen zur Erfüllung aller regulatorischen Rahmenbedingungen getroffen.

Mit einem EGT in Höhe von 3,8 MEUR verzeichnet die Brüll Kallmus Bank nicht nur ein erfolgreiches Geschäftsjahr, sondern trägt auch einen wesentlichen Bestandteil zum Konzernergebnis bei.

Die Kompetenzen der BB Leasing GmbH liegen nicht im Massengeschäft, sondern im beratungsintensiven, lösungsorientierten Kommerzkunden-Geschäft, vor allem bei Nutzkraftfahrzeugen, Mobilien und landwirtschaftlichen Maschinen. Die weiterhin angespannte Wirtschaftslage und insbesondere die schlechten Witterungsbedingungen im Frühjahr 2013 hatten Auswirkungen auf die gesamte Leasingbranche, was auch in der BB Leasing GmbH zu Rückgängen im Neugeschäft führte. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 916 Neuverträge mit einem Finanzierungsvolumen von rd. 39,8 MEUR abgeschlossen.

Die BK Immo Vorsorge GmbH (im Folgenden kurz: BK Immo), die im Jahr 2009 als hundertprozentige Tochter der Brüll Kallmus Bank AG gegründet und im Jahr 2013 in die Capital Bank eingebracht wurde, ist auf die Errichtung von Vorsorgewohnungen, den Ankauf und die Sanierung von Altimmobilien sowie die Konzeption von Bauherrenmodellen spezialisiert. Die positive Entwicklung der BK Immo konnte im Berichtsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr durch kontinuierliche Projektierung und die schlanke Unternehmensstruktur fortgesetzt werden.

AUSBLICK 2014

Die GRAWE Bankengruppe, mit der Bank Burgenland an der Spitze, wird den eingeschlagenen Weg konsequent und erfolgreich weitergehen. Die stabile Positionierung der Bank Burgenland ist im aktuellen Umfeld, wo im österreichischen Bankensektor sinkende Erträge beklagt werden, gleichzeitig umfassende Rekapitalisierungsmaßnahmen zu organisieren sind und nicht zuletzt auch Filialschließungen an der Tagesordnung stehen, durchaus komfortabel. Es gilt, die festgelegten Maßnahmen aus bestehenden strategischen Schwerpunkten abzarbeiten, sinnvoll zu adaptieren oder neu festzulegen und insgesamt die Geschäftsprozesse im Sinne der Erwartungshaltung unserer Kunden zu verbessern.

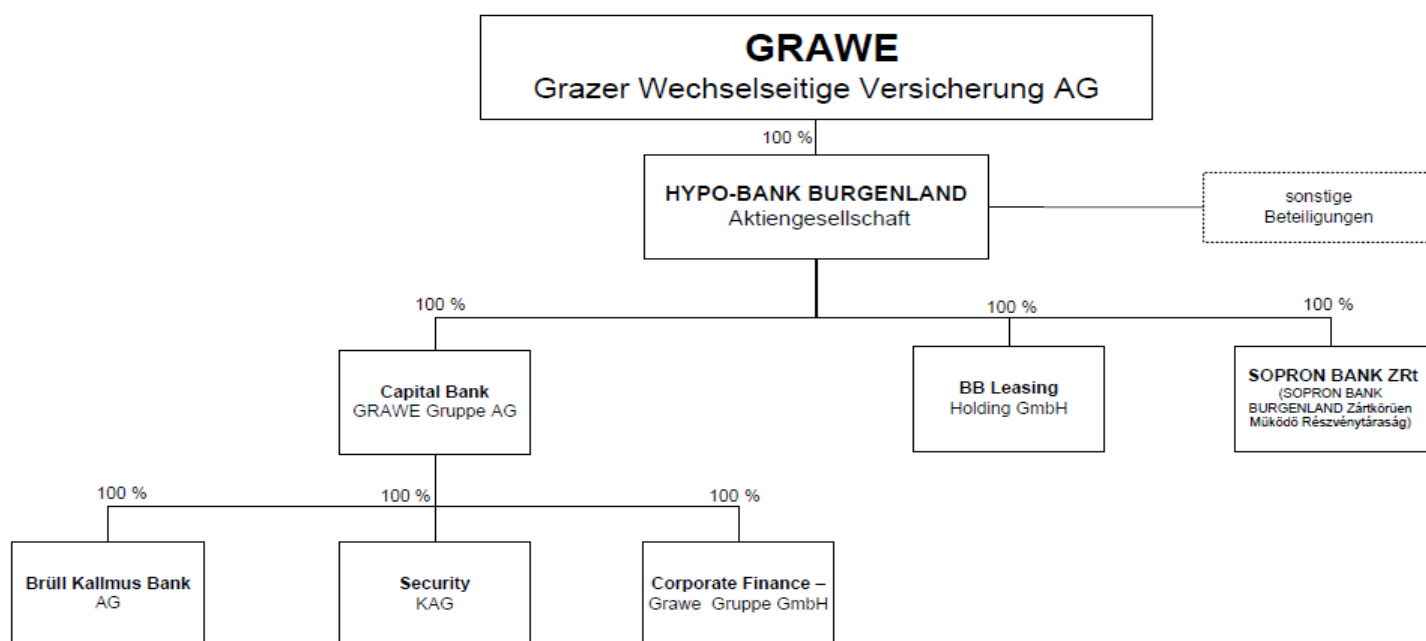
Im Kreditbereich wird die dzt. risiko- und margenadäquate Geschäftspolitik bei stabilem Geschäftsvolumen weitergeführt. Im Passivbereich liegt der Fokus auf einer nachhaltigen Verbesserung der Loan-to-Deposit Ratio. Die Refinanzierungsstruktur der Bank wird auch in den kommenden Jahren auf Basis eines Mehrjahresplans schrittweise adaptiert.

Die konsequente Orientierung hin zu unseren Kunden und ihren Bedürfnissen und die Bereitschaft, sämtliches Handeln darauf auszurichten, ist für Banken im heutigen Wettbewerbsumfeld überlebensnotwendig. Die Bank Burgenland stellt sich dieser Herausforderung und macht es sich auch in Zukunft zum Ziel, nachhaltige Dienstleistungen mit hohem Kundennutzen anzubieten und die Aufgabe einer regionalen Universalbank wahrzunehmen.

HYPO-VERBAND 2013

Im Marktgebiet Ungarn wird das Geschäftsjahr 2014 vorsichtig optimistisch eingeschätzt. Während sich viele Mitbewerber gezwungen sehen, nunmehr wesentliche Restrukturierungsmaßnahmen einzuleiten, hat die Sopron Bank diese im Wesentlichen schon hinter sich und kann sich damit voll und ganz auf den Markt konzentrieren. Die makroökonomische Entwicklung in Ungarn bleibt allerdings weiterhin von Unsicherheiten geprägt.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	4.286,6	4.307,6
Eigenmittel	525,2	515,6
EGT	25,2	23,7
Spareinlagen	524,6	521,8
Ø Mitarbeiteranzahl	619	640
Return on equity	5,2	4,2
Cost Income Ratio	58,0	61,9

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.



2.2. HYPO ALPE-ADRIA GRUPPE

Ergebnisentwicklung

Im Geschäftsjahr 2013 lag der Fokus der Hypo Alpe Adria darauf, die Umstrukturierung zügig weiterzuverfolgen und die Basis für die neue Struktur der Gruppe zu legen. Nach dem letztjährig ausgewiesenen knapp positiven Ergebnis kam es 2013 erneut zu einer signifikanten Verschlechterung der Finanz- und Risikokennzahlen, die maßgeblich durch die Effekte aus dem EU-Umstrukturierungsplan sowie der Verschlechterung des Kundenportfolios verursacht war. Die Erfüllung der im JRAD-Verfahren festgestellten Kapitalerfordernisse war zum 31. Dezember 2013 gegeben.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld in den Kernmärkten der Hypo Alpe Adria ist weiterhin ein schwieriges. Dies spiegelt sich entsprechend im Jahresergebnis der Gruppe wider: Das Nettozinsergebnis ist durch das abreifende Abbauportfolio und das nur sehr eingeschränkte Neugeschäft rückläufig. Das niedrige Zinsniveau sowie der gestiegene Stand an nicht-zinstragenden Aktiva belasten nachhaltig das Zinsergebnis. Die neu zu bildenden Kreditrisikovorsorgen sind nach der Reduktion im Vorjahresvergleichszeitraum um über 30 % gestiegen. Die Betriebsaufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr, ebenso stark rückläufig sind die Betriebserträge. Es ergab sich ein negatives Ergebnis nach Steuern i.H.v. EUR -1.843,4 Mio. (angepasster Vergleichswert 2012: EUR +8,3 Mio.), das im Wesentlichen auch innerhalb dessen lag was im Rahmen des EU-Umstrukturierungsplans prognostiziert wurde. Herunter gebrochen auf Segmentebene zeigte sich, dass wertmäßig die größten negativen Effekte aus den Abbausegmenten der Gruppe stammen. 2013 ebenfalls negativ sind die Beiträge aus den Segmenten SEE-Netzwerk und Italien.

Das Nettozinsergebnis des Konzerns sank gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von EUR +597,9 Mio. (angepasster Wert) auf EUR +423,5 Mio. Dies entspricht einer Verringerung um EUR -174,4 Mio. bzw. -29,2 %. Der Rückgang an Kundenforderungen führte zu sinkenden Zinserträgen, da das abreifende Abbauportfolio nicht durch Neugeschäft kompensiert wird, das aufgrund der restriktiven EU-Vorgaben weitestgehend eingeschränkt ist. Das niedrige Zinsniveau kann nicht im selben Ausmaß bzw. erst verzögert im Zinsaufwand für Kundeneinlagen entlastend reflektiert werden, da weiterhin das Ziel verfolgt wird, die eigenständige Refinanzierungsfähigkeit der SEE-Kerneinheiten zu stärken. Neben dem gestiegenen Stand an nicht-zinstragenden Aktiva

wirkte sich auch der hohe Stand an Non-Performing Loans (NPL) negativ auf das Zinsergebnis aus, für die gemäß IFRS eine Zinsvereinnahmung nur mehr in Höhe des Barwertes des Nettoobligos (Bruttoobligo abzüglich Einzelwertberichtigungen) erfolgt („Unwinding“). Ebenfalls im Zinsergebnis werden Aufwendungen aus der Haftungsprovision i.H.v. EUR -53,3 Mio. für die im Dezember 2012 begebene EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierte Nachranganleihe ausgewiesen.

Das Provisionsergebnis stieg im Geschäftsjahr leicht von EUR +47,9 Mio. (angepasster Wert 2012) auf EUR +51,2 Mio., wobei der Rückgang der Provisionsaufwendungen weniger stark war als jener der Provisionserträge. Unter den Provisionsaufwendungen werden u. a. auch die Haftungsprovisionen für die Bürgschaft der Republik Österreich i.H.v. EUR -18,2 Mio. (2012: EUR-19,6 Mio.) ausgewiesen. Aus Segmentsicht steuerten die SEE-Banken den größten Anteil zum Provisionsergebnis bei.

Das Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, belief sich auf EUR +3,0 Mio., während dieses in der Vorjahresperiode bei EUR +113,5 Mio. (angepasster Wert) lag. Im Vorjahreswert waren ertragswirksame Bewertungseffekte aus noch bestehendem Hybrid- und Ergänzungskapital mit EUR +99,9 Mio. enthalten. Das Ergebnis des laufenden Jahres wurde hauptsächlich aus der Bewertung und des Verkaufs von Wertpapieren generiert.

Das im Vorjahr positive Handelsergebnis, das auch das Fremdwährungsergebnis beinhaltet, reduzierte sich von EUR +17,0 Mio. (angepasster Wert 2012) auf einen auf Normalniveau liegenden Wert von EUR +0,2 Mio. Das Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting), das aus Hedge-Ineffizienzen resultiert, liegt mit EUR -2,9 Mio. in etwa auf dem Vergleichswert des Vorjahres (EUR -1,8 Mio.; angepasster Wert).

Das Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten, die ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren sind (Fair-Value-Option), wurde mit einem Gesamteffekt von EUR +55,1 Mio. ertragswirksam berücksichtigt, während dieses in der Vorjahresperiode bei EUR -6,5 Mio. (angepasster Wert) lag. Das positive Ergebnis ist hauptsächlich auf die Bewertung der passivseitigen eigenen Emissionen und den durch die anhaltenden öffentlichen Insolvenzdiskussionen gestiegenen eigenen Credit Spread zurückzuführen, der sich temporär positiv auswirkt. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich 2013 ein positiver Effekt i.H.v. EUR +39,5 Mio. (2012: EUR -36,1 Mio.). Ebenfalls in dieser Ertragsposition inkludiert ist mit EUR +15,6 Mio. das Bewertungsergebnis aus dem Portfolio der Veranlagungsgesellschaft HBInt. Credit Management Limited, Jersey.

Das operative Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien, das in der Vorjahresperiode EUR +32,0 Mio. (angepasster Wert) betrug, lieferte auch in der Berichtsperiode einen positiven Ergebnisbeitrag von EUR +21,4 Mio. Dieses Ergebnis resultiert aus dem Saldo von Mieterträgen aus Operating-Leasing-Verträgen und Investment Properties sowie den Abschreibungen und übrigen Aufwendungen aus diesen Vermögenswerten.

Das sonstige betriebliche Ergebnis, das im Vergleichszeitraum des Vorjahres EUR +16,4 Mio. (angepasster Wert) betrug, verschlechterte sich im Geschäftsjahr 2013 auf EUR -244,6 Mio. In dieser Position enthalten sind die sonstigen Steueraufwendungen mit EUR -31,6 Mio. (2012: EUR -26,9), wovon wiederum EUR -22,8 Mio. (2012 EUR -22,1 Mio.) auf die in Österreich zu bezahlende Bankenabgabe entfallen. Ebenso enthalten ist das Ergebnis aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten und Abgangsgruppen, das größtenteils aus der Bewertung eines zur Veräußerung stehenden kroatischen Hotelprojektes (EUR -37,2 Mio.) resultiert. Die im Übrigen sonstigen Ergebnis ausgewiesenen sonstigen, nicht bankgeschäftlichen Aufwendungen entstanden überwiegend aus Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit nicht korrekt weitergegebenen Zinsanpassungen (EUR -135,2 Mio.), die im Zusammenhang mit dem 2013 identifizierten Betrugsfall in den italienischen Tochtergesellschaften stehen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die neu zu bildenden Kreditrisikovorsorgen von EUR -308,5 Mio. (angepasster Wert) auf EUR -1.362,1 Mio. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld in den Kernmärkten der Hypo Alpe Adria nach wie vor äußerst schwierig ist und Problempportfolios daher nicht im ursprünglich geplanten Ausmaß reduziert werden konnten. Darüber hinaus wurden in Übereinstimmung mit dem EU- Umstrukturierungsplan zusätzliche Vorsorgen gebildet, um konservativere Wertansätze im SEE-Bankennetzwerk zu reflektieren und im Abbausegment einen rascheren Portfolioverkauf zu begünstigen.

Auf der Kostenseite gingen im Vergleich zum Vorjahr die Aufwendungen um EUR -2,0 Mio. leicht zurück. Der Personalaufwand verringerte sich von EUR -225,4 Mio. (angepasster Wert 2012) um EUR 13,9 Mio. auf EUR -211,6 Mio., was im Wesentlichen durch die gesunkenen durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen in der Gruppe bedingt ist. Diese zeigen Effekte der durchgeführten Mitarbeitereffizienz-Maßnahmen u.a. in Italien und im SEE-Netzwerk und sind auch durch die im Vorjahr noch inkludierten Aufwendungen aus einer kroatischen Industriegruppe begründet.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Geschäftsjahr 2013 von EUR -183,2 Mio. (angepasster Wert 2012) auf EUR -192,5 Mio., liegen jedoch im Vergleich zu den Jahren davor auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beliefen sich auf EUR -35,7 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -33,1 Mio.). Wesentliche Einmaleffekte resultierten 2013 aus außerplanmäßigen Abwertungen auf materielle und immaterielle Vermögensgegenstände im SEE-Raum.

Insgesamt standen den Betriebserträgen i.H.v. EUR +307,0 Mio. (2012: angepasster Wert EUR +816,3 Mio.) Kreditrisikovorsorgen i.H.v. EUR -1.362,1 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -308,5 Mio.) und Betriebsaufwendungen i.H.v. EUR -439,7 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -441,7 Mio.) gegenüber. Daraus resultierte ein operatives Ergebnis i.H.v. EUR -1.796,9 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -13,9 Mio.).

Nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus at equity bewerteten Unternehmen i.H.v. EUR -1,4 Mio. (2012: EUR 0,0 Mio.) ergab sich ein Jahresergebnis 2013 vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen i.H.v. EUR -1.798,3 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -13,9 Mio.).

Die Position Ertragsteuern war im Geschäftsjahr 2013 mit EUR +51,7 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -28,8 Mio.) positiv. Die positive Veränderung ergab sich hauptsächlich durch die Aktivierung von latenten Steuern bei den italienischen Tochtergesellschaften i.H.v. EUR +69,1 Mio. Bei diesen Gesellschaften ist die Werthaltigkeit unabhängig von zukünftigen steuerlichen Gewinnen gegeben, da aufgrund der lokalen Gesetzgebung eine Forderung gegenüber der Finanzbehörde geltend gemacht werden kann.

Somit ergibt sich ein Jahresergebnis nach Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen i.H.v. EUR -1.746,6 Mio. (2012: angepasster Wert EUR -42,7 Mio.). Das Jahresergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen belief sich auf EUR -96,8 Mio. (2012: angepasster Wert EUR +50,9 Mio.). Somit ergibt sich ein Gesamtergebnis nach Steuern i.H.v. EUR -1.843,4 Mio. (2012: angepasster Wert EUR +8,3 Mio.), womit die Hypo Alpe Adria nach zwei Jahren mit positiven Ergebnissen wiederum einen Verlust ausweisen muss.

Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der Hypo Alpe Adria-Gruppe verringerte sich im Geschäftsjahr 2013 weiter signifikant von EUR 33,8 Mrd. um EUR 7,6 Mrd. auf EUR 26,2 Mrd. Hauptsächlich ist dies bedingt durch das rückläufige Finanzierungsvolumen im Kredit- und Leasingbereich sowie die in 2013 vorgenommenen Abwertungen und Risikovorsorgen. Ebenfalls bilanzsummenreduzierend wirkte sich der im Dezember 2013 abgeschlossene Verkauf der Tochterbank Hypo Alpe-Adria-Bank AG (Österreich) aus, die zum 31. Dezember 2012 noch eine konzernrelevante Bilanzsumme von

EUR 4,1 Mrd. aufwies. Einen bilanzsummenerhöhenden Effekt hatten die im Laufe des Geschäftsjahres 2013 von der Republik Österreich vorgenommenen Kapitalzufuhren, die mit EUR 1,75 Mrd. liquiditätswirksam erfolgten und damit den Bestand an flüssigen Mitteln erhöhten.

Insgesamt verringerten sich die Netto-Kundenforderungen (Brutto-Forderungen nach Berücksichtigung von Kreditrisikovorsorgen) von EUR 21,3 Mrd. (angepasster Wert 2012) auf EUR 15,5 Mrd., was einem Rückgang um EUR -5,9 Mrd. bzw. rund -27,2 % entspricht. Die ausbleibende wirtschaftliche Erholung in den Kernmärkten Südosteuropas sowie die seitens der EU-Kommission verordneten „Behavioural Measures“ führten dazu, dass die Neukreditvergabe weiterhin sehr restriktiv gehandhabt wurde, um zusätzliche Risikopotenziale zu meiden. In Summe verringerten sich die (Brutto-)Forderungen gegenüber Kunden von EUR 24,4 Mrd. (angepasster Wert) auf EUR 19,3 Mrd., was einer Reduktion von rund 20,9 % entspricht.

Die Forderungen an Kreditinstitute, die auch die Liquiditätsreserven inkludieren, stiegen gegenüber dem 31. Dezember des Vorjahres um EUR 0,09 Mrd. auf EUR 2,1 Mrd. Die Barreserve ist mit EUR 2,3 Mrd. um EUR 0,6 Mrd. niedriger als zum Bilanzstichtag des Vorjahres (EUR 2,9 Mrd.) und besteht im Wesentlichen aus kurzfristig veranlagten Mitteln bei der Österreichischen Nationalbank.

Der Stand der Kreditrisikovorsorgen erreichte zum 31. Dezember 2013 den bisherigen Höchststand von EUR 3,9 Mrd. und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr (2012: angepasster Wert EUR 3,1 Mrd.) um EUR 0,8 Mrd. Der Anteil der Non-Performing Loans (NPLs) ist im Geschäftsjahr 2013 gestiegen. Während das problembehaftete Portfolio zwar merkbar abgebaut werden konnte, kam es parallel zu einer Migration von performanten Kunden in dieses NPL-Portfolio. Der größte Teil der Gesamtrisikovorsorgen entfiel neben der österreichischen Konzernmutter auf die SEE-Banken.

Handelsaktiva hatten auch 2013 mit einem Gesamtstand von EUR 12,5 Mio. (2012: EUR 1,5 Mio.) nur eine untergeordnete Bedeutung.

Die derivativen Finanzinstrumente, die auf der Aktivseite die positiven Marktwerte aus Derivatgeschäften beinhalten und gesammelt in einer Bilanzposition ausgewiesen werden, befinden sich mit EUR 1.070,1 Mio. (2012: EUR 1.426,1 Mio.) deutlich unter dem Niveau des Vorjahres und reflektieren die verminderte Restlaufzeit von passiven Verbindlichkeiten die größtenteils die Grundgeschäftsbasis darstellen.

Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „designated at fair value through profit or loss“ (FVO) reduzierten sich in der Berichtsperiode um EUR 278,2 Mio. auf EUR 505,2 Mio. Der Bilanzwert für Available-for-sale-Finanzinstrumente (AFS) ging im Geschäftsjahr ebenfalls zurück

und zwar um EUR 266,9 Mio. auf EUR 2.421,5 Mio. Im Wesentlichen war dies auf den niedrigeren Bestand an Schuldtiteln und festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen, hauptsächlich wiederum im Zusammenhang mit dem Verkauf der österreichischen Tochterbank.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien reduzierten sich von EUR 1.279,2 Mio. (angepasster Wert) um EUR 163,9 Mio. auf EUR 1.115,3 Mio. Zu einem überwiegenden Anteil ist dies durch Abwertungen bedingt, die im Geschäftsjahr 2013 EUR -137,6 Mio. betragen.

Der Rückgang der Sachanlagen von EUR 392,0 Mio. auf EUR 260,8 Mio. ist ebenfalls auf außerordentliche Abschreibungen von eigengenutzten Immobilien in Italien und Kroatien (EUR -22,0 Mio.) zurückzuführen. Zwei kroatische Hotelprojekte mit einem Wert von EUR 46,9 Mio. wurden als zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte separat ausgewiesen, da die formellen Kriterien des IFRS 5 erfüllt waren.

Passivseitig verminderten sich in der Berichtsperiode die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von EUR 5,3 Mrd. auf EUR 4,7 Mrd. Zurückzuführen war dieser Rückgang in erster Linie auf die Bedienung vertraglich fälliger Verbindlichkeiten.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden musste im Vergleich zum 31. Dezember 2012 ein Rückgang um EUR 2,3 Mrd. auf EUR 6,1 Mrd. verzeichnet werden. Diese Abnahme der Einlagen ist auf das Ausscheiden der Tochterbank Hypo Alpe-Adria-Bank AG (Österreich) aus der Gruppe, die zum 31. Dezember 2012 Kundeneinlagen von EUR 1,6 Mrd. auswies, sowie auf exogen bestimmte Effekte im 2. Halbjahr 2013 zurückzuführen. Der überwiegende Teil der Abflüsse entfällt dabei auf die Länder Österreich und Italien, wo die heftige öffentliche Debatte um die Zukunft der Hypo Alpe Adria bzw. der von der EU- Kommission verordnete Neugeschäftsstopp massive Auswirkungen zeigte. Etwas anders stellt sich die Situation im SEE-Netzwerk dar, das über 95 % der Kunden der Hypo Alpe Adria betreut. Nach einer stabilen Entwicklung in den ersten neun Monaten mussten vor allem im vierten Quartal auch hier vermehrt Abflüsse in einzelnen Ländern festgestellt werden. Ein Umstand der durch die bewusste Restrukturierung des Konditionen- und Ertragsrahmens teilweise aber auch strategisch aktiv unterstützt wurde.

Die verbrieften Verbindlichkeiten verringerten sich im Geschäftsjahr 2013 deutlich um EUR 4,4 Mrd. bzw. -29,9% auf EUR 10,4 Mrd. Bedingt war diese signifikante Verringerung durch das Ausscheiden der österreichischen Tochterbank Hypo Alpe-Adria-Bank AG aus der Gruppe sowie durch plangemäße Rückführungen von Verbindlichkeiten.

Das Nachrangkapital blieb im Geschäftsjahr 2013 mit EUR 2,0 Mrd. nahezu unverändert.

Gegenüber dem 31. Dezember 2012 hat sich das Eigenkapital von EUR 2,0 Mrd. im Vorjahr auf EUR 1,9 Mrd. in Summe zwar wenig verändert, dabei wurden jedoch die im Geschäftsjahr 2013 eingetretenen Verluste durch Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich i.H.v EUR 1,75 Mrd. kompensiert.

Eigenmittel

Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG als Konzernobergesellschaft der Hypo Alpe Adria hat sowohl im Einzelinstitut als auch im Konzern im Berichtsjahr 2013 die Mindesteigenmittelerfordernisse nach BWG nicht dauerhaft eingehalten. Zu den Monatsultimos Juni, Juli und August betragen die Eigenmittelquoten im Einzelinstitut 1,63 %, 1,49 % bzw. 0,79 % sowie im Konzern 7,62 %, 7,94 % bzw. 7,36 %, die damit unter dem gesetzlichen Mindestfordernis von 8,0 % lagen. Mit der im September 2013 seitens der Eigentümerin erfolgten Kapitalmaßnahme von EUR 700,0 Mio. wurde der rechtmäßige Zustand wiederhergestellt. Durch zwei weitere Kapitalmaßnahmen im Ausmaß von EUR 250,0 Mio. als Gesellschafterzuschuss im November bzw. EUR 800,0 Mio. in Form von Partizipationskapital im Dezember wurde die Einhaltung der Kapitalquoten auf konsolidierter Ebene sichergestellt.

Die Eigenmittelquoten haben sich trotz der unterjährigen Unterschreitung im Jahresvergleich seit dem 31. Dezember 2012 um über 2 Prozentpunkte erhöht, was auch auf die bereits erwähnten Kapitalmaßnahmen i.H.v. in Summe EUR 1.750,0 Mio. zurückzuführen ist. Die 2012 begebene staatsgarantierte Nachranganleihe ist durch die Verschiebung des Inkrafttretens von Basel III - aufgrund der unter Basel II noch geltenden Beschränkungen der Anrechnungsfähigkeit mit 50 % des Tier 1 - weiterhin nicht voll eigenmittelwirksam.

Der Haupttreiber der Erhöhung der Eigenmittelquoten war im Jahr 2013 der starke Abbau der Risikoaktiva, deren Gesamtstand - trotz gegenläufiger Effekte z.B. aus Länder-Rating-Downgrades - deutlich gesenkt werden konnte. RWA-reduzierend wirkte u.a. der Verkauf der Hypo Alpe-Adria-Bank AG (Österreich).

Bezogen auf das Kreditrisiko reduzierten sich die Risikoaktiva um EUR 4,7 Mrd. auf EUR 16,6 Mrd. Unter Berücksichtigung der Marktrisiken und des operationellen Risikos verringerten sich die Gesamtrisikoaktiva von EUR 23,5 Mrd. (31. Dezember 2012) auf EUR 18,4 Mrd. (31. Dezember 2013).

Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz (BWG) betragen per 31. Dezember 2013 EUR 2.739,8 Mio. (31. Dezember 2012: EUR 3.057,1 Mio.), während das gesetzliche Mindestfordernis bei EUR 1.473,8 Mio. (31. Dezember 2012: EUR 1.883,2 Mio.) lag. Dies entsprach einer Überdeckung von EUR 1.266,0 Mio.

(31. Dezember 2012: EUR 1.173,9 Mio.) bzw. einem Deckungsgrad von rund 185,9 % (31. Dezember 2012: 162,3 %).

Bezogen auf die gesamte Eigenmittelbemessungsgrundlage (inklusive Markt- und operationelles Risiko) ergab sich zum 31. Dezember 2013 eine Eigenmittelquote von 14,9 % (31. Dezember 2012: 13,0 %), die deutlich über der in Österreich gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote von 8,0 % lag.

Bezogen auf die Konzernobergesellschaft, die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, betragen die vorhandenen Eigenmittel EUR 231,0 Mio. (2012: EUR 1.957,5), dies ergab eine deutliche Unterdeckung von EUR -759,2 Mio. (2012: EUR +652,2 Mio.).

Ertragskennzahlen

Das Cost/Income-Ratio, das Betriebsaufwendungen zu Betriebserträgen in Verbindung setzt, lag zum 31. Dezember 2013 bei rund 143,2 % (2012: angepasster Wert 54,1 %). Bedingt durch den Umstand, dass sowohl 2012 (positive) als auch 2013 (negative) Sondereffekte inkludiert sind, ist der Vergleich nicht aussagekräftig.

Das Kreditrisiko bezogen auf das Nettozinsergebnis (Risk/Earnings-Ratio) stieg im Geschäftsjahr 2013 von 54,8 % auf 324,8 %. Die Verschlechterung dieser Kennzahl ist sowohl auf das gesunkene Zinsergebnis als auch auf die gestiegenen Risikovorsorgen zurückzuführen.

AUSBLICK 2014

Auch die Prognose für das Jahr 2014 orientiert sich an jenem Rahmen, der von der Entscheidung der Europäischen Kommission und den Weichenstellungen der Eigentümerin in Richtung einer eigenständigen Abbaueinheit definiert ist.

Der im Mai 2012 begonnene Privatisierungsprozess des Südosteuropa-(SEE)-Netzwerks ist mit Jahreswechsel 2013 auf 2014 in eine Phase getreten, die einen Abschluss des Verkaufs des Netzwerks an strategische oder Finanzinvestoren im laufenden Geschäftsjahr – und damit jedenfalls innerhalb der von der Europäischen Kommission gesetzten Frist bis Mitte 2015 – realistisch erscheinen lässt. Begleitet wird dieser Prozess von einer abschließenden Bereinigung der Portfolios der SEE-Banken durch Transfers von nicht-performanten Krediten auf Abbaueinheiten mit dem Ziel einer weiteren Reduktion des Risikos sowie einer weiteren Optimierung der Loan-to-Deposit-Ratio. Parallel dazu wird in 2014 eine operative Steuerungsholding für das SEE-Netzwerk implementiert, die als regulierte Trägergesellschaft dieser Bankbeteiligungen fungiert.

Eine maßgebliche Unterstützung dieser betriebswirtschaftlichen Kapazität durch positive Impulse der Volkswirtschaften in den Ländern am Balkan ist auch für 2014 noch nicht absehbar. Insgesamt erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr in den SEE-Ländern bei verlangsamer Inflation und einer Stabilisierung der Arbeitslosenzahlen eine seitwärtsgerichtete Entwicklung des BIP. Auf Basis dieser Rahmenbedingungen wird für das SEE-Netzwerk 2014, unter anderem unterstützt durch selektive Vergabe von risikoarmem und ertragsoptimiertem Neugeschäft (Risk Adjusted Pricing) sowie durch weitere gezielte Kostenreduktionsmaßnahmen, mit einem leicht positiven Ergebnis gerechnet.

Sollte bereits 2014 eine Reprivatisierung des SEE-Netzwerkes gelingen, so ist davon auszugehen, dass der Wert des buchmäßigen Eigenkapitals dieser Banken von rund EUR 1,3 Mrd. auf dem Markt nicht erzielt werden kann. Derartige Verluste sind dann zu berücksichtigen, wenn entsprechende Verkaufsverträge unterfertigt werden oder sich eine kurzfristige Abgabe dieser Beteiligungen unter Anwendung der Voraussetzungen des IFRS 5 („Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“) konkretisieren lässt.

Betreffend die Aktivitäten in Italien, wo die Hypo Alpe Adria mit einer Bank und einer Leasinggesellschaft vertreten ist, wird auch 2014 mit einem sehr schwierigen Marktumfeld gerechnet, selbst wenn aktuelle Prognosen der italienischen Wirtschaft Zuwächse zwischen 0,5 % und 1,0 % prognostizieren. Insbesondere der Immobilienmarkt, der aufgrund des hohen Ausmaßes an ausgereichten Finanzierungen für beide Institute von besonderer Relevanz ist, entwickelte sich zuletzt anhaltend schwach und wird sich auch 2014 erwartungsgemäß nicht nachhaltig erholen können. Vor diesem Hintergrund muss für beide Gesellschaften 2014 und 2015 mit einem Verlust gerechnet werden.

Hinsichtlich des größten Teils des Portfolios der Hypo Alpe Adria, den Abbauaktivitäten, sollen 2014 die Verkäufe weiter zügig vorangetrieben werden, die von Verwertungen von Einzelkreditsicherheiten bis zu bereits initiierten Verkaufsprozessen von Tochtergesellschaften reichen. Entsprechend den Planungen soll dieses Portfolio über die kommenden Jahre deutlich abschmelzen.

Diese Reduktion wird aus heutiger Sicht jedoch mit Verlusten verbunden sein, da die aus dem Portfolio generierten laufenden Erträge die anfallenden Kosten nicht decken werden können. Aus diesem Grund ist für 2014 jedenfalls von einem negativen Gesamtergebnis der Hypo Alpe Adria im Rahmen des von der Kommission der Europäischen Union genehmigten Restrukturierungsplans auszugehen.

HYPO-VERBAND 2013

Die schlussendliche Höhe wird maßgeblich von den im Jahresverlauf zu treffenden und umzusetzenden Entscheidungen im Hinblick auf eine eigenständige deregulierte Abbaueinheit zur Abwicklung und Verwertung der nicht zur Privatisierung stehenden Einheiten – die keiner Banklizenz mehr bedarf und damit keinen regulatorisch vorgeschriebenen Mindestvorschriften unterliegt – abhängen. Aktuell ist eine intensive Diskussion über die konkrete Ausformung der Abbaueinheit im Gange. Das Ergebnis dieses in die endgültige Kompetenz des Eigentümers fallenden Entscheidungsprozesses sowie die genauen Auswirkungen einer solchen fundamentalen Restrukturierung auf die zentralen Ergebnisparameter der Gesellschaft können seriös erst nach Abschluss der Beratungen dargestellt werden.

Die Installierung dieser Einheit im Umfang von rund zwei Drittel der Bilanzsumme der Hypo Alpe Adria in Form einer Kapitalgesellschaft ist – abhängig unter anderem von der zu schaffenden Gesetzesbasis – für Ende des dritten Quartals 2014 geplant, was in der Höhe des im April 2014 zugeführten Kapitals von EUR 0,75 Mrd. teilweise schon antizipiert wurde.

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	26.218,6	33.803,7
Eigenmittel	2.739,8	3.057,1
Jahresergebnis nach Steuern	-1.843,4	8,3
Spareinlagen (Verbindl. gg. Kunden)	6.120,9	8.405,9
Ø Mitarbeiteranzahl	6.574	7.371
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	303	317
Return on equity	n.a.	n.a.
Cost Income Ratio	143,2%	54,1%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.



2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG (unkonsolidierter Einzelabschluss)

Bilanzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Bilanzsumme der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, die als zentrale Steuerholding der Gruppe die Hauptrefinanzierungsfunktion ausübt, weiter stark reduziert werden. Dies ist wie bereits in den Vorjahren durch die geringere Neugeschäftstätigkeit der SEE-Banken im Zusammenhang mit den von der EU-Kommission auferlegten „Behavioural Measures“, den generellen Neugeschäftsstopp für das eigene Drittkunden-Portfolio, Liquiditätsrückführungen der Abbau-Konzerngesellschaften, Tilgungen von fälligen Verbindlichkeiten durch Verwendung der Liquiditätsbestände sowie auch auf die 2013 zu verzeichnenden hohen Abwertungen auf Kredite und Beteiligungen zurückzuführen.

Die Bilanzsumme reduzierte sich insgesamt um -16,5 % von EUR 21,1 Mrd. auf EUR 17,6 Mrd. (EUR -3,5 Mrd.).

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken reduzierten sich im Geschäftsjahr 2013 um über EUR 0,5 Mrd. auf EUR 1,6 Mrd.

Mit EUR 9,0 Mrd. lagen die Forderungen an Kunden, die auch die internen Finanzierungslinien an die Konzern-Leasinggesellschaften umfassen, um EUR -1,4 Mrd. bzw. -14,0 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (EUR 10,4 Mrd.).

Die Risikovorsorgen auf Kundenforderungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2013 von EUR 1,4 Mrd. auf EUR 2,1 Mrd. Die Erhöhung um EUR 0,7 Mrd. ist überwiegend auf den Anstieg der Risikovorsorgen auf Refinanzierungslinien an Tochtergesellschaften zurückzuführen, die insbesondere bei Vorliegen von negativen Eigenkapitalständen von Tochtergesellschaften gebildet werden, um notwendige Rekapitalisierungsmaßnahmen entsprechend zu bevorsorgen. Darüber hinaus mussten hohe Abwertungen auf das Drittkunden-Kreditportfolio der Bank vorgenommen werden.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich im Geschäftsjahr 2013 von EUR 4,5 Mrd. auf EUR 4,3 Mrd., was einer Reduktion um EUR -0,2 Mrd. bzw. 4,8 % entspricht.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen verringerten sich im Berichtsjahr von EUR 2,5 Mrd. auf EUR 1,2 Mrd. Diese Reduktion der Gesamtposition ist überwiegend auf die Abwertung von

Beteiligungsansätzen an Tochterbanken in Südosteuropa zurückzuführen, die auf Basis aktueller Einschätzungen zum erzielbaren Verkaufserlös erforderlich waren. Darüber hinaus führten der Verkauf der österreichischen Banktochter sowie die Abwertung der restlichen Beteiligungsansätze an Leasinggesellschaften in Italien, Serbien und Slowenien zu einer entsprechenden Reduktion.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie eigene Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2013 EUR 11,4 Mrd. (2012: EUR 13,7 Mrd.) und lagen damit aufgrund von Rückführungen von Verbindlichkeiten um EUR -2,2 Mrd. deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Damit entspricht der Anteil dieser Positionen an der Bilanzsumme rund 64,8 % (im Vorjahr rund 64,8 %).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten lagen mit EUR 3,8 Mrd. leicht unter dem Vergleichswert des Vorjahres (EUR 3,9 Mrd.); die nachrangigen Verbindlichkeiten waren in etwa unverändert.

Die Position Eigenkapital verringerte sich im Geschäftsjahr 2013 von rund EUR 1,2 Mrd. auf EUR 0,2 Mrd. Erhöhend wirkten die vom Eigentümer durchgeführten Kapitalmaßnahmen (Gesellschafterzuschuss in Höhe von EUR 0,2 Mrd., Zeichnung von Partizipationskapital in Höhe von EUR 0,8 Mrd. sowie Grundkapitalerhöhung in Höhe von EUR 0,7 Mrd.), die jedoch durch den hohen Jahresverlust der Bank überkompensiert wurden.

Eigenmittel

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 beliefen sich die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz (BWG) auf EUR 231,0 Mio. (2012: EUR 1.967,0 Mio.) und lagen damit deutlich unter dem gesetzlichen Mindestfordernis von EUR 990,2 Mio. (2012: EUR 1.314,8 Mio.). Dies hatte eine Eigenmittelunterdeckung von EUR -759,2 Mio. (2012: Überdeckung EUR +652,2 Mio.) zur Folge.

Die Risikoaktiva (RWA - risk weighted assets) für das Kreditrisiko verringerten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2012 weiter von EUR 15,9 Mrd. auf EUR 12,0 Mrd. (2013). Wie 2012 gab es zwar RWA-erhöhende Effekte durch Länder-Ratingverschlechterungen, diese waren allerdings deutlich geringer als im Jahr 2012 und wurden durch RWA-reduzierende Effekte wie den kontinuierlichen Portfolioabbau, die hohen Abwertungen auf Vermögenswerte sowie positive Effekte aus dem EU-Beitritt Kroatiens überkompensiert.

Zum 31. Dezember 2013 lag die Kernkapitalquote (Tier 1-Ratio) bezogen auf das Bankbuch (Kreditrisiko) bei 1,3% (2012: 8,2%), bezogen auf die gesamte Eigenmittelbemessungsgrundlage (inklusive Markt- und operationelles Risiko) lag diese bei 1,3% (2012: 8,0%). Die Eigenmittelquote

betrug 1,9% (2012: 12,0%) und lag damit deutlich unter der in Österreich gesetzlich erforderlichen Mindestquote von 8,0% (2012: 8,0%).

Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisentwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Geschäftsjahr 2013 war geprägt durch hohe Verluste aus Abwertungen auf Beteiligungen und konzerninterne Finanzierungen sowie Risikovorsorgen auf das Drittkunden-Kreditportfolio. Auch die mit EUR +153,0 Mio. vorgenommene ertragswirksame Auflösung des im Vorjahr aus dem Gewinn aus dem Rückkauf von Hybridkapital dotierten Fonds für allgemeine Bankrisiken konnte diese negativen Effekte nicht kompensieren. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag für 2013 beträgt demnach EUR -2.727,7 Mio.

Bedingt durch das allgemein niedrige Zinsniveau und die Rückführung von Refinanzierungslinien von Tochtergesellschaften aufgrund des schrumpfenden Portfolios verringerte sich das Nettozinsergebnis gegenüber dem Vorjahreswert signifikant um EUR -51,0 Mio. auf EUR +23,0 Mio. (2012: EUR +74,0 Mio.).

Bei der Position Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen kam es gegenüber dem Vorjahr zu einer Verringerung um EUR -88,1 Mio. auf EUR +7,4 Mio. (2012: +95,5 Mio.), was darauf zurückzuführen war, dass 2013 nur eine sehr geringe Anzahl von Konzerngesellschaften Dividenden an die Bank ausschütten konnten.

Das Provisionsergebnis, als Saldo zwischen Provisionserträgen (EUR +9,0 Mio.) und Provisionsaufwendungen (EUR -80,4 Mio.), betrug im Jahr 2013 EUR -71,4 Mio. (2012: EUR -17,5 Mio.). Neben den niedrigeren operativen Erträgen belasteten auch in diesem Geschäftsjahr die Provisionsaufwendungen im Zusammenhang mit der im Geschäftsjahr 2013 verlängerten Bürgschaftsvereinbarung mit der Republik Österreich das Ergebnis. Darüber hinaus werden hier die Provisionsaufwendungen ausgewiesen, die an die Republik Österreich für die Übernahme der Haftung einer im Dezember 2012 begebenen Nachrangleihe zu zahlen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR +18,5 Mio. um EUR -9,0 Mio. unter dem Wert des Vorjahres von EUR +27,5 Mio. Die Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Weiterverrechnung von den für die Konzerntochtergesellschaften zentral erbrachten Dienstleistungen.

Die Betriebserträge gingen im Geschäftsjahr 2013 von EUR +190,7 Mio. auf EUR -24,5 Mio. zurück, was einer Verringerung um EUR -215,2 Mio. entspricht. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf das mit EUR -71,4 Mio. negative Provisionsergebnis.

H Y P O - V E R B A N D 2 0 1 3

Im Geschäftsjahr 2013 kam es zu einer Verringerung der Mitarbeiterzahl von 587 (Jahresdurchschnitt 2012) auf 552 (Jahresdurchschnitt 2013). Die Personalaufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG lagen mit EUR -55,8 Mio. in etwa auf Vorjahresniveau (2012: EUR -53,7 Mio.).

Die übrigen Sachaufwendungen sind mit EUR -49,8 Mio. gegenüber dem Vorjahreswert ebenfalls annähernd konstant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr mit EUR -31,1 Mio. über den Aufwendungen des Vorjahres (2012: EUR -19,5 Mio.). In dieser Position sind Aufwendungen bzw. Vorsorgen für Pönalezahlungen aus der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen bzw. regulatorischer Grenzen enthalten.

In Summe verringerte sich 2013 das Betriebsergebnis der Bank als Saldo von Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen von EUR +67,2 Mio. auf EUR -166,4 Mio., somit um EUR -233,6 Mio.

Das Ergebnis aus der Veräußerung und der Bewertung von Forderungen und Wertpapieren des sonstigen Umlaufvermögens war im Geschäftsjahr 2013 mit EUR -850,8 Mio. (2012: EUR -15,0 Mio.) deutlich negativ. EUR -517,0 Mio. (2012: EUR 104,3 Mio.) resultierten aus der Dotierung von Vorsorgen auf Refinanzierungslinien an Tochtergesellschaften. Die Kreditrisikovorsorgen gegenüber Drittkunden erhöhten sich im Geschäftsjahr, was zu einer Nettodotierung von EUR -346,0 Mio. (2012: Nettodotierung von EUR -47,8 Mio.) führte. Die Ursache lag vorwiegend im nach wie vor schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld, das zu steigenden Zahlungsverzügen und Zahlungsausfällen der Kunden führt und den Abbau des NPL- (Non-Performing Loan)-Portfolios erschwert. Die Position beinhaltet des Weiteren auch einen Aufwand von EUR -1,9 Mio. (2012: EUR +32,3 Mio.) aus der Auflösung von Derivativpositionen sowie einen Ertrag in Höhe von EUR +4,0 Mio. (2012: EUR +68,0 Mio.) aus der Auflösung einer Rückstellung, die aus der im vorigen Jahr durchgeführten Abwertung der von der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG begebenen Ergänzungskapitalanleihen resultierte.

Im Geschäftsjahr 2013 war das Ergebnis des Wertpapierportfolios des Bankbuch-Umlaufvermögens im Gegensatz zum Vorjahr mit rund EUR -2,3 Mio. (2012: EUR +39,8 Mio.) negativ.

Das Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Finanzanlagen, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen betrug im Jahr 2013 EUR -1.835,4 Mio. (2012: EUR -263,9 Mio.). Während im Geschäftsjahr 2012 negative Bewertungseffekte im Bereich der Bankenbeteiligungen in Höhe von EUR -167,3 Mio. erfasst wurden, mussten diese im

H Y P O - V E R B A N D 2 0 1 3

Geschäftsjahr 2013 um EUR -1.458,5 Mio. abgewertet werden. Der überwiegende Teil dieser Abwertungen resultiert aus dem SEE-Bankennetzwerk, das auf einen erwarteten Veräußerungserlös abgewertet werden musste.

Die Erträge im Zusammenhang mit Wertpapieren des Bankbuch-Anlagevermögens betragen EUR +3,2 Mio. und lagen damit leicht über dem Vergleichswert des Vorjahres (2012: EUR +2,7 Mio.).

Unter Berücksichtigung obiger Effekte ergab sich daher ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von EUR -2.852,7 Mio. (2012: EUR -211,7 Mio.).

Die Position Außerordentliches Ergebnis in Höhe von EUR +129,7 Mio. (2012: EUR 7,4 Mio.) beinhaltet wie auch schon im Vorjahr mit EUR -23,3 Mio. (2012: EUR -5,6 Mio.) die Aufwendungen für die Aufarbeitung der Vergangenheit der Bank („CSI“ bzw. „Forensics“), die einerseits die 2013 angefallenen Aufwendungen sowie auch die geschätzten zukünftigen Kosten umfassen. Letztere beinhalten im Wesentlichen Berateraufwendungen im forensischen und juristischen Bereich sowie Verfahrenskosten. Ebenso beinhaltet diese Position die Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR +153,0 Mio.

Die Ertragssteueraufwendungen des Geschäftsjahres betragen EUR -3,3 Mio. (2012: EUR -7,7 Mio.) und sind im Wesentlichen auf die Steuerumlage der inländischen Steuergruppe sowie auf ausländische Quellensteuern zurückzuführen.

Nach Berücksichtigung der Position Sonstige Steuern in Höhe von EUR -21,4 Mio., die im Wesentlichen die seit dem Geschäftsjahr 2012 abzuführende Bankensteuer enthält, betrug der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 EUR -2.747,6 Mio. (2012: EUR -231,2 Mio.).

Ertragskennzahlen

Das Cost/Income-Ratio war 2013 aufgrund der hohen Verluste mit -580,4% negativ (2012: 64,7%). Aufgrund des negativen Jahresergebnisses sind die Kennzahlen Return on Equity (ROE) und Return on Assets (ROA) im Geschäftsjahr 2013 nicht aussagekräftig.

Eigentümerstruktur:

per 31.12.2013



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	17.587	21.058
Eigenmittel	264	1.958
EGT	-2.833	-212
Spareinlagen	0	0
Ø Mitarbeiteranzahl	552	587
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	1	2
Return on equity	n.a.	n.a.
Cost Income Ratio	-580%	65%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG heißt in Kürze:

 **Austrian Anadi Bank**

...Ihre Bank seit 1896

2.4. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG (künftig: AUSTRIAN ANADI BANK AG)

Die Ausrichtung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG ist geprägt durch die ins Jahr 1896 zurückreichende Gründung als Kärntner Landes-Hypothekenanstalt. Der ursprüngliche Schwerpunkt der Finanzierung öffentlicher Institutionen, Finanzierung von Wohnbau und Begebung von Pfandbriefen ist bis heute ein wichtiger Geschäftszweig geblieben, schrittweise ergänzt durch Universalbank-Angebote für Privat- und Firmenkunden.

Konsequent lag auch im Geschäftsjahr 2013 der Fokus auf der Positionierung als regional stark verankerte Familienbank. Trotz schwieriger Begleitumstände durch die Diskussion über die frühere Muttergesellschaft „Hypo Alpe-Adria-Bank International AG“ ist es der Bank gelungen, sich in allen Geschäftsbereichen und in besonderen Stärkefeldern wie im Marktsegment der „Ärzte und freien Berufe“ und im „Public Finance“-Geschäft zu behaupten. Getragen wird diese Stabilität durch das hohe Augenmerk, das auf persönliche, partnerschaftliche Kommunikation mit den Kunden gelegt wird. Der Ausbau von Vertriebspartnerschaften mit anderen Finanzdienstleistern, welcher attraktive Produkte bei schlanker Vertriebsstruktur ermöglicht, wurde 2013 erfolgreich fortgesetzt.

Mit dem im Dezember 2013 erfolgten „Closing“ wurde der Verkauf der Hypo Alpe-Adria-Bank AG an die Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. abgeschlossen. Hinter dem neuen Eigentümer steht die britisch-indische Familie Kanoria, welche durch ihr langjähriges Engagement im Finanzsektor mit den Werten Erfolg, Tradition und Zuverlässigkeit verbunden ist. Mit dem neuen Eigentümer wurde auch die Erweiterung der Geschäftsbereiche in Angriff genommen, wobei künftig Wachstumschancen insbesondere im Angebot von Finanzierungs- und Beratungsleistungen für Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in Europa und Indien gesehen werden. Zur Unterstreichung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wurde vom neuen Eigentümer die Umbenennung der Bank in „Austrian Anadi Bank“ beschlossen. Der laufende Rebranding-Prozess wird voraussichtlich zur Jahresmitte 2014 abgeschlossen sein.

Segmentsentwicklung

Im Segment Retail Banking wurden die 2012 begonnenen Umsetzungsmaßnahmen zur nachhaltigen Optimierung des Filialnetzes und somit auch der Servicierung der Kunden erfolgreich fortgesetzt. Wir wollen das klassische Bankgeschäft mit individuellen Services für unsere Kunden, wie z.B. die Umwandlung der e-Card in die Bürgerkarte und Erwerb bzw. Beladung der Kärnten-Card, verbinden und damit die Kundenzufriedenheit erhöhen. Im Aktivgeschäft lag der Fokus bei Wohnbaufinanzierungen. In Summe wurde ein Volumen von EUR 262 Mio. bzw. 2.100 Stück an Anfragen geprüft. Das Neugeschäft lag bei rd. EUR 83 Mio. und konnte somit gegenüber 2012 um 14% gesteigert werden. Unsere Mitarbeiter wurden speziell zu den Förderungsthemen rund um den Wohnbau ausgebildet, um auch zukünftig ein wichtiger Partner für die Kärntner Bevölkerung zum Thema „Wohnbau“ zu sein.

Im Passivgeschäft kam es zur Auflage neuer innovativer Sparprodukte. Darüber hinaus standen traditionelle Pfandbriefemissionen im Fokus. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ebenso die langjährige Tradition des Hypo-Kunstpfandbriefes weitergeführt. Für diesen konnte der bekannte Kärntner Künstler Richi Klammer gewonnen werden. Im Provisionsgeschäft – Wertpapiere, Fonds, Versicherungen, Leasing – wurde die Produktpalette auf ein Vollservice ausgeweitet.

Das Portfolio im Corporate Banking entwickelte sich stabil. Das hohe Volumen an außerordentlichen Tilgungen bedingt durch die geringe Kreditnachfrage konnte jedoch nicht durch Neugeschäft ersetzt werden. Die Refinanzierungsbasis aus deckungsstockfähigen Krediten und refinanzierungsfähigen Krediten im Corporate Banking wurde im vergangenen Jahr auf EUR 293,9 Mio. gesteigert.

Im Firmenkundengeschäft wurde 2013 der bedürfnisorientierte Beratungsansatz mit dem „Hypo Business Dialog“ für unsere Kunden weiterentwickelt. Im Rahmen des strukturierten Gesprächs entlang der Wertschöpfungskette eines Unternehmens führen Kundenbetreuer im Corporate Banking eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und der zukünftigen Ziele eines Unternehmens durch. Auf Basis dieser Analyse erhalten Kunden maßgeschneiderte Lösungen, um noch erfolgreicher in einem sich rasch ändernden und herausfordernden Wirtschaftsumfeld bestehen zu können. Darüber hinaus wird - gestützt durch den „Mittelstandskompass“ - eine Chancenberatung auf Basis vergangener Jahresabschlüsse von Kunden durchgeführt. Im Wirtschaftsjahr 2013 konnte das Corporate Banking durch diese qualitätsorientierte Beratung und eine systematische Akquisitionskampagne Neukunden gewinnen und EUR 72,6 Mio. an Neugeschäften abschließen.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG hat als eine der wenigen Banken in Österreich einen eigenen Bereich für die Betreuung der öffentlichen Kunden geschaffen. Die Mitarbeiter des Bereiches Public Finance verstehen sich als „die Experten“ an der Seite der öffentlichen Kunden. In Zeiten, in denen sich andere Institute aus dem öffentlichen Bereich zurückgezogen haben, stellt die Betreuung der öffentlichen Hand eine stabile und dauerhafte Säule in der Strategie der Hypo Alpe-Adria-Bank AG dar.

2013 konnte der Bereich Public Finance - trotz sehr niedriger Zinsphase – wieder ein sehr gutes wirtschaftliches Jahresergebnis erzielen und seiner Rolle als stabiler Faktor der Bank weiterhin gerecht werden. Vor allem durch die Finanzierung von Prestige-Infrastrukturprojekten konnte der Bereich sein Know how unter Beweis stellen. Die Strategie des Vorjahres wurde weiter verfolgt und die Schwerpunkte auf Beratungsdienstleistungen, Veranlagungen, Debt-Management und Cash-Management gelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Bereich Treasury Maßnahmen gesetzt, die den eigenständigen Zugang zum Kapitalmarkt gestärkt haben. Insbesondere wurde der Aufbau des hypothekarischen Deckungsstockes als eine der wichtigen künftigen Fundingquellen forciert, wobei rund EUR 200 Mio. an Deckungswerten zugeführt wurden.

Neben Pfandbriefen wurden auch Wohnbau- und Senioranleihen für unsere institutionellen Investoren und für unsere Privatkunden emittiert.

Bedingt durch die Änderungen in den regulatorischen Vorgaben auf EU-Ebene (Basel III, EMIR / CRD IV ...) lag ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeiten im Treasury in der Anpassung bzw. Neuausrichtung der Aktivitäten in Richtung Erfüllung dieser kommenden Anforderungen. So wurde die Teilnahme am Central Counterparty Clearing für Derivate hinsichtlich der EMIR EU-Verordnung implementiert und den geplanten regulatorischen Vorgaben aus Basel III hinsichtlich Liquiditätsmanagement (LCR) und Haltung von Liquiditätsreserven im Wertpapier-Eigenbestand Rechnung getragen.

Auf das Eingehen von Risiken wurde weitgehend zugunsten einer Aussteuerung der Zins- und Währungsrisiken verzichtet, Handelsaktivitäten wurden ebenfalls nur sehr eingeschränkt getätigt.

Bilanzentwicklung

Zum 31.12.2013 konnte die Hypo Alpe-Adria-Bank AG eine Bilanzsumme von EUR 3.242 Mio. (31.12.2012 EUR 3.861 Mio.) ausweisen.

Die Bank konnte trotz der noch immer vorherrschenden schwierigen Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2013 ihre erfolgreiche Entwicklung, eingeleitet mit dem Geschäftsjahr 2011, auf Basis eines positiven Jahresergebnisses wiederum bestätigen.

Das Kreditvolumen erreichte EUR 2.619 Mio., was einer Reduktion von EUR 248 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Aufteilung des Kreditvolumens nach Segmenten beläuft sich in Höhe von EUR 1.159 Mio. auf Public Finance, EUR 702 Mio. auf Corporate Banking, EUR 649 Mio. auf Retail Banking sowie auf EUR 109 Mio. verbriefte Forderungen (Wertpapier-Privatplatzierungen). Die Non Performing Loans erreichten nach der Abspaltung und einem nicht unbeträchtlichen Übertrag an die ehemalige Konzernmutter EUR 80 Mio., was rund 2 % am Gesamtexposure beträgt und auch ein Zeichen einer strengen Risikopolitik der abgespaltenen Bank darstellt. Das Kreditportfolio weist somit im Peer-Vergleich eine gute Qualität aus.

Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten betragen EUR 91 Mio. (31.12.2012 EUR 500 Mio.). Der Rückgang in Höhe von EUR 409 Mio. resultiert aus der Rückzahlung von kurzfristig liquiden Mitteln. Die Bilanzposten Schuldtitel öffentlicher Stellen sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere dienen ausschließlich der Liquiditätsreserve und weisen einen Stand von EUR 464 Mio. auf, was einem Nettozugang von EUR 54 Mio. entspricht. Die Wertpapiere entsprechen großteils erstklassiger Qualität, die den künftigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III genügen.

Auf der Passivseite erreichten die Primäreinlagen (Kundeneinlagen sowie eigene Emissionen) EUR 2.586 Mio., was einem Anteil an der Refinanzierung von rund 80 % entspricht. Davon entfielen EUR 581 Mio. auf Spareinlagen und EUR 606 Mio. auf Sicht- und Termineinlagen. Bei den Spareinlagen musste ein Rückgang von EUR 211 Mio. verzeichnet werden was auf das tiefe und somit unattraktive Zinsniveau sowie auf negative Berichterstattung im Zusammenhang mit der ehemaligen Konzernmutter zurückzuführen war. Die verbrieften Verbindlichkeiten verringerten sich um EUR 200 Mio. auf EUR 1.399 Mio. Im Berichtsjahr erfolgten nominell EUR 272 Mio. planmäßige Tilgungen und EUR 85 Mio. an Neuemissionen. Die Loan to Deposit Ratio, als Verhältnismaß des Kreditvolumens zu den Primärmitteln (unter Einbeziehung der eigenen Emissionen), beträgt per 31.12.2013 98,7 % und erreicht damit eine für eine Regionalbank bemerkenswerte Größenordnung.

Ergebnisentwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ihr Ergebnis wiederum positiv abschließen. Diese Entwicklung ist auf die nun abgeschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen einerseits und andererseits auf die weiterhin erfreuliche Entwicklung im Kerngeschäft

der Bank zurückzuführen. Die Kreditrisikovorsorgen konnten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr auf niedrigem Niveau gehalten werden, was insbesondere auf die erfolgreiche intensive Bearbeitung der Non Performing Loan Positionen sowie auf die strikte Einhaltung der risikoadäquaten Neugeschäftsvergabe zurückzuführen ist.

Vor diesem Hintergrund erreichten die Betriebserträge im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 59,4 Mio. (2012 EUR 67,8 Mio.). Der Nettozinsertrag erreichte EUR 35,8 Mio. (2012 EUR 39,0 Mio.) und ist weiterhin geprägt von der flachen Zinskurve. Diverse Steuerungselemente im on- und off-balance Bereich konnten das Nettozinsergebnis gegenüber dem Vorjahr einigermaßen stabil halten. Das Provisionsergebnis erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 16,0 Mio. und lag erfreulicherweise auf dem Niveau des Vorjahres.

Die operativen Betriebsaufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank AG betragen im Berichtsjahr EUR 51,6 Mio. (2012 EUR 49,4 Mio.). Die Steigerung liegt im überhöhten Personalaufwand, der noch die letzten Maßnahmen und Einmaleffekte des in diesem Geschäftsjahr abgeschlossenen Restrukturierungsplans enthält und somit zukünftige Ergebnisse nicht mehr belasten wird. Der Sachaufwand ist weiter geprägt vom eingeschlagenen Sparkurs. In Folge erreichte das Betriebsergebnis, als Saldo von Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen, EUR 7,8 Mio.

Das Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Forderungen, Eventualverbindlichkeiten sowie Wertpapieren des Umlaufvermögens betrug im Jahr 2013 plus EUR 1,0 Mio. Im Anlagevermögen ergibt sich ein Saldo aus der Bewertung und Veräußerung von Finanzanlagen (Wertpapiere und Beteiligungen) von minus EUR 0,4 Mio. (2012 plus EUR 1,9 Mio.). Unter Einbeziehung obiger Effekte wies die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von plus EUR 8,4 Mio. (2012 EUR 17,0 Mio.) aus.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde eine Rückstellung in Höhe von EUR 0,3 Mio. eingestellt, um im erforderlichen Ausmaß die Kosten für den neuen Marktauftritt im Zuge der Privatisierung zu decken. Nach Berücksichtigung der Steuern von EUR 3,4 Mio. betrug der Jahresüberschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres EUR 4,8 Mio. (2012 EUR 48,1 Mio.)

Eigenmittel

Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß BWG betragen per Jahresende 2013 EUR 160 Mio. (2012: EUR 164 Mio.). Es wurde damit eine Überdeckung des Mindestanfordernisses von EUR 60 Mio. bzw. ein Deckungsgrad von 160 % (2012: 146 %) erzielt. Bezogen auf die gesamte Eigenmittelbemessungsgrundlage (inkl. Markt- und operationellem Risiko) ergibt sich per 31.12.2012 eine Eigenmittelquote von 12,81 % (2011: 11,68 %), die weit über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote in Österreich von 8,00 % liegt.

AUSBLICK 2014

Die mit dem neuen Eigentümer vorgenommene Weichenstellung für die künftige Entwicklung der Bank lässt eine weitere Erhöhung der Ertragskraft erwarten. Zusätzlich zu den bisherigen Geschäftsfeldern der Regionalbank wird die Kooperation mit den der Eigentümerfamilie nahestehenden Unternehmen ausgebaut. Über ein Kooperationsabkommen mit der führenden indischen Gesellschaft für Infrastrukturfinanzierung, Srei Infrastructure Finance Ltd., wird diese Position deutlich gestärkt. Durch verbesserte Nutzung neuer Technologien wird der Auftritt der Bank im Mobile und Direct Banking intensiviert.

Besondere Wachstumschancen werden in dem Angebot von Finanzierungs- und Beratungsleistungen für Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in Europa, insbesondere der EU, und Indien gesehen. Die Familie rund um den neuen Eigentümer Dr. Sanjeev Kanoria wird die Entwicklung dieses Geschäftsfeldes mit Know-how und Netzwerk-Kontakten, die auch Kärntner Unternehmen zu Gute kommen, unterstützen.

Um dem neuen Geschäftsfeld „International Business“ Rechnung zu tragen, werden die entsprechenden Fachkräfte vom internationalen Markt rekrutiert und diese werden somit dieser neuen Ausrichtung den notwendigen Rückhalt geben.

Im Geschäftsfeld Domestic Business in dem die Privat- und Firmenkundenaktivitäten zusammengeführt wurden, wird 2014 ein Kreditneugeschäft von EUR 250 Mio. angestrebt. Neben dem Ankerprodukt Kredit wird 2014 durch eine konsequente Verfolgung der bedürfnisorientierten Beratung und des darauf aufbauenden Verkaufs von Produkten aus den vier Bedürfnisfeldern Finanzierung, Vermögen, Vorsorge und Liquidität die Hauptbankbeziehung bei den bestehenden und neuen Kunden weiter ausgebaut. Die Potentiale in den Produktbereichen Wertpapier und Versicherung werden insbesondere im Fokus unserer Aktivitäten stehen. Das Neugeschäft und die Akquisition von Neukunden wird sowohl durch unsere Erfolgspartner als auch die hauseigenen Vertriebskanäle erzielt.

Im Retail Banking konzentrieren wir uns verstärkt auf Wohnbaufinanzierungen gemeinsam mit Gehaltskonten und Versicherungen.

In den Corporate Banking Beratungszentren in Wien und Salzburg wird der Fokus auf die Bereiche Immobilienfinanzierung und die Servicierung von produzierenden exportorientierten Unternehmen gelegt.

Durch eine zentrale und ertragsorientierte Kunden- und Produktsteuerung wird es zur weiteren Steigerung der Profitabilität des Segments Domestic Banking kommen.

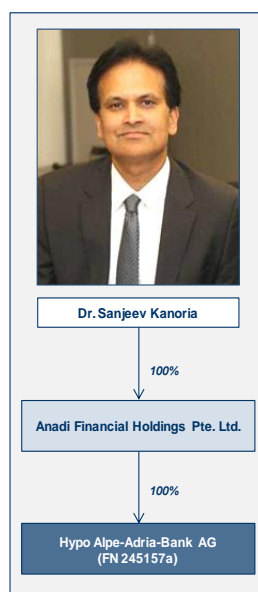
Die Umbenennung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG in Austrian Anadi Bank wird Mitte des Jahres 2014 ihren firmenbuchmäßigen Abschluss finden. Damit wird ein weiterer Schritt zur Betonung der Unabhängigkeit von der früheren Konzernmutter vollzogen. Da auch die politische Festlegung für die Abwicklung der ehemaligen Konzernmutter erfolgte, ist keine weitere Belastung der Bank durch ihre ehemalige Eigentümerschaft zu erwarten.

Die geplante „Rebranding“-Kampagne wird den Bekanntheitsgrad der neuen Marke erhöhen und mit positiven Werten aufladen. Der Schwerpunkt liegt auf der Positionierung als Kärntner Regionalbank mit langfristigen heimischen Arbeitsplätzen und als verlässlicher Partner mit Beratungs- und Finanzierungs kompetenz für die heimische Wirtschaft. Als weiteren Erfolgsfaktor sehen wir die gedeihliche Fortsetzung der außerordentlich guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit den öffentlichen Stellen und der Regierung des Landes Kärnten.

Unter Beibehaltung der Stärken der Bank werden wir mit dem neuen Auftritt die Position am Markt ausbauen und erwarten uns eine Verbesserung der Ertragssituation. Insgesamt sind daher für das Jahr 2014 positive Vorzeichen gegeben.

Eigentümerstruktur:

Mit dem Closing am 19.12.2013 hat die Hypo Alpe-Adria-Bank AG mit der Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. mit dem Firmensitz in Singapur einen neuen Eigentümer, der 100 Prozent der Aktien an der Hypo Alpe-Adria-Bank AG hält. Die Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. ist ein Unternehmen des britisch-indischen Geschäftsmannes Herrn Dr. Sanjeev Kanoria. Die Eintragung in das Firmenbuch erfolgte am 07.02.2014.



HYPO-VERBAND 2013

Beträge in Mio. Euro *)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	3.242,2	3.861,4
Eigenmittel	159,9	164,2
EGT	8,5	17,0
Spareinlagen	581,4	791,7
Ø Mitarbeiteranzahl	383	386
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	15	15
Return on equity	3,4	7,0
Cost Income Ratio	86,7	72,9

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



HYPO NOE
GRUPPE

Die Bank an Ihrer Seite.

2.5. HYPO NOE GRUPPE BANK AG

1888 als Niederösterreichische Landes-Hypothekenbank gegründet, blickt die HYPO NOE Gruppe auf über 125 Jahre Tradition und Erfahrung im Banken- und Finanzsektor zurück. Nach einer Teilprivatisierung 1996 steht der Bankkonzern seit 2007 erneut im 100%-Eigentum des Landes Niederösterreich.

Die HYPO NOE Gruppe betreut als Mutterinstitut im Konzernverbund mit HYPO NOE Leasing und HYPO NOE Real Consult vorwiegend Großkunden im Landes- und Gemeindebereich. Gemeinsam mit diesen beiden Tochterunternehmen, der HYPO NOE Valuation & Advisory, der 2012 erworbenen HYPO NOE First Facility sowie der 2013 neu gegründeten HYPO NOE Immobilienmanagement ist es der HYPO NOE Gruppe möglich, durch ihre Immo-Servicekette den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie aus einer Hand abzudecken. Somit begleitet die HYPO NOE Gruppe ihre Kunden nach der Finanzierung auch beim Facility Management und den Facility Services, ebenso wie bei der Projektsteuerung, der Makelei und der Immobilienbewertung.

Die Retailtochter HYPO NOE Landesbank bietet sich als Universalbank für Private, Freiberufler und Kommerzkunden in NÖ und Wien an. Als finanzielle Drehscheibe in Niederösterreich konnte sich die Unternehmensgruppe auch 2013 als verlässliche und dauerhafte Quelle für öffentliche Finanzierung, Unternehmens- und Projektfinanzierung, Immobilienfinanzierungen und -leasing ebenso wie für Treasury-Lösungen in Österreich und der Donauregion beweisen.

Die Geschäftsfelder und Töchter der HYPO NOE Gruppe

Im Geschäftsfeld Public Finance ist die HYPO NOE Gruppe Bank AG ein starker Partner für Länder, Städte, Gemeinden, Körperschaften öffentlichen Rechts und Infrastrukturunternehmen. Der Schwerpunkt im Jahr 2013 lag in der weiteren Intensivierung der Geschäftsaktivitäten in den östlichen Bundesländern sowie auf bundes- und landesnahen Unternehmen.

Im Jahr 2013 konnten mehrere Projekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich umgesetzt werden, wie etwa der Kindergarten in Korneuburg, der im Dezember 2013 eröffnet wurde. Dieses Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der HYPO NOE Leasing GmbH realisiert, wodurch dem öffentlichen Kunden das Bau- und Kostenrisiko abgenommen werden konnte. Im vierten Quartal konnte außerdem der Zuschlag zum Zu- und Umbau des Krankenhauses St. Pölten gewonnen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Intensivierung der Zusammenarbeit mit ausgewählten strategischen Partnern im Bereich der Infrastrukturbanken und namhafter Finanzdienstleister, wie der Europäischen Investitionsbank (EIB), zur Finanzierung von Projekten.

Der Unternehmenszweig **Real Estate Finance** ist der Spezialist für Immobilienprojektfinanzierung, dessen Fokus weiterhin auf den Kernmärkten Österreich und Deutschland liegt – auch ausgewählte CEE-Länder wie Tschechien oder Polen zählen zu den Zielgebieten. Das Geschäftsmodell der Real Estate Finance basiert auf einer Konzentration auf die Asset-Klassen Büro- und Geschäftsobjekte, Hotels, Fachmarktzentren sowie Handels- und Wohnimmobilien. 2013 konnte insbesondere im Auslandsgeschäft, aufgrund des Rückzuges vieler großer deutscher Banken, das vorhandene Geschäftspotenzial optimal zur Portfolioweiterentwicklung genutzt werden. Beim Investmentgeschäft waren ein hoher Wettbewerb sowie entsprechend hohe Immobilienpreise spürbar. Neben Finanzierungen von namhaften Immobilien in den angrenzenden Nachbarländern wurde auch ein bedeutendes Einkaufszentrum im Kernmarkt Österreich finanziert. Ebenso konnte ein Restrukturierungsprojekt im Nachbarland Ungarn erfolgreich saniert und abgebaut werden.

Das Geschäftsfeld **Corporate & Project Finance** repräsentiert das Kompetenzzentrum der HYPO NOE Gruppe Bank AG für das klassische Firmenkundengeschäft, strukturierte Finanzierungen für Unternehmen sowie für Projektfinanzierungen. Zielsetzung ist die optimale Betreuung von Unternehmen als Universalbank mit einem starken Fokus auf anspruchsvolle, individuelle Finanzierungslösungen.

Im Rahmen einer eigenen Gruppe für Projekt- und Infrastrukturfinanzierungen finanziert die Abteilung gezielt Projekte in den Bereichen Sozial-, Transport- und Energieinfrastruktur. So wurde zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein international beachtetes Projekt für einen deutschen Stadtwerkekonzern realisiert.

Um der intensiveren Betreuung der Kundengruppe der Kirchen, der Interessenvertretungen und Kunden mit einem agrarwirtschaftlichen Hintergrund gerecht zu werden, wurde in 2013 eine eigene Abteilung für die Betreuung dieses Kundensegments gegründet.

Die Abteilung **Group Treasury** bietet kundenspezifische Geld- und Kapitalmarktprodukte sowie Gesamtlösungen im Aktiv-/Passiv-Management für alle Geschäftsbereiche.

Auf dem Bondmarkt war das Jahr 2013 von einer sehr positiven Grundstimmung geprägt, welche vor allem für die Covered Bond-Märkte eine außergewöhnliche Performance ermöglichte. Auf der Veranlagungsseite war im Jahr 2013 das richtige Timing entscheidend, denn speziell die

Nachfrage nach liquiden Papieren war außerordentlich groß, was breite Unterstützung in diesem Segment und damit starke Spread-Einengungen nach sich gezogen hat. Die HYPO NOE Gruppe Bank AG hat aber bereits sehr zeitig begonnen, ihre Veranlagungsvolumina umzusetzen, und konnte daher im Liquiditätsportfolio eine solide Performance vorweisen. Das Augenmerk lag hier auf liquiden Staatsanleihen und Covered Bonds.

Die Retailtochter **HYPO NOE Landesbank AG** bietet sich als Universalbank für Private, Freiberufler und Firmenkunden in NÖ und Wien an; besondere thematische Schwerpunkte bilden Familie & Wohnen, Gesundheit und Bildung. Rund 70.000 Kunden vertrauen der Landesbank, die sich durch Regionalität und Kundennähe auszeichnet. 30 Filialen in Niederösterreich und Wien sind die Drehscheibe und Basis für eine erfolgreiche Kundenbeziehung.

Die **HYPO NOE Leasing GmbH** hat sich zum führenden Anbieter für Leasingfinanzierungen mit Körperschaften Öffentlichen Rechts entwickelt und steht für innovative, flexible Leasinglösungen. Anspruch und Vision ist, die effizienteste Leasinggesellschaft in Österreich zu sein und die höchste fachliche Kompetenz für Leasingfinanzierungen mit der öffentlichen Hand zu besitzen.

Das Geschäftsjahr 2013 war vom Abschluss eines Großprojektes mit dem Landeskrankenhaus St. Pölten geprägt. Der Geschäftsfall stellt aufgrund seiner Dimension für die HYPO NOE Leasing GmbH und auch für die Leasingbranche insgesamt den größten Einzelvertrag dar. Die solide Basis aus dem Bestandsvolumen wird in diesem Geschäftsfall weiter ausgebaut.

Die Geschäftstätigkeit der **HYPO NOE Real Consult GmbH** umfasst die Immobilienentwicklung, -errichtung, -bewirtschaftung und -umstrukturierung mit dem räumlichen Schwerpunkt Niederösterreich und Wien. Aufgrund ihres umfassenden Angebotes bietet die HYPO NOE Real Consult GmbH ihren Kunden somit eine individuelle Immobilienbetreuung aus einer Hand. Die nachhaltige Zusammenarbeit mit der HYPO NOE Gruppe Bank AG und der HYPO NOE Landesbank AG sowie der HYPO NOE Leasing GmbH im Zusammenhang mit Finanzierungen, Verwertungen und Sanierungen setzte sich im Jahr 2013 fort.

Im Bereich der Projektentwicklung konnten im Jahr 2013 hochwertige Wohnbauträgerprojekte in attraktiven Lagen von Wien gestartet werden. Im Geschäftsfeld des Projektmanagements wurden bedeutende Bauvorhaben erfolgreich fortgeführt bzw. fertiggestellt, wie etwa das Science LAB-I.S.T. Austria Klosterneuburg. Im Bereich des Immobilienmanagements wurde verstärkt auf Akquisition auf dem Drittmarkt gesetzt.

Die **HYPO NOE First Facility GmbH** versteht sich als herstellerunabhängiger Komplettanbieter für Facility Management-Dienstleistungen in Österreich und im CEE-Raum. Das Leistungsportfolio

umfasst neben dem klassischen Facility Management auch Beratungsleistungen rund um den Betrieb einer Immobilie. Die HYPO NOE First Facility GmbH konnte ihre Position als einer der führenden Komplettanbieter für Facility Management-Dienstleistungen in Österreich und im CEE-Raum weiter festigen. Im Jahr 2013 hat die HYPO NOE First Facility GmbH weitere Auftragszuschläge erhalten, u. a. die Betriebsführung im IKANO-Gebäude Wr. Neudorf, in der Privatklinik Goldenes Kreuz in Wien, für das Objekt BIZ 2, in der Zentrale der Landeskliniken Holding in St. Pölten, für das Sportzentrum NÖ sowie des Neubaus RHW2 der Zentrale der Raiffeisen Holding Wien-Niederösterreich.

Die HYPO NOE First Facility verfolgt weiterhin den konsequenten Aufbau der mobilen technischen Serviceeinheiten, um auch mittlere und kleinere Immobilien kosteneffizient mit kurzen Reaktionszeiten betreuen zu können. Im Rahmen einer im vierten Quartal 2013 gestarteten Umstrukturierung wurde die Organisation den Marktanforderungen nachhaltig angepasst. Es wurden Verantwortlichkeiten in der Projektabwicklung geändert bzw. geografisch gebündelt, das Angebotswesen verstärkt, die Vertriebsaktivitäten in den Segmenten öffentliche und private Auftraggeber intensiviert und die Kosten im Overheadbereich weiter reduziert.

Konzernentwicklung 2013

2013 war für die HYPO NOE Gruppe ein ganz besonderes Jahr – der Konzern feierte sein 125-jähriges Bestehen. So hat die HYPO NOE neben einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung weitere, eines Jubiläumjahres würdige, Highlights vorzuweisen:

Der Konzernüberschuss nach Steuern und Minderheiten liegt mit einer Höhe von 53,7Mio. Euro erneut auf sehr hohem Niveau. Der HYPO NOE Gruppe-Konzern weist zum Bilanzstichtag eine Bilanzsumme von 14,2 Mrd. Euro aus. Die Konzernkapitalisierung konnte mit einer Kernkapitalquote von 14,7 Prozent und einer Eigenmittelquote von 17,9 Prozent gesteigert werden und bewegt sich weiterhin deutlich über den von Basel III geforderten Quoten. In einem herausfordernden Zinsumfeld erreichte der Zinsüberschuss der HYPO NOE Gruppe EUR 115,4 Mio. Damit befinden wir uns weiter auf einem positiven und soliden Weg.

Die HYPO NOE Landesbank hat entgegen dem derzeitigen Trend am Bankensektor in Österreich, eine neue, 30. Geschäftsstelle eröffnet. Aber auch im Immobilienbereich ist der Konzern HYPO NOE Gruppe – nach dem Kauf der HYPO NOE First Facility im Jahr 2012 – im vergangenen Geschäftsjahr gewachsen. Mit der Tochtergesellschaft HYPO NOE Immobilienmanagement ist die HYPO NOE seit 2013 auch mit einer Maklerfirma am österreichischen Markt vertreten. Diese rundet die Servicepalette im Immobiliensegment weiter ab.

AUSBLICK 2014

Die HYPO NOE Gruppe wird die Säulen ihres Geschäftsmodells - die Finanzierung von Infrastruktur und Immobilien in Niederösterreich und Wien sowie selektiv im Donauraum - weiter stärken. Ein neuer Schwerpunkt wird auf die Marktbearbeitung der Bereiche Kirchen, Interessenvertretungen und Agrarwirtschaft gesetzt.

Auch die Weiterführung der schrittweisen Einführung der neuen Basel-III-Vorschriften, auf die sich die Bank bereits in den letzten Jahren intensiv vorbereitet hat, wird die HYPO NOE Gruppe im Jahr 2014 begleiten. Bereits jetzt verfügt der Konzern über eine der höchsten Kernkapitalquoten aller österreichischen Banken und sieht damit auch dem neuen Geschäftsjahr mit Optimismus entgegen.



2.6. HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB)

Die HYPO NOE Landesbank AG (Bilanzsumme 2013: EUR 2,334 Mrd.) zeichnet innerhalb der HYPO NOE Gruppe für das Retail-Geschäft verantwortlich. 30 Geschäftsstellen und ein Netz aus mobilen Vertriebsmitarbeitern sorgen dafür, dass Private, Freiberufler und Kommerzkunden im Kernmarkt Niederösterreich und Wien optimal versorgt werden. Als strategische Säulen wurden Familie & Wohnen, Gesundheit und Bildung definiert.

Wesentliche Maßnahmen 2013

Grundsätzlich war das Geschäftsjahr 2013 von einer für Retailbanken sehr herausfordernden Zinslandschaft geprägt. Die historisch einmalige Situation extrem niedriger Zinssätze führte für die gesamte Branche und somit auch für die HYPO NOE Landesbank AG zu Rückgängen beim Nettozinsertrag. Dennoch setzte sich die Bank das ambitionierte Ziel, auch in diesem Umfeld zu wachsen. Konzertierte Anstrengungen, Aktionsbündel und nicht zuletzt erfolgreiche Vertriebsarbeit führten dazu, dass diese Zielsetzung tatsächlich erreicht werden konnte. Ausleihungsvolumen, Einlagen und Kundenanzahl konnten gegen den Branchentrend deutlich gesteigert werden.

Ausdruck dieses Wachstumskurses war unter anderem die Eröffnung der 30. Geschäftsstelle der HYPO NOE Landesbank AG in Alterlaa im 23. Wiener Gemeindebezirk. Gerade in einer Zeit, in der viele Banken Filialen schließen, wird hier bewusst ein anderer Weg eingeschlagen. Die Filialen bleiben weiterhin der wesentlichste Vertriebskanal, im Rahmen eines filialzentrierten Multi-

Channel-Vertriebsansatzes. Das Wirtschaftsjahr 2013 stand ganz im Zeichen des Jubiläums „125 Jahre HYPO NOE“, welches in Form von vielen Aktivitäten, Sonderaktionen und -produkten umgesetzt wurde und maßgeblich zum positiven Ergebnis der Bank beigetragen hat.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr arbeitete die HYPO NOE Landesbank AG intensiv an ihrer Ausrichtung als filialzentrierte Multichannel-Bank. In diesem Zusammenhang wurden wichtige Investitionen in den Bereichen Electronic und Mobile Banking getätigt. Während das langjährig etablierte Electronic Banking um neue Funktionalitäten erweitert wurde, präsentierte man erstmals eine Mobile Banking-App. Gleichzeitig wurde das neue HYPO Service Center aufgebaut. Diese neue zentrale Vertriebseinheit wird ab 2014 Kunden und Mitarbeitern in allen Belangen, die telefonisch abgewickelt werden können, zur Verfügung stehen. Diese soll einerseits als kompetente und ausschließliche Anlaufstelle für Kunden fungieren und andererseits die Berater entlasten, damit sich diese noch intensiver persönlich ihren Kunden widmen können.

Auch im Firmenkundengeschäft gelang es, die Position bei Klein- und Mittelbetrieben in Niederösterreich und Wien als auch bei den wesentlichen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften zu behaupten bzw. weiter auszubauen.

Darüber hinaus setzte die Bank auch deutliche Akzente im Hinblick auf ihr ökologisches und soziales Engagement. Seit Herbst 2013 stehen die Filialen der HYPO NOE Landesbank AG in Wien und Umgebung allen Kunden von car2go als Registrierungsstellen zur Verfügung. car2go bietet Car Sharing-Lösungen an und kann nun mithilfe der HYPO NOE Landesbank AG bedeutend mehr Kunden erreichen. Car Sharing ist, vor allem im städtischen Raum, eine zunehmend wichtige Möglichkeit, die Belastungen aus dem Individualverkehr zu reduzieren.

Entwicklungen Geschäftstätigkeit

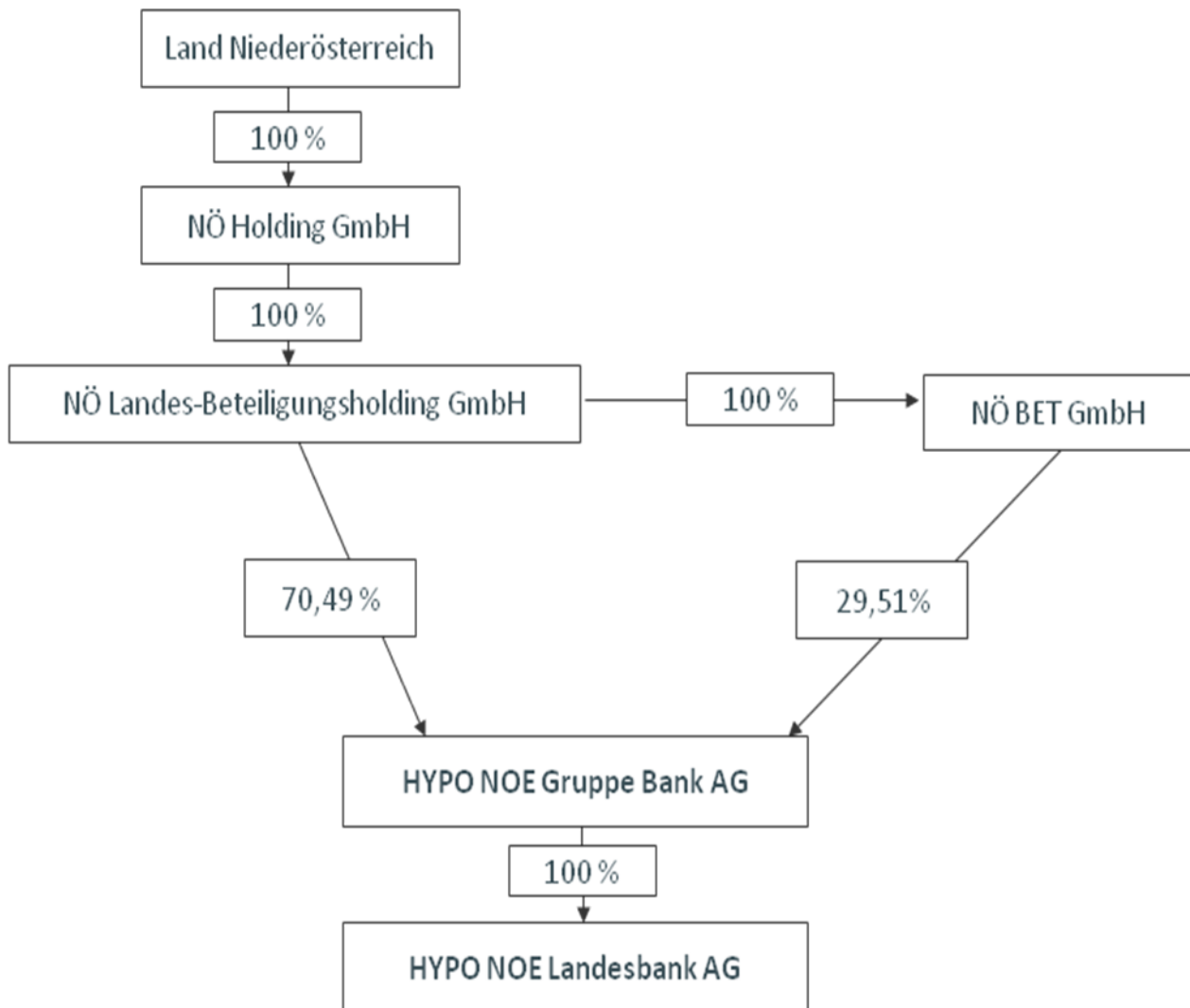
Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Den Schwerpunkt dieser Ausleihungen bildet einerseits der Bereich Ausleihungen an Privatkunden und freie Berufe mit einem Anteil von EUR 864,6 Mio., andererseits stellt auch der Bereich Firmenkunden und Großwohnbau mit einem Volumen von EUR 1.000,9 Mio. eine weitere wesentliche Säule des Ausleihungsgeschäftes dar. Mit einem Wachstum von 1,1 Prozent im Jahr 2013 und 52,9 Prozent Anteil an den Gesamtkundenausleihungen ist die HYPO NOE Landesbank AG ein wichtiger Partner für Klein- und Mittelbetriebe und den kommerziellen wie gemeinnützigen Wohnbau.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erfuhren eine Ausweitung auf EUR 1.249,5 Mio. (plus 3 Prozent). Im Berichtsjahr konnte im Vergleich zum Vorjahr das Volumen der Spareinlagen auf EUR 823,6 Mio. (plus 3,7 Prozent) gesteigert werden.

HYPO-VERBAND 2013

Für das Jahr 2013 wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von EUR 1,6 Mio. ausgewiesen.

Eigentümerstruktur:



Konzern der HYPO NOE Gruppe Bank AG (IFRS):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	14.209,7	14.861,7
Eigenmittel nach BWG	692,3	668,5
EGT	75,0	30,2
Spareinlagen	823,6	794,0
Ø Mitarbeiteranzahl	898	894
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	30	29
Return on equity vor Steuern	14,3%	6,5%
Cost Income Ratio	59,3%	67,6%

Definitionen

EGT = Periodenüberschuss vor Steuern der Gesamt-Ergebnisrechnung der HYPO NOE Gruppe Bank AG

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (mit Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on Equity vor Steuern = Periodenüberschuss vor Steuern / Ø Konzerneigenkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge

HYPO NOE LANDESBANK AG (Einzelabschluss nach UGB):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	2.333,7	2.362,1
Eigenmittel	132,4	142,4
EGT	1,6	5,4
Spareinlagen	823,6	794,0
Ø Mitarbeiteranzahl	294	282
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	30	29
Return on equity	1,55%	5,23%
Cost Income Ratio	94,87%	87,01%

Definitionen

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (ohne Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on equity = Betriebsergebnis / Ø Kernkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge



2.7. OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Die Bilanzsumme reduzierte sich um EUR 612 Mio. auf EUR 8.614 Mio. Die Forderungen an Kunden waren mit insgesamt EUR 100 Mio. rückläufig, wobei die kurzfristigen Kreditierungen (Barvorlagen) mit rund EUR 300 Mio. rückläufig waren und die langfristigen Finanzierungen um rund EUR 200 Mio. gestiegen sind. Gleichzeitig verringerten sich auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um EUR 362 Mio. sowie die verbrieften Verbindlichkeiten um EUR 268 Mio. Durch den Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten sind auch die derivativen Geschäfte zur Absicherung des Zins- und Währungsrisikos um EUR 232 Mio. gesunken. Im Wertpapier-Nostrobestand wurden risikovolatile Positionen verkauft und dafür Wertpapiere erworben, die als liquide Mittel nach den neuen Basel 3-Bestimmungen anerkannt werden. Diese Bilanzsummenkürzung wirkt sich positiv auf geringere Eigenkapitalerfordernisse aus.

Der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge erhöhte sich trotz niedrigem Zinsniveau von EUR 60,6 Mio. auf 69,3 Mio., da das geringe Zinsergebnis durch ein besseres Ergebnis aus den at Equity bewerteten Unternehmen und einer niedrigeren Zuführung zur Risikovorsorge kompensiert werden konnte. Jene Unternehmen, an denen ein Beteiligungsverhältnis von bis zu 50 % besteht und die nach der Equity-Bewertung in den Konzernabschluss einbezogen werden, erreichten mit einem Ergebnis von EUR 11,7 Mio. deutlich mehr als im Vorjahr.

Die Kreditrisikovorsorge sank im Vergleich zum Vorjahr um EUR 7,4 Mio. Die Summe der Einzelwertberichtigungen beträgt damit zum 31.12.2013 EUR 47,1 Mio. In Relation zu Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden liegt zum Jahresultimo ein Wertberichtigungskoeffizient von 0,69 % vor.

Die Provisionserträge konnten im Zahlungsverkehr stark gesteigert werden. Im Kreditgeschäft gingen die Provisionserträge leicht zurück. Das Provisionsergebnis stieg insgesamt auf EUR 13,5 Mio.

Im Handelsergebnis sind neben den Gewinnen aus den Valuten-, Münz- und Devisengeschäften, die Marktwertverluste aus realisierten Zins- und Währungssicherungsgeschäften und die gewinnwirksamen Marktwertveränderungen aus dem designiertem Bestand enthalten. Der

designierte Bestand umfasst dabei jene Finanzgeschäfte, die abweichend vom Buchwert zu Tageswerten (Fair Value) bewertet werden. Das Handelsergebnis erreichte EUR -2,9 Mio. nach EUR 2,1 Mio. im Vorjahr.

Bei den Finanzanlagen konnte wie schon im Vorjahr ein positives Ergebnis in Höhe von EUR 2,6 Mio. (2012: EUR 5,9 Mio.) ausgewiesen werden.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr trotz der Generalsanierung der Zentrale und außerordentlicher Aufwendungen durch Verminderung des Rechnungszinssatzes um 0,5 % bei den Sozialkapitalrückstellungen um EUR 1,7 Mio. verringert und betragen EUR 50,6 Mio.

Das sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von EUR -1,8 Mio. beinhaltet im Wesentlichen die Ergebnisse der Tochtergesellschaften sowie die Stabilitätsabgabe (EUR -4,3 Mio.).

Der Jahresüberschuss vor Steuern liegt mit EUR 30,1 Mio. um EUR 2,4 Mio. über dem Vorjahresergebnis, was auf den deutlich höheren Zinsüberschuss nach Risikovorsorge und die niedrigeren Verwaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen ist.

Nach einem Gesamtergebnis von EUR 65,4 Mio. im Vorjahr kann durch die weiterhin positive Entwicklung der Available for Sale Rücklage per 31.12.2013 ein Gesamtergebnis von EUR 31,5 Mio. ausgewiesen werden.

AUSBLICK 2014

Die Weltwirtschaft wird auch 2014 wiederum moderat wachsen. Für das heurige Jahr rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem globalen Wachstum von 3,6 Prozent. Besonders Schwellen- und Entwicklungsländer wie Indien, Mexiko oder Russland, aber auch China und Brasilien wachsen langsamer als erhofft. Trotzdem tragen diese Staaten weiterhin einen überwiegenden Teil zum weltweiten wirtschaftlichen Wachstum bei. Die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone sollte sich – trotz der weiterhin bestehenden Risiken – weiter fortsetzen. Die Krise der Euro-Peripherie-Länder wie etwa Irland, Spanien und Griechenland dürfte nicht mehr so virulent sein. Für die Währungsunion wird für heuer ein Wachstum von 1,0 Prozent erwartet. Das niedrige Zinsniveau wird uns auch 2014 sowohl in der Eurozone als auch in den USA erhalten bleiben.

Für Österreich sind die Prognosen für das Jahr 2014 deutlich besser, als für den Rest Europas. Für Österreich erwarten das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und das Institut für höhere Studien (IHS) ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Die Inflation sollte deutlich unter zwei

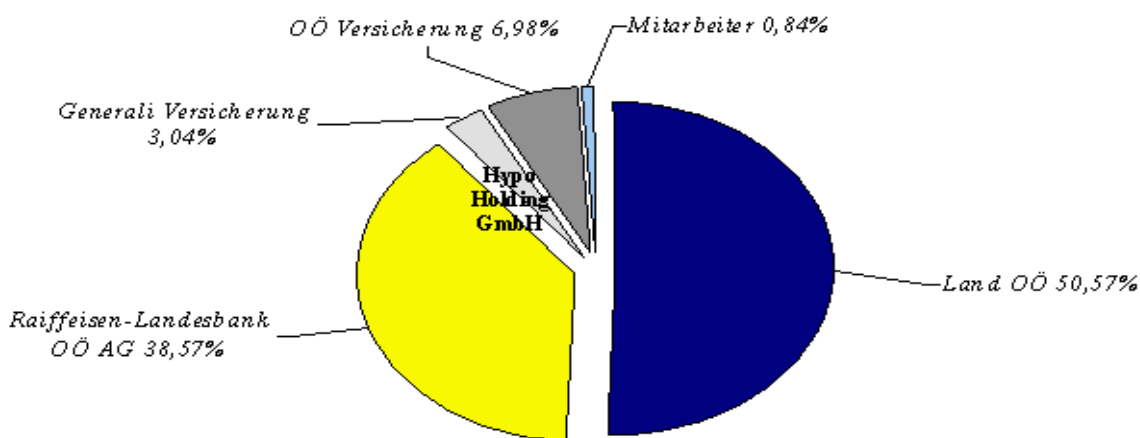
HYPO-VERBAND 2013

Prozent zu liegen kommen. Gleichzeitig wird die Arbeitslosenrate geringfügig steigen, jedoch im europaweiten Vergleich noch immer sehr niedrig bleiben.

Für die HYPO Oberösterreich als Dienstleistungsunternehmen ist die gelebte Kundenorientierung weiterhin die oberste unternehmerische Maxime. Ziel ist es, unsere Marktführerschaft beziehungsweise unsere gute Marktposition in den definierten Zielgruppen - Ärzte und Freie Berufe, Großwohnbau, kirchliche und soziale Organisationen, Öffentliche Institutionen sowie Privatkunden – weiter auszubauen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die für 2014 gesetzten Ziele erreichen werden. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und der aktuellen Prognosen erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr wieder ein stabiles und solides Ergebnis.

Eigentümerstruktur:



HYPO-VERBAND 2013

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	8.614,4	9.226,6
Eigenmittel	436,5	425,0
Ergebnis vor Steuern	30,1	27,7
Spareinlagen	535,1	595,1
Ø Mitarbeiteranzahl	415	424
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	15	16
Return on equity	9,7%	11,3%
Cost Income Ratio	71,7%	70,5%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.

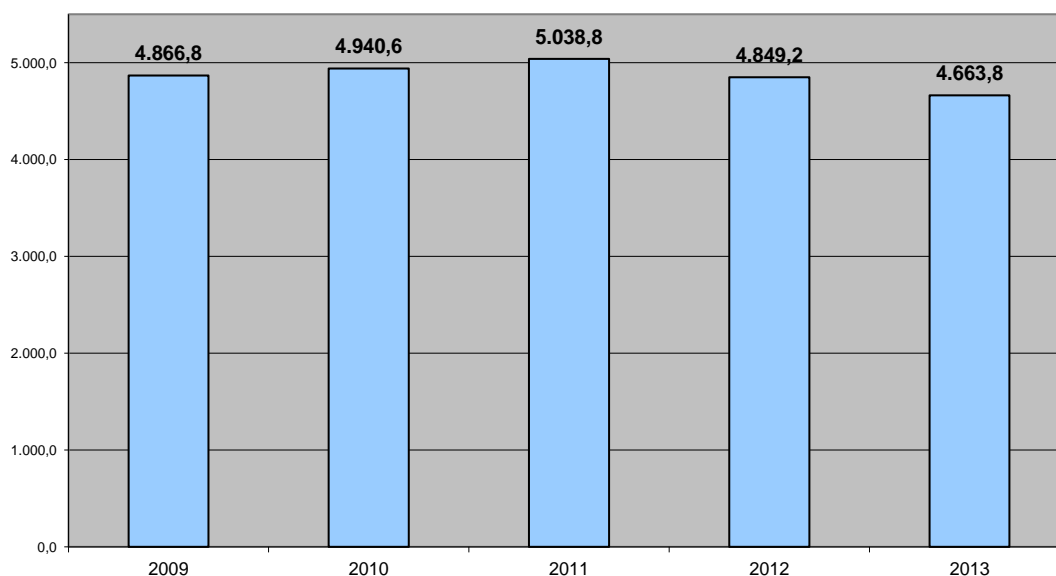


2.8. SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Die HYPO Salzburg hat sich in diesem herausfordernden Wirtschaftsumfeld wie bereits in den vergangenen Jahren als stabiler und verlässlicher Partner der Kunden erwiesen. Mit zielgerichteten, modernen Finanzdienstleistungen, nachhaltigen Anlagestrategien und kreativen Finanzierungsideen unterstützt die HYPO Salzburg den Erfolg ihrer Kunden und sichert damit die Zukunft des Landes Salzburg und seiner Menschen.

Die in der Strategie der HYPO Salzburg verankerte konsequente Kundenorientierung und die klare Zielgruppenfokussierung mit attraktiven Produkten finden im Bilanzergebnis 2013 ebenso ihren Niederschlag wie der verantwortungsvolle Umgang mit Kosten und Risiken.

Entwicklung der Bilanzsumme in Mio. €



Die Bilanzsumme der HYPO Salzburg reduzierte sich wie geplant im Geschäftsjahr 2013 um 3,82% und erreichte einen Wert von EUR 4.663,8 Mio.

HYPO-VERBAND 2013

Mittelherkunft / Kapitalstruktur

	2013		2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.965,7	42,15	1.738,5	35,85
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	184,8	3,96	353,1	7,28
Emissionen	2.256,2	48,38	2.522,4	52,02
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn	189,1	4,06	181,3	3,74
Sonstige Passiva	67,9	1,46	53,9	1,11
Gesamtkapital	4.663,8	100,00	4.849,2	100,00

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten zum Bilanzstichtag Spareinlagen von EUR 655,6 Mio. und Sicht- und Termineinlagen von EUR 1.310,0 Mio. Der Anstieg von absolut EUR 227,2 Mio. bzw. 42,15 % stammt im Wesentlichen aus täglich fälligen Einlagen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten veränderten sich im Jahresvergleich um EUR -168,3 Mio. auf einen Stand von EUR 184,8 Mio. Davon sind EUR 127,4 Mio. täglich fällig und EUR 57,4 Mio. mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, die als Refinanzierungsmittel für die HYPO Salzburg dienen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank als Einlagenfazilität in Höhe von EUR 120,0 Mio. wurden zum Stichtag nicht mehr in Anspruch genommen.

Die Emissionen bestehen aus verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.166,0 Mio., den nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 35,0 Mio. und dem Ergänzungskapital im Ausmaß von EUR 55,2 Mio. Insgesamt betragen die Emissionen per Stichtag EUR 2.256,2 Mio. Die Veränderungen stammen aus der Tilgung von Pfandbriefstellenemissionen in Höhe von EUR 126,6 Mio. und von weiteren Emissionen in Höhe von EUR 161,5 Mio., die nicht zur Gänze durch Neuemissionen ersetzt wurden.

Das Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn konnte erfreulicherweise wieder um 4,33 % auf EUR 189,1 Mio. gesteigert werden. Die Wandlung des Partizipationskapitals 2009 bedingte eine Ausgabe von Bezugsaktien. Dies führte zu einer Erhöhung des Grundkapitals von EUR 15,0 Mio. auf EUR 18,4 Mio.

Mittelverwendung / Vermögensstruktur

	2013		2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	1.340,9	28,75	1.158,0	23,88
Forderungen an Kunden	2.662,5	57,09	2.920,6	60,23
Wertpapiere	562,4	12,06	631,9	13,03
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	20,5	0,44	21,1	0,44
Sonstige Aktiva	77,6	1,66	117,6	2,43
Gesamtvermögen	4.663,8	100,0	4.849,2	100,0

HYPO-VERBAND 2013

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen gegenüber dem Vorjahr um EUR 182,9 Mio. bzw. 15,79 % auf EUR 1.340,9 Mio. an. Die Zuwächse sind im täglich fälligen Bereich sowie bei den nicht börsennotierten Anleihen von Banken zu verzeichnen.

Zum Bilanzstichtag 2013 erreichten die Forderungen an Kunden – bedingt durch Volumensrückgänge - einen Betrag von EUR 2.662,5 Mio. Die Rückgänge sind je zur Hälfte im Euro- bzw. Fremdwährungsbereich zu verzeichnen.

Die Position Wertpapiere setzt sich zum 31.12.2013 aus EUR 240,4 Mio. Schuldtitel öffentlicher Stellen, EUR 315,6 Mio. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere und EUR 6,4 Mio. Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere zusammen.

Die Senkung bei den sonstigen Aktiva betrifft im Wesentlichen das Guthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank. Dieses Guthaben wurde um EUR 49,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr verringert.

Ertragslage

	2013	2012
	Mio. €	Mio. €
Nettozinsertrag inklusive Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	47,1	55,9
Dienstleistungsgeschäft	14,4	14,1
Betriebserträge	63,9	71,7
Betriebsaufwendungen	46,9	44,9
Betriebsergebnis	17,0	26,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14,0	16,0

In Anbetracht eines niedrigen Zinsniveaus erreichte die HYPO Salzburg einen Nettozinsertrag in Höhe von EUR 47,1 Mio. Neben Zinserträgen aus Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie aus festverzinslichen Wertpapieren finden hier Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen ihren Niederschlag. Zinsaufwendungen entstehen durch Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bzw. Kreditinstituten, verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital.

Das Dienstleistungsgeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr um weitere 2,36 % gesteigert werden und erreichte einen Wert von EUR 14,4 Mio. Entsprechend den strategischen Zielen ist wiederum eine Ausweitung aller Dienstleistungssparten gelungen.

HYPO-VERBAND 2013

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von EUR 46,9 Mio. setzen sich aus EUR 29,2 Mio. Personalaufwand, EUR 15,4 Mio. Sachaufwand, EUR 1,3 Mio. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 enthaltenen Vermögensgegenständen und EUR 1,0 Mio. aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr wurde beim Personalaufwand der Rechnungszinsfuß für Personalrückstellungen von 3,00 % auf 2,50 % geändert. Höhere EDV-Kosten für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorschriften führen zu einem Anstieg des Sachaufwandes von EUR 13,9 Mio. auf EUR 15,4 Mio.

Dadurch weist das Betriebsergebnis als Saldo der Betriebserträge und Betriebsaufwendungen einen Betrag von EUR 17,0 Mio. aus.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen und der Wertpapierbewertungen EUR 14,0 Mio.

Für die Ermittlung des Einzelwertberichtigungs-/Rückstellungsansatzes in den Default-Klassen ist zwischen signifikanten und nicht-signifikanten Kreditengagements zu unterscheiden. Als signifikant gilt ein Einzelkreditnehmer ab einem Konzernobligo von EUR 1,0 Mio. Bei signifikanten Krediten erfolgt die Ermittlung der Höhe der Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung mittels Discounted-Cash-Flow-Methode. Dabei werden alle künftig erwarteten Cash-Flows auf den Bewertungszeitpunkt abgezinst. Bei einer Lücke ist eine Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung anzusetzen.

Bei nicht-signifikanten Krediten ist die Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung abhängig von der Bonität wie folgt zu berechnen:

- bei einem Rating von 4,5: 70 % vom Blankorisiko
- bei einem Rating von 5,0: 95 % vom Blankorisiko

Die Ermittlung des Einzelwertberichtigungs-/Rückstellungsansatzes in den Nicht-Default-Klassen erfolgt zum jeweiligen Kunden analog zu der Portfolio-Wertberichtigung nach IFRS. Die Ermittlung der Portfolio-Wertberichtigung IFRS erfolgt aus den Produkten Kreditrisiko, Ausfallswahrscheinlichkeit je Ratingklasse und der Loss Identification Period von 1,0.

HYPO-VERBAND 2013

Eigenmittel

Die Eigenmittel setzen sich per 31.12.2013 im Einzelnen wie folgt zusammen:

	Mio. €
	Bank
Grundkapital	18,4
Rücklagen	126,7
Haftrücklage	39,5
Fonds für allgem. Bankrisiken	1,5
Eigenkapital	186,1

Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel der HYPO Salzburg gemäß Bankwesengesetz erreichten per Stichtag EUR 258,7 Mio. Das gesetzliche Eigenmittelerfordernis lag bei EUR 152,0 Mio. Somit konnte zum Bilanzstichtag ein Eigenmittelüberhang von EUR 106,7 Mio. erzielt werden.

Mit einer Kernkapitalquote von 9,78 % und einer Eigenmittelquote von 13,62 % liegen die Werte deutlich über den Mindestquoten.

Aus den letzten beiden Jahresabschlüssen können folgende Kennzahlen abgeleitet werden:

		2013	2012
Return on Equity (RoAE) =	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Ø Eigenkapital}}$	6,04 %	8,36 %
Return on Assets (RoAA) =	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Ø Bilanzsumme}}$	0,23 %	0,29 %
Zinsspanne =	$\frac{\text{Ergebnis a. d. Veranlagungsgeschäft} \times 100}{\text{Ø Bilanzsumme}}$	0,99 %	1,13 %
Loan-/Deposit Ratio (LDR) =	$\frac{\text{Ø Ausleihungen an Kunden} \times 100}{\text{Ø Einlagen von Kunden (ohne Pfandbriefstelle)}}$	92,95 %	103,02 %
Cost Earning Ratio (CER) =	$\frac{\text{Betriebsaufwendungen} \times 100}{\text{Betriebserträge}}$	73,41 %	62,55 %
Bedarfsspanne =	$\frac{\text{Betriebsaufwendungen} \times 100}{\text{Ø Bilanzsumme}}$	0,99 %	0,91 %
Betriebsergebnisspanne =	$\frac{\text{Betriebsergebnis} \times 100}{\text{Ø Bilanzsumme}}$	0,36 %	0,54 %
Gesamtergebnisspanne =	$\frac{\text{Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit} \times 100}{\text{Ø Bilanzsumme}}$	0,29 %	0,32 %

HYPO-VERBAND 2013

AUSBLICK 2014

Die HYPO Salzburg setzt auch im kommenden Jahr ihr bisheriges erfolgreiches Geschäftsmodell einer klassischen Regionalbank fort und konzentriert sich auf das Geschäft in Stadt und Land Salzburg.

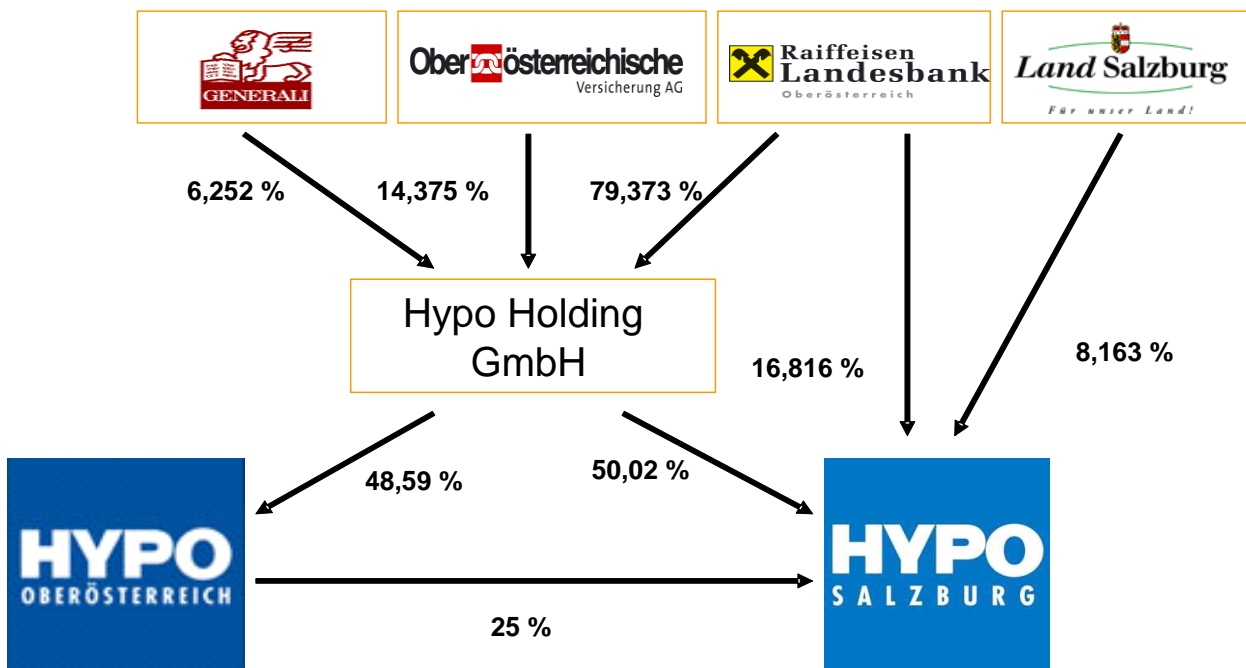
Der Verkauf von eigenen Emissionen und der Ausbau der Spareinlagen ist eines ihrer Ziele. Im Kreditbereich setzt die HYPO Salzburg unverändert auf risikobewusstes Wachstum.

Gerade in turbulenten wirtschaftlichen Zeiten ist das Vertrauen der Kunden das wertvollste Gut, dies stärkt die HYPO Salzburg durch eine umfassende Beratung und Betreuung der Kunden.

Auf die im Jahr 2014 in Kraft getretenen neuen Eigenkapitalvorschriften Basel III ist die HYPO Salzburg mit einer soliden Eigenkapitalausstattung gut vorbereitet. Durch ein gezieltes Wachstum im Jahr 2014 wird dies weiter unterstützt.

Die HYPO Salzburg ist überzeugt, dass sie die für 2014 gesetzten Ziele erreichen wird. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und der vorliegenden Kurz- und Mittelfrist-Plandaten werden für das Geschäftsjahr 2014 und die Folgejahre wieder stabile Ergebnisse erwartet.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	4.664	4.849
Eigenmittel	259	266
EGT	14	16
Spareinlagen	656	738
Ø Mitarbeiteranzahl	348	345
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	24	24
Return on equity	6,04%	8,36%
Cost Income Ratio	73,41%	62,55%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.9. LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Die von der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG eingeschlagene Geschäftsstrategie, als primär auf Kunden und Vertrieb orientiertes Finanzdienstleistungsinstitut zu agieren, wurde im Geschäftsjahr 2013 konsequent weiterentwickelt und fand im Projekt „RLB/HYPO 2020“ seinen Niederschlag. Diesbezüglich wird die HYPO Steiermark im Konzern der Raiffeisen-Landesbank Steiermark in den Geschäftsfeldern Premium Banking (Ärzte und freie Berufe sowie Premium.Private Banking), gehobenes Privatkundengeschäft, institutionelles Geschäft, Immobilienprojektfinanzierungen tätig und für diese verantwortlich sein.

Mittelverwendung

Die Bilanzsumme von EUR 4.764 Mio. ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 187 Mio. oder 3,8 % gesunken.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** (inkl. Kassenbestand) haben sich um EUR 261 Mio. oder 20,0 % auf EUR 1.044 Mio. verringert. Der Rückgang betrifft die Umbuchung von Nominale EUR 248 Mio. Wertpapiere auf den Aktivposten 5 wegen Einführung an der Wiener Börse.

Unter Berücksichtigung der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Vorbereitungen auf BASEL III und die damit verbundenen Aufwendungen weist die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG ein **Gesamtausleihungsvolumen für Kunden** von EUR 2,876 Mrd. aus. Nach Saldierung mit den Risikovorsorgen hat sich diese Position gegenüber dem Vorjahr um EUR 72 Mio. oder 2,4% verringert.

Das **Gesamtausleihungsvolumen an Kunden** verteilt sich auf die strategischen Geschäftsfelder „**Privatkundengeschäft und Gewerbekunden**“ mit EUR 960 Mio., „**Immobilienprojektfinanzierung und institutionelles Geschäft**“ mit EUR 1,578 Mrd. sowie „**Leasing**“ in Höhe von EUR 338 Mio.

Das Ausleihungsvolumen im Geschäftsfeld „**Privatkundengeschäft und Gewerbekunden**“ mit EUR 960 Mio. verteilt sich mit EUR 160 Mio. auf den Bereich „Freie Berufe“, mit EUR 213 Mio. auf den Bereich „Gewerbekunden“ sowie mit EUR 587 Mio. auf „Privatkunden“.

Im Geschäftsfeld **Immobilienprojektfinanzierungen inklusive Kommerzgeschäft** im engeren Sinne wurde im Geschäftsjahr 2013 ein Geschäftsvolumen von EUR 597 Mio. erreicht.

Der Bereich der **Projektfinanzierung** konnte mit einem Geschäftsvolumen von EUR 413 Mio. abschließen. Insgesamt hat sich die gute Marktstellung und die Professionalität der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG in diesem Geschäftsfeld bestätigt. Im Bereich des klassischen Kommerzgeschäftes, welches in der HYPO im Sinne der konzernweiten Geschäftsstrategie rückläufig im KMU-Bereich angesiedelt ist, konnte ein Ausleihungsvolumen von EUR 184 Mio. ausgewiesen werden.

Durch eine konsequente und intensive Marktbearbeitung im **institutionellen Geschäftsfeld** (Wohnbaugenossenschaften, öffentliche Hand sowie übrige der öffentlichen Hand zuordenbare Gesellschaften) wurde 2013 ein Geschäftsumfang von EUR 981 Mio. erreicht. Ein Wachstum verzeichnete der Bereich der Wohnbaugenossenschaften; insgesamt konnte ein Gesamtvolumen von EUR 392 Mio. ausgewiesen werden. Das Ausleihungsvolumen im Bereich der öffentlichen Hand beläuft sich auf EUR 589 Mio. Im großvolumigen Bereich nahmen die Geschäftsabschlüsse außerhalb der Steiermark zu, wobei vor allem in der Bundeshauptstadt eine stabile Marktposition etabliert werden konnte.

Eine sehr bedeutende Stellung nimmt die HYPO Steiermark nach wie vor bei Finanzierungen mit dem Verwendungszweck „**Schaffung, Erneuerung und Verbesserung von Wohnraum**“ ein. Im Geschäftsjahr 2013 standen den HYPO-Steiermark-Kunden rund EUR 649 Mio. oder 22,6 % des gesamten Ausleihungsvolumens zur Wohnraumfinanzierung zur Verfügung.

Im **Leasingbereich** bestätigt ein Geschäftsvolumen von € 219 Mio. den im Jahr 2009 eingeschlagenen Weg, der sich auf Immobilienprojekte in Österreich und Westeuropa sowie qualitativ hochwertige Risikoorientierung konzentriert.

Mittelherkunft

Im Bereich der Mittelaufbringung erreichen die **Passivposten 1, 2 und 3** zum Abschlussstichtag insgesamt eine Summe von EUR 4.401 Mio. Dies entspricht einem Rückgang von EUR 180 Mio. bzw. 3,9 %, welcher im Wesentlichen auf die planmäßige Tilgung eigener Emissionen zurückzuführen ist.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 602 Mio. um EUR 13 Mio. oder 2,0 % auf EUR 589 Mio. Dieser Posten schließt die zum Stichtag bestehende Liquiditätslücke und ist daher auch von der Höhe der Kundeneinlagen beeinflusst.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich im Berichtsjahr von EUR 1.680 Mio. um EUR 39 Mio. oder 2,4 % auf EUR 1.719 Mio. In diesem Posten werden einerseits Spareinlagen mit einem Betrag von EUR 344 Mio. ausgewiesen, andererseits stehen Giroeinlagen mit insgesamt EUR 1.375 Mio. zu Buche. Die Zunahme ist in erster Linie auf die Erhöhung von Einlagen der öffentlichen Hand zurückzuführen.

Der Gesamtbetrag der **verbrieften Verbindlichkeiten** beträgt zum 31.12.2013 EUR 2.092 Mio. nach EUR 2.300 Mio. im Vorjahr. Im Netto-Rückgang von EUR 208 Mio. sind Bestandsrückgänge von netto EUR 198 Mio. enthalten, weiters Bewertungseffekte und Zinsen von insgesamt netto EUR 10 Mio. Die Bestandsveränderungen betreffen Neu-Emissionen von EUR 26 Mio. sowie Abgänge in Höhe von EUR 186 Mio. in Form von Tilgungen zum Laufzeitende, EUR 12 Mio. Kündigungen und EUR 26 Mio. in Form von Umlaufverminderungen.

Die Neu-Emissionen betreffen nicht fundierte Anleihen mit einem Volumen von EUR 16 Mio., weiters Pfandbriefe bzw. öffentliche Pfandbriefe in Höhe von EUR 10 Mio.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde ein **Zinsensaldo** von EUR 54,3 Mio. erwirtschaftet. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um EUR 2,5 Mio. Die **Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen** erreichten im Berichtsjahr einen Betrag von EUR 1,7 Mio. und liegen damit um EUR 2,9 Mio. unter dem außerordentlichen Ertrag des Vorjahres. Das **Provisionsergebnis** mit EUR 9,7 Mio. konnte gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,2 Mio. gesteigert werden. Ebenso nahmen die mit EUR 9,2 Mio. ausgewiesenen sonstigen betrieblichen Erträge im Vergleich zum Vorjahr um rund EUR 0,4 Mio. zu.

Der **Personalaufwand** wird mit EUR 23,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,5 Mio. niedriger ausgewiesen. Dies ist unter anderem auch auf den Rückgang beim Personalstand zurückzuführen.

Der **Sachaufwand** wird mit EUR 30,4 Mio. um EUR 1,6 Mio. höher ausgewiesen als im Vorjahr. Darin enthalten sind Einmalkosten für Filialrestrukturierungen. Insgesamt erreichen die Betriebsaufwendungen eine Summe von EUR 55,1 Mio. gegenüber EUR 54,0 Mio. in 2012.

Das **Betriebsergebnis** beträgt EUR 20,3 Mio. und liegt daher um EUR 6,3 Mio. unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Der **Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Kundenforderungen und Wertpapieren** des Umlaufvermögens beläuft sich auf EUR 13,1 Mio. und liegt damit unter dem Vorjahr (EUR 19,6 Mio.).

Der **Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren**, die wie **Finanzanlagen** bewertet sind, sowie von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen beträgt EUR 3,9 Mio. gegenüber EUR 4,7 Mio. im Vorjahr.

Damit erreicht das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** EUR 3,3 Mio. und liegt damit um EUR 1,0 Mio. über dem Wert des Vorjahres.

Nach Steuern und Rücklagenbewegungen verbleiben als **Bilanzgewinn** TEUR 125 (Vorjahr TEUR 108).

Eigenmittel

Die **anrechenbaren Eigenmittel** betragen EUR 197 Mio. gegenüber EUR 228 Mio. im Vorjahr. Die **Eigenmittelquote** liegt bei 11,51 % nach 12,03 %. Das **anrechenbare Kernkapital** blieb mit EUR 144 Mio. auf Vorjahresniveau. Die darauf bezogene Kernkapitalquote liegt mit 8,47 % über der des Vorjahres (7,62 %). Die ergänzenden Eigenmittel wurden hingegen zum Bilanzstichtag mit EUR 52 Mio. gegenüber EUR 84 Mio. im Vorjahr um EUR 32 Mio. niedriger ermittelt. Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass aufgrund des Zeitablaufs im Geschäftsjahr weniger Ergänzungskapital und nachrangige Anleihen anrechenbar waren. In 2013 wurde kein nachrangiges Kapital begeben. Das Gesamteigenmittelerfordernis ist von EUR 152 Mio. auf EUR 137 Mio. gesunken.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG versteht sich als regionale Traditions- und Premiumbank mit einem hohen Qualitätsanspruch. Sitz der Unternehmenszentrale ist in Graz. Über Filialen ist das Unternehmen tief in den Regionen der Steiermark verwurzelt. Als aktives Mitglied von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ist sich die Bank ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Menschen, Natur und Umwelt bewusst. Deshalb hat wirtschaftliche, soziale und ökologische Integrität in allen Unternehmensbereichen höchste Priorität. Die Bank engagiert sich konsequent in Bereichen, die über ihr originäres Betätigungsfeld hinausgehen. Schwerpunkte bilden die Gebiete Umwelt, Kunst und Kultur, Gesundheit sowie Soziales. Langfristige Partnerschaften und eine nachhaltige Zusammenarbeit spielen dabei eine besondere Rolle.

AUSBLICK 2014

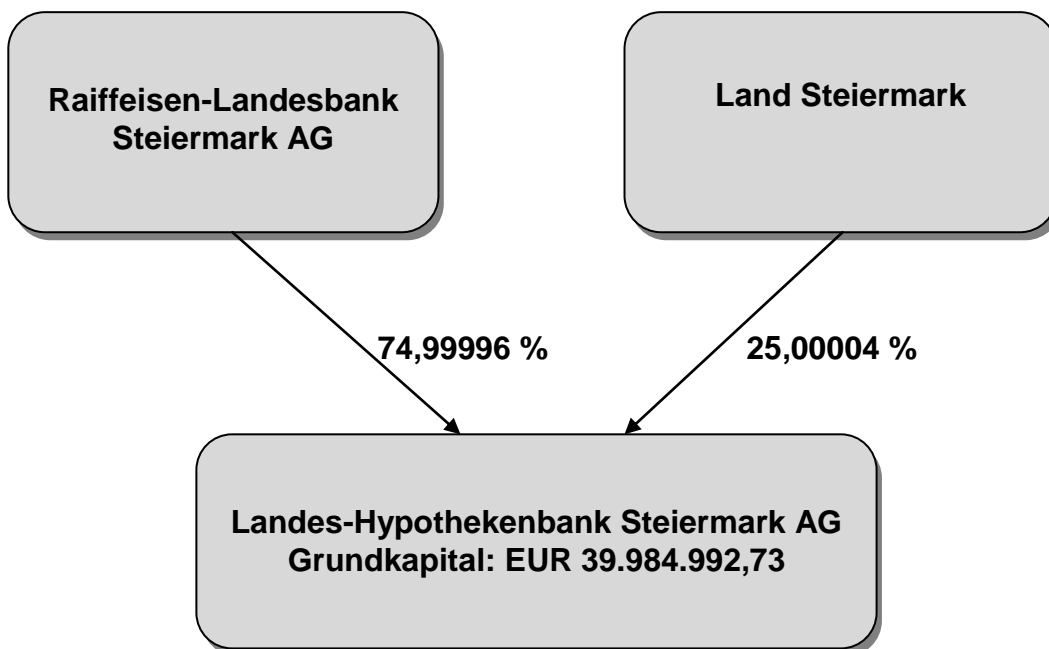
Nach zwei Jahren des schwächeren Wachstums erholt sich die Weltwirtschaft und befindet sich auf einem moderaten Wachstumskurs. Für das Jahr 2014 gibt es somit Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Die heimische Wirtschaft sollte sich 2014 mäßig dynamisch entwickeln – die Prognosen liegen bei einem BIP-Wachstum von 1,6 bis 1,7 %. Insbesondere der private Konsum wird verhalten wachsen, da die Sparneigung der Haushalte zwar zunehmen, aber dennoch auf einem historisch niedrigen Niveau verbleiben wird. Darüber hinaus drücken die Stagnation der Nettoeallöhne sowie eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Die sinkenden Energie- und Nahrungsmittelpreise werden zu einer weiteren Abschwächung der Inflationsdynamik führen und die Inflationsrate wird bei rund 1,7 % erwartet.

In diesem Umfeld stehen für die Hypo-Bank aus 2014 die anspruchsvollen Ziele ihres Leitbildes im Vordergrund. Sie umfassen alle Werte und Standards, die ihr Selbstverständnis prägen. Dieses bringt sie nicht nur hausintern, sondern vor allem ihren Kundinnen und Kunden gegenüber zum Ausdruck.

Eigentümerstruktur:



HYPO-VERBAND 2013

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	4.764,1	4.951,1
Eigenmittel	197,0	228,3
EGT	3,3	2,2
Spareinlagen	344,4	373,1
Ø Mitarbeiteranzahl	228,5	244,5
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	15	16
Return on equity	2,08%	1,43%
Cost Income Ratio	73,09%	67,03%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.10. HYPO TIROL BANK AG

Die Hypo Tirol Bank hat seit ihrer Gründung 1901 bewegte Zeiten hinter sich. Trotzdem steht Tirol ungebrochen hinter seiner Landesbank. Dies beweist zum einen die nach wie vor einhundertprozentige Eigentümerschaft des Landes Tirol, aber auch die steigende Kundenanzahl ist ein Indiz dafür, dass sich die Landesbank wieder auf dem richtigen Weg befindet. Nämlich hin zum Kunden. Das Dienstleistungskonzept bzw. die Initiativen, um noch besser auf die Kundenanforderungen einzugehen, treffen offensichtlich die Bedürfnisse der Kunden. Die Sicherheit einer Landesbank ist in wirtschaftlich turbulenten Zeiten sowohl für Firmen- als auch für Privatkunden von großer Bedeutung. Der richtige Weg ist eingeschlagen, jetzt gilt es, diesen konsequent zu verfolgen. Durch weitere Straffung der Organisation, Optimierung der Servicequalität, durch bedürfnisorientierte Produkte und einer Beratung, bei der der Kunde im Mittelpunkt steht.

Bilanzentwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag die Bilanzsumme mit 8,9 Mrd. Euro erwartungsgemäß um rund 10,4 % unter der Bilanzsumme des Vorjahrs (2012: 9,9 Mrd. Euro). Diese Entwicklung entspricht der eingeschlagenen Neuausrichtung der Bank.

Im Einzelnen zeigt sich bei den wesentlichen Bilanzpositionen folgendes Bild:

Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31. Dezember 2013 477,1 Mio. Euro (Vorjahr: 251,2 Mio. Euro) und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 225,9 Mio. Euro gestiegen. Die Zunahme resultierte vorwiegend aus der Veranlagung der Überliquidität aus dem Schweizer Franken bei der Schweizerischen Nationalbank (196,4 Mio. Euro).

Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge

Die Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 5.583,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6.135,8 Mio. Euro). Der Rückgang beträgt damit 552,1 Mio. Euro und ist vorwiegend im Firmenkundenbereich festzustellen.

Finanzielle Vermögenswerte – AFS

Der Bilanzstand in dieser Position verringert sich um 119,0 Mio. Euro auf 956,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.075,4 Mio. Euro), der Rückgang ist überwiegend bei Schuldverschreibungen anderer Emittenten festzustellen.

Finanzielle Vermögenswerte - HTM

Der Rückgang bei den Finanziellen Vermögenswerten – HTM beläuft sich auf 193,1 Mio. Euro und betrifft vorwiegend endfällige Schuldverschreibungen anderer Emittenten. Zum 31. Dezember 2013 wurden somit Finanzielle Vermögenswerte – HTM in Höhe von 198,5 Mio. Euro (Vorjahr: 391,6 Mio. Euro) ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Der Rückgang bei den Interbankkonten führt in dieser Position vorwiegend zum einem Rückgang in Höhe von 74,3 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 453,6 Mio. Euro (Vorjahr: 527,9 Mio. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Summe der Spareinlagen inkl. Kapitalsparbücher verzeichnete 2013 einen Rückgang von 103,4 Mio. Euro. Neben dem Rückgang bei den Termineinlagen mit 168,4 Mio. Euro ist bei den Giroeinlagen ein Anstieg um 30,4 Mio. Euro festzustellen. Die gesamte Position hat sich um 239,3 Mio. Euro auf 2.669,0 Mio. Euro verringert (Vorjahr: 2.908,3 Mio. Euro).

Verbriefte Verbindlichkeiten

Durch Emissionen von 70,2 Mio. Euro sowie Tilgungen von 241,2 Mio. Euro verringerten sich die verbrieften Verbindlichkeiten auf 1.238,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1.411,2 Mio. Euro).

Verbriefte Verbindlichkeiten – designated at Fair Value

Bei der Position verbrieft Verbindlichkeiten – designated at Fair Value hat es Emissionen von 101,8 Mio. Euro und Tilgungen von 433,0 Mio. Euro gegeben. Weiters führen die Veränderungen in der Bewertung mit -155,0 Mio. Euro zum ausgewiesenen Bilanzstand von 3.556,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4.019,6 Mio. Euro).

Kapitalausstattung

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Bankwesengesetz haben sich gegenüber dem Vorjahr um 65,8 Mio. Euro vermindert und betragen unter Berücksichtigung der Abzugsposten zum 31. Dezember 2013 567,2 Mio. Euro (Vorjahr: 633,0 Mio. Euro). Die erforderlichen Eigenmittel haben sich in diesem Zeitraum um 44,9 Mio. Euro verringert. Die Eigenmittelquote beträgt zum Bilanzstichtag 13,20 %. (Vorjahr: 13,03 %) und hat sich zum Vorjahr um 0,17 % erhöht. Die HYPO

TIROL BANK AG erfüllt damit im Konzern die Eigenmittelvorschriften des Bankwesengesetzes. Der Eigenmittelüberschuss beträgt 223,4 Mio. Euro (Vorjahr: 224,3 Mio. Euro).

Das Kernkapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 429,9 Mio. Euro (Vorjahr: 461,4 Mio. Euro). Die ergänzenden Eigenmittel unter Berücksichtigung der Abzugsposten gemäß BWG betragen 137,3 Mio. Euro (Vorjahr: 171,6 Mio. Euro). Darin ist Ergänzungskapital mit einem Nominalwert von 52,9 Mio. Euro sowie nachrangiges Kapital mit einem Nominalwert von 138,4 Mio. Euro enthalten. Die Kernkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 10,00 % (Vorjahr: 9,50 %).

Erfolgsentwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 verfolgte die HYPO TIROL BANK AG die festgelegte Strategie der Fokussierung auf den Kernmarkt Tirol. Der HYPO TIROL BANK AG ist es gelungen das Vertrauen der bestehenden Kunden in ihre Landesbank zu stärken und neue Kunden zu gewinnen. Dies zeigt sich auch in der zufriedenstellenden Ergebnisentwicklung.

Das Jahr 2013 stand ganz im Zeichen der Überwindung der wirtschaftlichen Krisenfolgen. Einerseits trat die große Unsicherheit über den weiteren Verlauf der „Euro-Krise“ in den Hintergrund, andererseits arbeitete sich der Euroraum im Laufe des Jahres 2013 aus der Rezession. Trotz dem sich deutlich aufhellenden Konjunkturmilieu, konnten in erster Linie lediglich die Aktienmärkte mit einer überdurchschnittlich guten Jahresperformance profitieren. Schwieriger war das Marktumfeld für Anleihen-, Geldmarkt- und Rohstoffveranlagungen.

Auch wenn angesichts dieser unverändert schwierigen Marktbedingungen Ergebnisbelastungen – insbesondere im Zinsüberschuss sowie im Handelsergebnis – nicht zu vermeiden waren, zeigte sich eine deutlich positive Ergebnisentwicklung mit einem Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von Mio. 18,0 Euro.

Die nachfolgenden Erläuterungen zeigen die wesentlichen Veränderungen der Gewinn- und Verlustrechnung:

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Nettozinsertrag um 5,4 % bzw. 5,6 Mio. Euro auf 99,2 Mio. Euro (Vorjahr: 104,8 Mio. Euro) zurückgegangen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat im Geschäftsjahr 2013 wieder ein übliches Ausmaß mit 27,9 Mio. Euro (Vorjahr: 30,4 Mio. Euro) erreicht, dies entspricht 0,47 % der Forderungen Kunden vor Risikovorsorge (Vorjahr: 0,47 %).

Das Handelsergebnis reduzierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 18,4 Mio. Euro auf -3,3 Mio. EUR (Vorjahr: 15,1 Mio. Euro).

Der Verwaltungsaufwand erreichte 2013 einen gesamten Aufwand von 82,9 Mio. Euro (Vorjahr: 88,6 Mio. Euro). Der Rückgang in Höhe von 5,7 Mio. Euro ist größtenteils auf gesunkene Personalkosten, weiters auf geringere Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen zurück zu führen.

Der Personalaufwand ist um 3,0 Mio. Euro auf 50,2 Mio. Euro (Vorjahr: 53,2 Mio. Euro) gesunken. Bei den Sachaufwendungen konnte eine Reduzierung um 0,1 Mio. Euro auf 25,9 Mio. Euro (Vorjahr: 26,0 Mio. Euro) erreicht werden. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen sind um 2,5 Mio. Euro auf 6,9 Mio. Euro (Vorjahr: 9,4 Mio. Euro) gesunken.

Im Geschäftsjahr 2013 zeigt sich somit ein Ergebnis vor Steuern von 18,0 Mio. Euro (Vorjahr: 14,1 Mio. Euro – hierbei handelt es sich um den durch IAS 19 geänderten Vorjahreswert). Nach Abzug des laufenden Steueraufwands in Höhe von 4,0 Mio. Euro und nach Buchung des latenten Steuerertrags von insgesamt 1,0 Mio. Euro ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von 15,0 Mio. Euro (Vorjahr: 19,6 Mio. Euro).

AUSBLICK 2014

Im Jahr 2014 wird die HYPO TIROL BANK AG den eingeschlagenen Weg der Rückbesinnung auf den Kernmarkt konsequent weitergehen und damit die nächsten wichtigen Maßnahmen für eine erfolgreiche Zukunft des Unternehmens umsetzen.

Dabei gilt es an die Leistungen des Jahres 2013 anzuschließen, in dem es gelungen ist, das Vertrauen der bestehenden Kunden in ihre Landesbank zu stärken und neue Kunden zu gewinnen. Das Jahresergebnis konnte im Vergleich zu 2012 wiederum deutlich gesteigert und eine Reduktion der Risiken erreicht werden, sodass die Bank im kommenden Frühjahr eine entsprechend höhere Ausschüttung an ihren Eigentümer Land Tirol leisten wird.

Die Verringerung der eingegangenen Risiken stellt einen zentralen Bestandteil unserer Unternehmensstrategie dar. Auch für 2014 wurden die Eckpfeiler dieser Strategie im Rahmen der Jahresplanung in konkrete quantitative und qualitative Zielvorgaben für die einzelnen Geschäftsbereiche übersetzt. Unternehmensweit wurde dabei besonderes Augenmerk auf zusätzliche rentabilitätssteigernde Maßnahmen auf der Ertrags- und Kostenseite gelegt. Der Auftrag als Landesbank, die Kunden in Tirol als verlässlicher Finanzpartner zu begleiten, spiegelt sich in der Planung entsprechender Neuvolumina im Aktiv- und Passivgeschäft sowie gesteigerter Provisionserträge für die Geschäftsfelder Privatkunden, Firmenkunden, Private Banking und Freie Berufe und Öffentliche Institutionen wider. Die Umsetzung wird im Rahmen einer Marktoffensive erfolgen, die sich der Intensivierung der Kundenbeziehungen sowie dem gezielten Eingehen auf

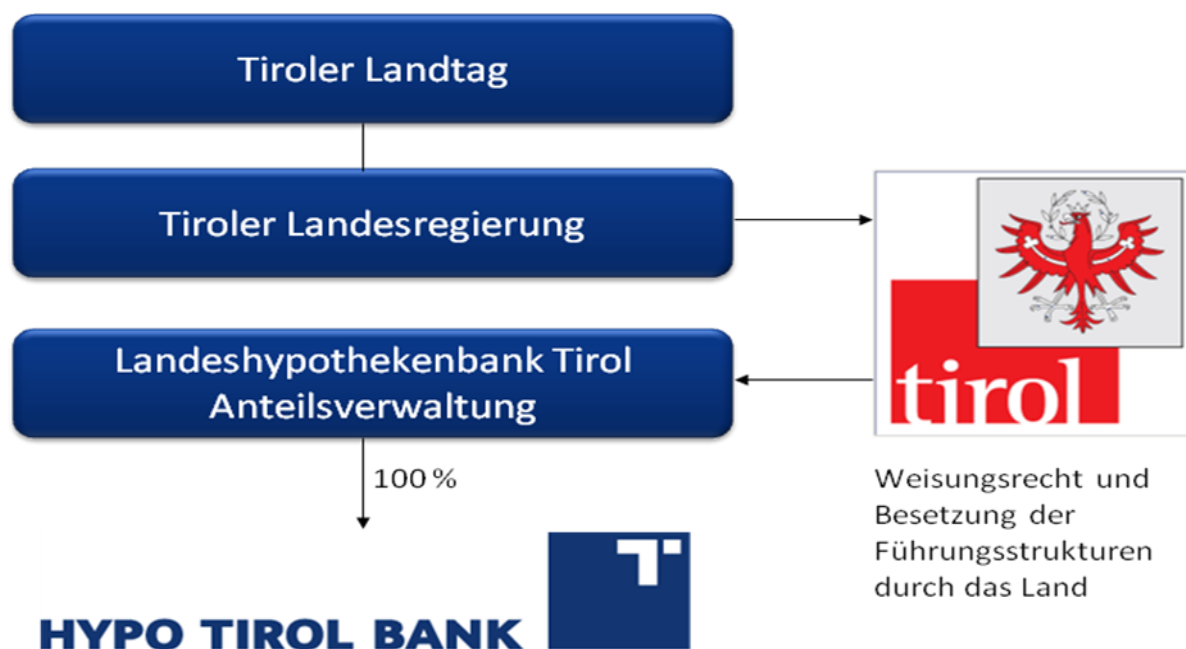
die Bedürfnisse unserer Kunden widmet sowohl in unseren Vertriebsstellen als auch im Rahmen von Besuchen bei Kunden vor Ort. Die ebenfalls für 2014 vorgesehene Regionalisierung der Marke wird diese Marktoffensive begleiten und unterstützen.

In Italien wird der Geschäftsbetrieb nach der Schließung der Filialen in Trient und Verona in der nunmehr gestrafften Filialstruktur an den Standorten Bozen, Meran und Brixen weitergeführt. Dabei erfolgt die Konzentration einerseits auf Passivgeschäft, andererseits auf risikoarmes Aktivgeschäft mit kleineren Losgrößen. Gleichzeitig erfordert die weitere Verbesserung der Risikosituation im bestehenden Finanzierungsportfolio nach wie vor intensiven Ressourceneinsatz. Die Rückführung der bisherigen Vollbank Italien in eine Zweigniederlassung erfolgte plangemäß am 01. Oktober 2013 rückwirkend zum 01. Januar 2013, damit einhergehend wurde und wird die Zusammenarbeit der italienischen Kollegen mit den Fachabteilungen der Konzernmutter weiter verstärkt.

Die strategische Ausrichtung als Landesbank mit Fokus auf dem Kundengeschäft im Kernmarkt wird sich im Jahr 2014 auch in der weiteren Reduktion des Bestands an Immobilien, Beteiligungen und Finanzanlagen abbilden. Ebenso wird der Abbau von Finanzierungsvolumina in den Marktgebieten außerhalb des Kernmarkts weiterverfolgt. Durch diese Stoßrichtungen wird die Bilanzsumme 2014 neuerlich sinken und sich damit weiter in Richtung des mittelfristigen Zielwerts von 8 Mrd. EUR im Jahr 2015 bewegen.

Die Hypo Tirol ist sich bewusst, dass die Re-Dimensionierung der Bank hinsichtlich Geschäftsvolumen und Stellenzahl ein nicht immer einfaches Vorhaben darstellt. Gleichzeitig ist sie davon überzeugt, dass diese Maßnahmen betriebswirtschaftlich notwendig sind, um eine nachhaltig rentable Unternehmensperspektive für die HYPO TIROL BANK AG sicherzustellen. Die im Jahr 2013 erzielten Fortschritte sind Beleg für die Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs und gleichzeitig Auftrag, ihn auch im Jahr 2014 mit Entschiedenheit fortzusetzen – zum Wohl ihrer Kunden und Mitarbeiter sowie für eine erfolgreiche Zukunft ihrer Tiroler Landesbank.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	8.470,1	9.476,2
Eigenmittel	560,2	620,5
EGT	7,1	16,5
Spareinlagen	895,3	998,1
Ø Mitarbeiteranzahl	536	556
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	22	22
Return on equity	1,69%	3,67%
Cost Income Ratio	64,39%	55,97%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.11. VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Für das Jahr 2013 blickt die Hypo Landesbank Vorarlberg auf eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung zurück. Das Ergebnis vor Steuern konnte gegenüber 2011 auf EUR 96,1 Mio. gesteigert werden, das Konzernergebnis lag bei EUR 74,5 Milliarden. 2013 ist damit das zweitbeste Jahr in der Unternehmensgeschichte. Die hohe Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis (2012: EUR 173,7 Mio.), ist neben geänderten Bewertungsergebnissen überwiegend auf fehlende Sondereffekte zurückzuführen, die 2012 durch den Rückkauf von Tier-1-Kapital mit einem Ertrag in Höhe von EUR 39,8 Mio. entstanden sind. 2013 erfolgte eine Anpassung der IFRS-Bewertungsmethode, deshalb wurden die Vorjahreszahlen rückwirkend geändert.

Trotz rückläufiger Zins- und Provisionsergebnisse sowie steigender Kosten durch neue regulatorische Maßnahmen wurde das Ergebnis von einem stabilen Kundengeschäft, einem gesunden Kreditportfolio sowie dem seit Jahren konsequenten Kostenmanagement getragen. Die Bilanzsumme der Bank ging wie geplant leicht zurück und beträgt zum 31. Dezember 2013 14,1 Milliarden Euro (minus 2,5 Prozent). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Einlagen) sind um 1,5 Prozent auf 4,8 Milliarden Euro gestiegen, während die Kreditausleihungen mit 8,5 Milliarden Euro (minus 1,2 Prozent) etwas rückläufig waren.

Stabile Wirtschaft in den Kernmärkten

Die Entwicklung im Firmenkundengeschäft unterstreicht die robuste Verfassung der heimischen Wirtschaft. So ist insgesamt eine gute Auftragslage festzustellen. Während in Vorarlberg ein rückläufiges Kreditwachstum zu verzeichnen war, hat sich das Firmenkundengeschäft außerhalb Vorarlbergs – vor allem in Wien und Graz – überdurchschnittlich entwickelt. Für 2014 rechnet der Vorstand ähnlich wie im Vorjahr mit einer schwachen Kreditnachfrage, leichte Zuwächse sind vor allem an den Standorten in Wien, Graz und Wels geplant. Die gute Verfassung der Unternehmen im Marktgebiet der Hypo Landesbank Vorarlberg lässt für 2014 wieder unterdurchschnittliche Risikokosten erwarten, zudem sind Verbücherungen bei bestehenden Finanzierungen geplant. Eine stärkere Nutzung von Dienstleistungen im Zahlungsverkehr, im Dokumentengeschäft und bei Veranlagungen ist vorgesehen.

Privatkunden investieren dank niedriger Zinsen

Die Position als führende Wohnbaubank in Vorarlberg konnte 2013 weiter ausgebaut werden. Im Privatkundenbereich war eine hohe Nachfrage bei langfristigen Finanzierungen zu verzeichnen, besonders bei Wohnraumschaffung bzw. -sanierungen. Trotz Tilgungen in Höhe von 132,2 Millionen Euro (davon 66,7 Millionen Euro an Sondertilgungen) stieg das Volumen der Ausleihungen gegenüber dem Vorjahr. Während das niedrige Zinsniveau von den Kreditnehmern begrüßt wird, erschwert es das konservative Veranlagungsgeschäft. Der Wunsch nach Sicherheit gepaart mit tiefen Zinsen führte zu einer verstärkten Nachfrage nach kurzfristigen Anlageformen, Strategien mit Wertsicherung sowie Sachwerten – meist Immobilien. Die gesamten Kundengelder (Privat- und Firmenkunden) bei der Hypo Landesbank Vorarlberg betragen per 31. Dezember 2013 6,4 Milliarden Euro.

Nach dem erfolgreichen Start der Online-Sparplattform hypodirekt.at im Jahr 2012 ist für das zweite Quartal 2014 ein Ausbau der Produktpalette geplant. Via I-Brokerage sind für Direktbank-Kunden künftig die gesamten Wertpapiergeschäfte online möglich, u.a. Fondssparen bzw. der Erwerb von Eigenemissionen der Hypo Landesbank Vorarlberg. Demnächst können auch Kunden aus Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz ein täglich fälliges Sparkonto eröffnen. Bis März 2014 wurden auf hypodirekt.at bereits über 6.500 Konten eröffnet.

Seit vielen Jahren betreut die Vorarlberger Landesbank mit großem Erfolg auch ihre Vermögensverwaltungs-Kunden und zählt heute zu den profiliertesten Private Banking-Anbietern Österreichs. Zu den „Assets“ gehören eine innovative Produktpalette und fachkundige, individuelle Beratung und Betreuung. Aufbauend auf diesem Fundament erfolgt zukünftig ein Ausbau des Top-Bereichs im Anlagegeschäft mit Unternehmern und vermögenden Privatkunden (Wealth Management). Zu diesem Zweck erfolgt unter anderem Ende 2014 der Umzug an einen neuen Standort in Wien, in weiterer Folge werden die Teams in Vorarlberg und Wien aufgestockt.

Starke Eigenkapitalbasis und gesundes Kreditportefeuille

Nach erfolgter Kapitalerhöhung im Jahr 2012 liegen die gesamten anrechenbaren Eigenmittel der Bank bei knapp 1,2 Milliarden Euro, gegenüber den gesetzlichen Anforderungen liegt der Überschuss des Eigenkapitals bei rund 577 Millionen Euro. Obwohl die verschiedenen Basel III-Standards erst 2018 verbindlich eingeführt werden, erfüllt die Hypo Landesbank Vorarlberg diese Anforderungen bereits heute und liegt deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen. Die Eigenmittelquote (Bankbuch) nach Basel II beträgt per 31.12.2013 16,29 Prozent (2012: 15,80 Prozent), die Kernkapitalquote (Bankbuch) konnte von 9,80 auf 10,93 Prozent angehoben werden. Um sich auch in Zukunft ein ausgezeichnetes Rating und eine gute Refinanzierungssituation zu sichern, will die Bank mit ihrer Eigenmittelausstattung und

Liquiditätsquote zu den besten Banken Österreichs zählen. Bereits seit Jahren wird bei der Hypo Landesbank Vorarlberg Wert auf eine risikobewusste Kredit- und Geschäftspolitik gelegt. Dieser Grundsatz erweist sich – gerade in Zeiten steigender Verunsicherung und veränderter Risikoprofile – als wichtiger Erfolgsfaktor. So entfallen nach Basel II nur 1,53 Prozent der gesamten Ausleihungen der Hypo Landesbank Vorarlberg auf notleidende Kredite.

Vertrauen in die Vorarlberger Landesbank

Ende 2013 hat „The Banker“ – das renommierte Finanzmagazin der Financial Times in London – die Hypo Landesbank Vorarlberg als „Bank of the Year 2013 in Austria“ ausgezeichnet. Die Jury hat nach den Banken gesucht, welche die Herausforderungen aus Politik und Wirtschaft erfolgreich gemeistert haben. Neben ihren guten Ertrags- und Effizienzkennzahlen und den Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalbasis flossen auch gezielte Produktinnovationen, sowie der Auf- und Ausbau von hypodirekt.at und das ausgezeichnete Rating maßgeblich in die Bewertung ein. Zum ersten Mal wurde dieser Award nicht an eine österreichische Großbank, sondern an eine Regionalbank verliehen.

Großes Vertrauen in die Sicherheit bei der Hypo Landesbank Vorarlberg zeigt auch die Ratingagentur Moody's. Mit einem A1 Rating ist die Hypo Landesbank Vorarlberg derzeit die bestgeratete Universalbank Österreichs. Das Rating der Bank wurde am 6. März 2014 von Moody's sogar verbessert und der Ausblick von bisher negativ auf stabil geändert.

AUSBLICK 2014

Der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr ist vorsichtig: Das wirtschaftliche und politische Umfeld bleibt für die gesamte Bankenbranche herausfordernd, aber die Realwirtschaft ist intakt und die Stimmung bei den Kunden der Bank überwiegend positiv. Auch die Unternehmer blicken wieder optimistischer in die nähere Zukunft, daher geht der Vorstand der Hypo Landesbank Vorarlberg von einer Konjunkturbelebung aus. Die Zinsen werden jedoch voraussichtlich noch länger auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bleiben. Verschiedene Herausforderungen wird dieses Jahr erneut das regulatorische Umfeld bieten, das aus Sicht des Vorstandes jedoch nicht zu besseren Rahmenbedingungen für den österreichischen Finanzplatz beitragen wird. Dennoch ist der Vorstand zuversichtlich, dass sich die solide Geschäftspolitik der Hypo Landesbank Vorarlberg weiterhin bewähren wird und rechnet für 2014 wieder mit einem guten Ergebnis.

HYPO-VERBAND 2013

Eigentümerstruktur:

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
- Landesbank Baden-Württemberg	15,8795%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	7,9898%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2013	31.12.2012***)
Bilanzsumme	14.145,2	14.492,3
Eigenmittel	1.199,3	1.198,2
Ergebnis vor Steuern**)	96,1	173,7
Spareinlagen (inkl. Kapitalsparbücher)	1.325,7	1.462,8
Ø Mitarbeiteranzahl	724	728
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	25	25
Return on equity**)	12,41%	29,72%
Cost Income Ratio	49,20%	45,85%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert

***) enthält 2012 Sondereffekte durch den vorzeitigen Rückkauf von Tier 1 Kapital im Wert von EUR 39,8 Mio.

***) 2013 erfolgte eine Anpassung der IFRS-Bewertungsmethode, zudem wurden die Vorjahreszahlen rückwirkend geändert, um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Die Anpassung der Vorjahreszahlen betrifft die Neubewertung der Darlehen und Kredite, welche freiwillig zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden. Darüber hinaus erfolgt eine Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund der Anwendung des geänderten IAS 19.

2.12. RATING DER HYPOS

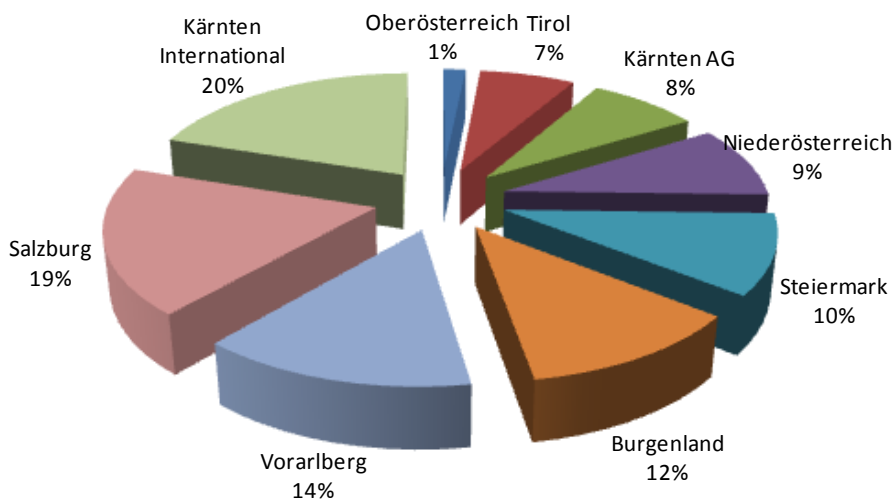
RATING HYPO-BANKEN		
	Ratingagentur	Rating
HYPO-BANK BURGENLAND AG	–	–
HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG	–	–
HYPO ALPE-ADRIA BANK AG (künftig „Austrian Anadi Bank AG“)	–	–
HYPO NOE Gruppe Bank AG	Standard & Poor's	A/Negative
HYPO NOE Landesbank AG	–	–
OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG	Standard & Poor's	A/Stable
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	–	–
LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	–	–
HYPO TIROL BANK AG	Moody's	Baa2/Negative
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	Moody's	A1/Stable

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SEKTORUNTERNEHMUNGEN

3.1. Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (POLH)

Das Emissionsgeschäft der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken als gemeinsames Emissionsinstitut der Hypo-Banken entwickelte sich seit dem Jahr 2000 bis ins Jahr 2006 sehr dynamisch. Per 31.12.2013 weist die POLH ein Emissionsvolumen von EUR 6.106 Mio. auf (Vorjahr EUR 7.508 Mio.). Aufgrund des Auslaufens der Landeshaftung hat die POLH seit 01.04.2007 keine Emissionen mehr begeben.

Das bestehende Emissionsvolumen verteilt sich auf die Hypo-Banken wie folgt:



Bis 01.04.2007 hat die POLH ausschließlich ungedeckte Emissionen (senior unsecured) begeben. Diese wurden von der Rating Agentur Moody's mit AAA bewertet. Sämtliche ausstehenden Emissionen der POLH fallen auf Grund der Übergangsbestimmungen im Pfandbriefstelle-Gesetz (2004) weiterhin unter die bestehende solidarische Haftung der Mitglieder und deren Gewährträger.

Angesichts der Einstellung der Geschäfte im ungedeckten Bereich wird das Emissionsvolumen in den kommenden Jahren, sofern keine Neuemissionen (Pfandbriefe) im Zuge des Projekts „POLH neu“ begeben werden, weiter schrumpfen.

Der erfolgreich eingeschlagene Weg des gemeinsamen Marktauftrittes soll jedoch auch in Zukunft fortgeführt werden. Die POLH soll künftig als zentraler Emittent von gepoolten Pfandbriefen (Deckungsstockpooling) auftreten. Durch die Einbringung des Geschäftsbetriebes in eine AG soll die POLH zusätzlich für Neukunden auch außerhalb des Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken geöffnet werden. Zielgruppe für das Refinanzierungsangebot der „POLH-neu“ sind vornehmlich Banken und Bausparkassen, die über keinen oder nur begrenzten Zugang zum Pfandbriefgeschäft verfügen.

3.2. Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.

Die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. wurde im Jahr 1977 von den österreichischen Landes-Hypothekenbanken als Holding-Gesellschaft für dauernde Beteiligungen gegründet, welche im Interesse aller oder mehrerer Landes-Hypothekenbanken gelegen sind.

Die Gesellschaft hält für alle österreichischen Hypo-Banken Beteiligungen an den Gesellschaften PSA Payment Services Austria GmbH, CEESEG AG, STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H., an der seit 1.7.2006 ausgegliederten Hypo-Bildung GmbH sowie indirekt an der Österreichische Lotterien GmbH. Im Berichtsjahr wurden die Anteile an der PayLife Bank GmbH verkauft. Sämtliche Anteile – auch die aller Mitgesellschafter wurden an die Schweizerische SIX-Gruppe verkauft. Damit wurde die PayLife Bank GmbH zu einem Dienstleister als Drittanbieter.

Vor der Veräußerung der Anteile an der PayLife Bank GmbH (PLB) wurde bereits im Jahr 2012 die ADF Service GmbH, nunmehr umfirmiert in PSA Payment Services Austria GmbH, verhältnismäßig abgespalten; diese Gesellschaft deckt mit der erteilten ZaDIG-Konzession im Wesentlichen die Maestro- und Quickfunktion ab und betreibt das Bankomat-System in Österreich. Die Abspaltung ist auf die Auflage der Europäischen Kommission zurückzuführen, die begleitend auch eine Gesellschafterentflechtung in der PayLife Bank GmbH wegen der gleichzeitigen Beteiligung einiger Gesellschafter an der Card Complete verlangt hat.

Abgesehen von der Beteiligung an der Hypo-Bildung GmbH handelt es sich aus dem Blickwinkel der Zielgesellschaften durchwegs um nicht-wesentliche Beteiligungen mit Anteilen von höchstens knapp über 5%.

3.3. Hypo-Wohnbaubank AG

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist eine Spezialbank zur Refinanzierung des Wohnbaus in Österreich. Die Bank wurde im Jahre 1994 von acht Landes-Hypothekenbanken gegründet. Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Refinanzierung von Wohnbauten.

Rechtliche Grundlage des Handelns der Wohnbaubanken ist das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“. Es sieht vor, dass die durch Wohnbauwandelschuldverschreibungs-Emissionen der Wohnbaubanken aufgebracht langfristigen Mittel für die Errichtung von erschwinglichen Wohnungen verwendet werden. Um dies für die Anleger attraktiv zu machen, hat man die Wohnbauanleihen ursprünglich mit einem doppelten Steuervorteil ausgestattet:

Die Zinsen von bis zu 4 % des Nennbetrages sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Der Erstanschaffungspreis konnte für bis zum 31.12.2010 erworbene Wohnbauanleihen im Rahmen der Sonderausgabenregelung von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Die Anleihen müssen außerdem zweckgewidmet eingesetzt werden. Das damit aufgebrachte Kapital wird zur Finanzierung der Errichtung und Sanierung von Wohnbauten verwendet, welche in der Praxis überwiegend durch Hypotheken sichergestellt sind.

Der Emissionsabsatz 2013 ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Das Emissionsvolumen für das Jahr 2013 betrug rund EUR 281,5 Mio. (Vorjahr: EUR 77 Mio.). Das Emissionsergebnis für das Jahr 2013 ist vor dem Hintergrund der niedrigen Zinslandschaft achtbar und erfreulich.

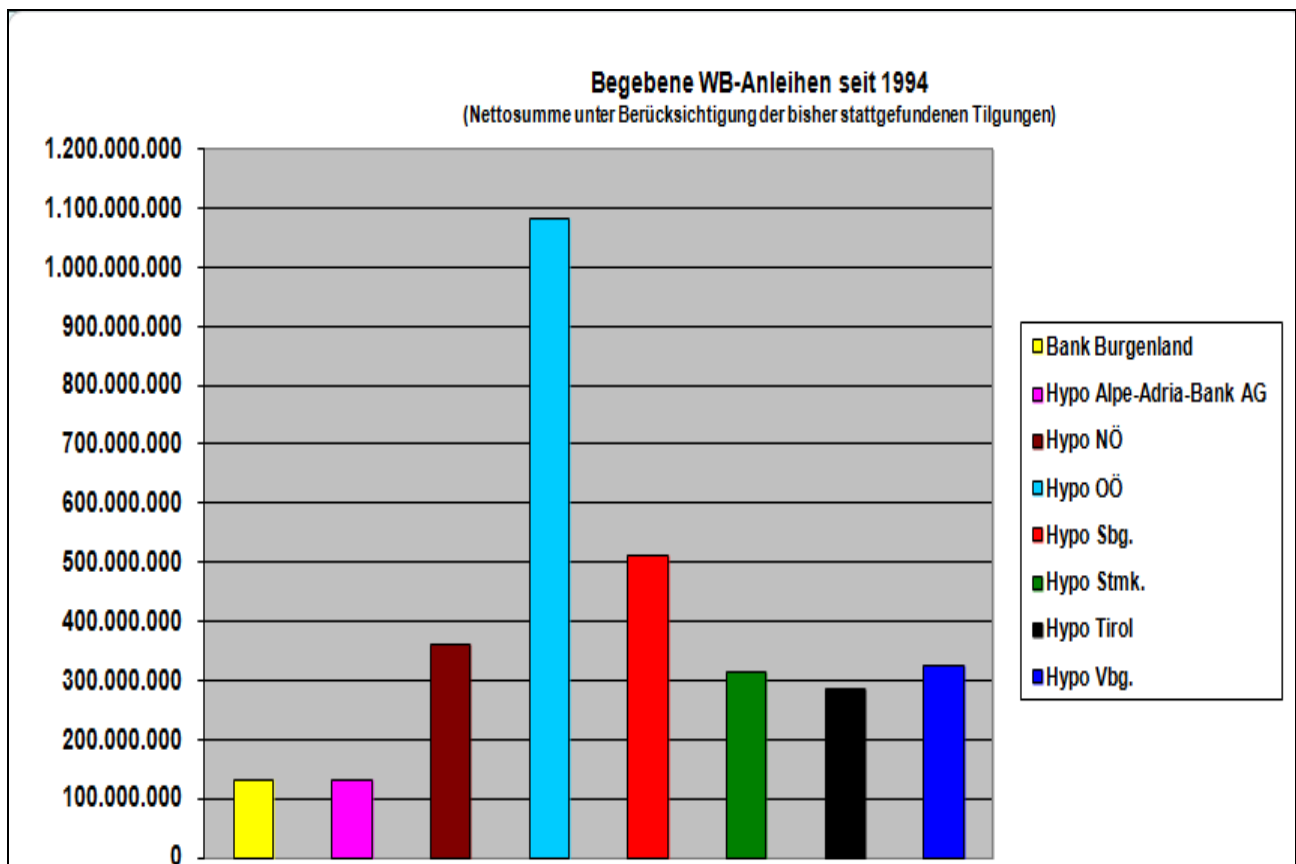
Insgesamt wurden von der Hypo-Wohnbaubank AG bisher rund EUR 4,77 Mrd. emittiert. Die Hypo-Wohnbaubank AG befindet sich im Branchenvergleich an zweiter Stelle hinter der Bank Austria Wohnbaubank. Die Hypo-Wohnbaubank AG geht davon aus, dass im Jahr 2014 das Emissionsgeschäft, trotz der voraussichtlich weiterhin niedrigen Zinslandschaft, etwa dem Vorjahresergebnis entsprechen wird.

Vor dem Hintergrund der mit 1.1.2014 in Kraft getretenen CRR-Richtlinie konnte für ausschließlich treuhändig tätige Emissionsinstitute eine Sonderbestimmung im BWG NEU (§ 3 Abs. 6 BWG NEU) erreicht werden. Dies führte mit Jahresende 2013 zur Rücklegung aller Konzessionen der Hypo-Wohnbaubank AG, ausgenommen die Emissionskonzession gem. § 1 Abs. 1 Z 10 BWG, die Satzung der Hypo-Wohnbaubank AG wurde entsprechend angepasst. Aufgrund des Entfalls des Beteiligungsinstruments Partizipationsscheine per Ende 2013 kann nunmehr bei Wohnbauanleihen

HYPO-VERBAND 2013

der Hypo-Wohnbaubank in Partizipationsrechte / Genussrechte gemäß § 174 AktG gewandelt werden. Gleichzeitig konnte durch intensive Bemühungen beim BMF die KEST-Freiheit für neue Wohnbauanleihen erhalten werden.

Dafür ist aufgrund des Abgabenänderungsgesetzes 2014 eine Belebung insofern zu erwarten, als dass Wohnbauanleihen im Rahmen des Gewinnfreibetrags als begünstigte Wirtschaftsgüter anerkannt werden (Mindestveranlagungsdauer 4 Jahre).



3.4. Hypo-Bildung GmbH.

Das Bildungsjahr 2013 ist von der gewohnten Dynamik geprägt gewesen. Die Anzahl der von den HYPOs gebuchten Bildungstage konnte zwischen 2010 und 2013 um 38 % auf insgesamt 3939 Bildungstage gesteigert werden. Die HYPO-Bildung hat somit auch für das Geschäftsjahr 2013 ein positives Geschäftsergebnis zu erwarten.

Neben dem Schwerpunkt der Bildungsaktivitäten im Bereich der standardisierten Ausbildungswege samt den dazugehörenden Prüfungen wurden viele regionale und überregionale Verkaufstrainings, Trainerausbildungen und Fachsonderseminare für die HYPO-Banken umgesetzt.

Die 2010 zum ersten Mal gestartete Fachlaufbahn „Wohnbaufinanzierungen“ wurde mit einem neuen Kurs 2013 fortgeführt, ebenso die „traditionellen“ Ausbildungswege der Fachausbildung für Generalisten und die Fachlaufbahnausbildung zum Kommerzberater, Freie-Berufe-/Privatkundenberater und Kreditabwickler.

Der 2-wöchige Kurs HYPO 2 (Grundausbildung) stellt weiterhin ein Kernstück der Ausbildung, insbesondere für Filialmitarbeiter dar.

Die neu entwickelte HYPO 1 (Grundeinführung) für neueintretende Mitarbeiter wurde auch 2013 gut nachgefragt und wird seit längerem auch in einer englischen Version angeboten.

Für die HYPO NOE Landesbank wurden 2013 eigene Zertifizierungskurse für Wohnbauberater und Ärztebetreuer realisiert.

Weitere regionale Ausbildungsangebote im Rahmen von Updates (etwa KEST neu, volkswirtschaftliche Fragen) und Seminare zu Spezialthemen (etwa Workshops zum Thema FATCA/US-Steuerabkommen und Deutsches Bankenrecht) ergänzten das Bildungsangebot.

Neu hinzugekommen sind 2014 spezielle Ausbildungsangebote für Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte im Rahmen der bankspezifischen Fit & Proper-Policy.

Nach langen, konstruktiven Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern konnte 2013 die adaptierte Bildungsrichtlinie für die österreichischen Landes-Hypothekenbanken in Kraft treten.

Im Geschäftsbereich Verkaufs- und Persönlichkeitsausbildung wurde die 2011 begonnene Umsetzung regionaler Verkaufstrainings für die HYPO Salzburg und die HYPO NOE Landesbank AG fortgesetzt und erneut rund 300 Teilnehmer zu aktuellen Verkaufsthemen geschult.

HYPO-VERBAND 2013

In der HYPO Oberösterreich konnten im Jahr 2013 auch die Führungskräfte und Vertriebsmitarbeiter der HYPO Oberösterreich durch die Verkaufstrainings der HYPO-Bildung ihre Verkaufsfertigkeiten erweitern.

Seit 2013 können zusätzlich alle HYPO-Mitarbeiter die neue 3-tägige Verkaufsausbildung auch überregional besuchen.

Bereits zum dritten Mal wurde für die HYPO NOE Gruppe die zweistufige Trainerausbildung der HYPO-Bildung exklusiv veranstaltet sowie zwei Durchgänge überregional umgesetzt.

Im Jahr 2013 wurden sowohl die Trainer der HYPO Salzburg als auch die Trainer der HYPO Oberösterreich von GF Mag. (FH) Paul Heckermann im Bereich Telefoncoaching von Mitarbeitern persönlich ausgebildet und begleitet. Insgesamt stellen die Trainings aus dem Bereich Verkauf und Persönlichkeit (inkl. Trainerausbildungen) rund 20 % der Bildungstage der HYPO-Bildung dar.

Der Bereich "e-learning", der traditionell ein Schwerpunkt der HYPO-Bildung ist, wurde konsequent ausgebaut. Die HYPO-Bildung Online-Plattform wird laufend erweitert und aktualisiert. Es steht allen Mitarbeitern sowohl am Arbeitsplatz wie auch von "extern" - und damit auch "mobil" mittels Smartphones und Tablets - zur Verfügung. Die E-Learning Angebote der HYPO-Bildung wurden von rund 4800 Teilnehmern genutzt – davon wurden österreichweit 3139 Lerntests absolviert.

Alle diese Maßnahmen, ob inhaltlich, didaktisch oder technologisch haben nur ein Ziel, nämlich den Mitarbeitern aus den HYPO-BANKEN als Kunden der HYPO-Bildung optimale Beratung und Betreuung zu bieten.

Alle diese Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

III. GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

1.1. Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens, zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder seit der Spaltung der Hypo Niederösterreich ab 1.7.2007 zehn Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die UniCredit Bank Austria AG.

Wichtigstes Organ des Verbandes ist die Direktorenkonferenz, in der alle Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind. Sie trat im Berichtsjahr zu vier tourlichen Sitzungen zusammen.

Mit 31.12.2013 ist das Mandat des langjährigen Präsidenten Dkfm. Dr. Jodok Simma ausgelaufen. Dr. Simma wurde im Rahmen des vorweihnachtlichen Empfanges im Palais Coburg in sehr herzlicher Form in Anwesenheit vieler Ehrengäste verabschiedet. Dr. Simma bleibt aber dem Verband indirekt verbunden, weil er nach Pensionsübertritt und Einhalten der Cooling off-Phase mit Anfang Mai 2014 den Vorsitz im Aufsichtsrat der Hypo Vorarlberg übernehmen wird.

1.2. Fachverband

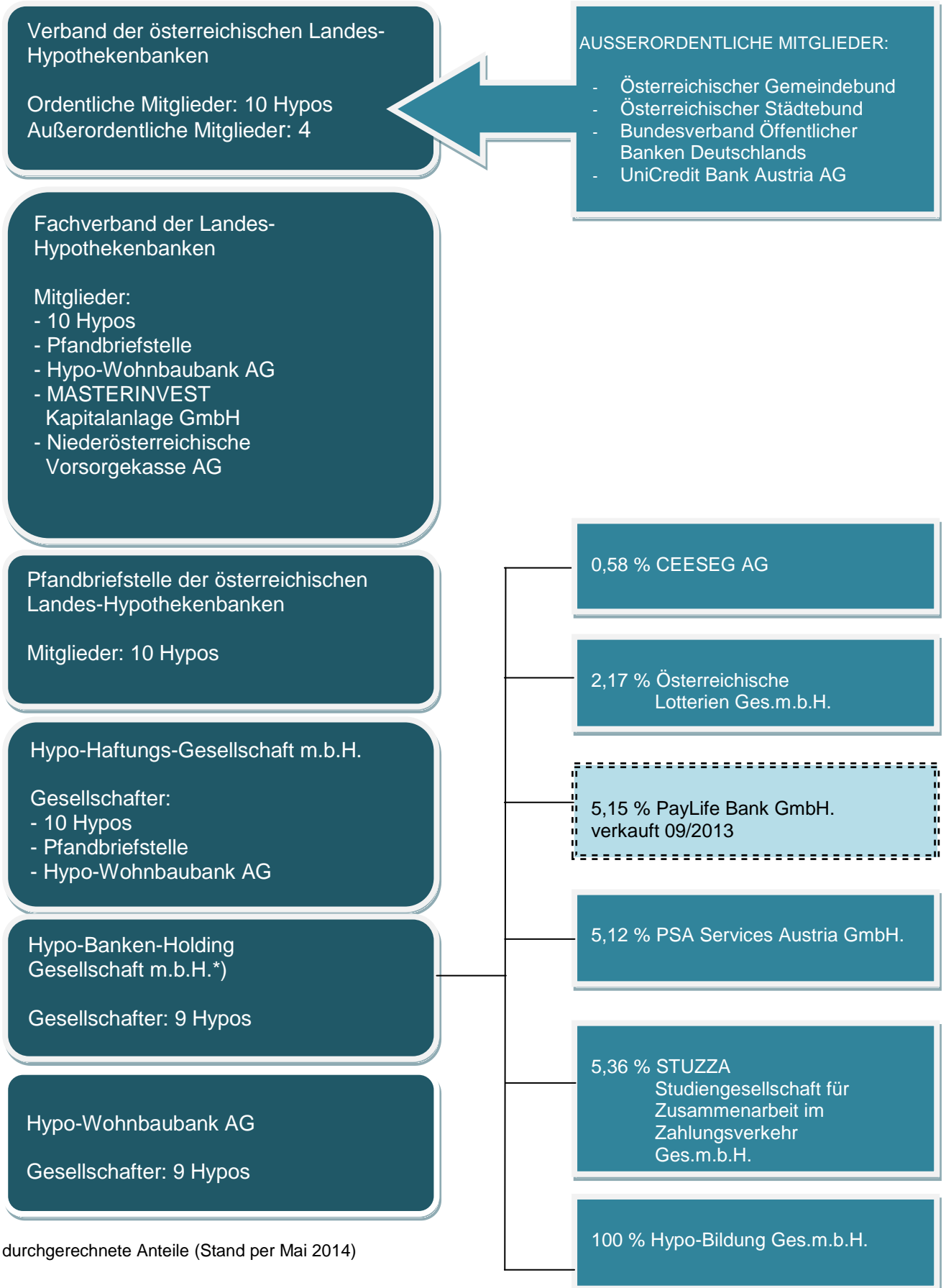
Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den zehn Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Wohnbaubank AG, die MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH und die Niederösterreichische Vorsorgekasse AG.

Die demnächst umzufirmierende Austrian Anadi Bank AG verbleibt nach ihrem Verkauf an die indische Kanoria-Gruppe weiterhin Mitglied sowohl im Freien wie auch im Fachverband.

1.3. Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.

Die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. ist die gemäß BWG vorgesehene Sicherungseinrichtung des Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken. Die Gesellschaft hat als Einlagensicherung des Sektors auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Weiters ist sie im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Früherkennungssystems tätig. Dazu bedient sie sich eines Scoring Modells, das durch die vierteljährlichen Risikoberichte der Mitgliedsinstitute gespeist wird.

HYPO-VERBAND 2013



*) durchgerechnete Anteile (Stand per Mai 2014)

IV. INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE

1.1. Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)

Der Hypo-Verband ist seit 1.1.2005 ordentliches Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken in Brüssel. Der EAPB ist für den Hypo-Verband als nationalem Verband eine wichtige Informationsquelle und Ansprechstelle für kreditwirtschaftliche Themen auf europäischer Ebene. Der EAPB versorgt den Hypo-Verband regelmäßig mit Informationen aus den EAPB-Arbeitsgruppen und aktuellen Verhandlungsergebnissen aus Kommission, Rat und Europäischem Parlament, sodass neben den nationalen Informationsquellen einerseits eine Informationsredundanz besteht, andererseits die unterschiedlichen Gewichtungen in der Meinungsbildung auf europäischer Ebene das Lagebild abrunden.

Zum bisherigen Generalsekretär dieses Verbandes, Herrn Henning Schoppmann, der mit 31.12.2013 pensionshalber ausgeschieden ist, bestehen seit vielen Jahren auch aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für den Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) intensive und freundschaftliche Kontakte. Auch mit dessen Nachfolger, Herrn Generalsekretär Marcel Roy konnten im Rahmen eines Antrittsbesuches am 12.3.2014 in Wien erste Kontakt geknüpft werden. Es besteht weiterhin die Absicht, zumindest einmal jährlich Arbeitsgespräche mit den befreundeten deutschen und Schweizer Verbänden durchzuführen.

1.2. Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Besonders enge Beziehungen bestehen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), der über ein qualitativ hochstehendes Informationssystem und eine enge Bindung zum EAPB in Form von Personalbeistellungen verfügt. Es fanden bislang regelmäßige Treffen mit dem bisherigen Hauptgeschäftsführer Dr. Hans Reckers statt, der allerdings Ende April 2013 seine Funktion beendete. Dessen Nachfolge hat Frau Professor Dr. Liane Buchholz angetreten. Bei derartigen Treffen wird nach Möglichkeit auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der österreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Franz Rudorfer, teilnehmen.

1.3. Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Sehr gute Kontakte bestehen auch zum Verband Schweizerischer Kantonalbanken unter ihrem Direktor Hanspeter Hess, welcher ebenfalls an den gemeinsamen Geschäftsführertreffen mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands regelmäßig teilnimmt.

Zwischen den Kantonalbanken und den Landes-Hypothekenbanken bestehen zum Teil starke strukturelle Ähnlichkeiten bedingt durch die konsequente Ausrichtung auf definierte Wirtschaftsräume.

V. ORGANE

PRÄSIDIUM

Präsident:	Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
1. Vizepräsident:	Generaldirektor KR Dr. Andreas Mitterlehner
2. Vizepräsident:	Vorstandsdirektor Mag. Dr. Michael Grahammer

DIREKTORENKONFERENZ

Die Direktorenkonferenz setzt sich aus den Vorstandsvorsitzenden der Hypos oder deren Vertretern zusammen und tagt durchschnittlich viermal im Jahr.

LÄNDERBEIRAT

BURGENLAND:	Landesrat Helmut Bieler
	Vorstandsdirektor Christian Jauk, MBA
KÄRNTEN:	Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut
	Vorstandsdirektor Dr. Alexander Picker
	Vorstandsdirektor Dr. Martin Czurda
NIEDERÖSTERREICH:	Landeshauptmann-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka
	Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
	Vorstandsdirektor Günther Ritzberger, MBA
OBERÖSTERREICH:	Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
	Generaldirektor KR Dr. Andreas Mitterlehner
SALZBURG:	Landeshauptmann-Stv. Dr. Christian Stöckl
	Generaldirektor KR Dr. Reinhard Salhofer

HYPO-VERBAND 2013

STEIERMARK:	Landesrätin Dr. Bettina Vollath
	Generaldirektor Mag. Martin Gölles
TIROL:	Landeshauptmann Günther Platter
	Vorstandsdirektor Dr. Markus Jochum
VORARLBERG:	Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
	Vorstandsdirektor Mag. Dr. Michael Grahammer

VERBANDSSEKRETARIAT

KR Dr. Claus Fischer-See	Generalsekretär
Mag. Gudrun Mühlbeck	
Mag. Sonja Harbich	
Dr. Klaus Hermann	
Georg Sachatonicsek, MA	

VI. ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE

HYPO-BANK BURGENLAND AKTIENGESELLSCHAFT	7000 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605-0 info@bank-bgld.at www.bank-bgld.at	Christian Jauk, MBA
		Gerhard Nyul
		Mag. Andrea Maller-Weiß
HYPO ALPE-ADRIA- BANK INTERNATIONAL AG	9020 Klagenfurt am Wörthersee Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50209-0 international@hypo-alpe- adria.com www.hypo-alpe-adria.com	Dr. Alexander Picker (seit 1.1.2014)
		Dr. Gottwald Kranebitter (bis 31.8.2013)
		Mag. Wolfgang Edelmüller (bis 28.2.2014)
		Mag. Johannes Proksch
		Dkfm. Rainer Sichert, M.A.
HYPO ALPE-ADRIA- BANK AG (künftig AUSTRIAN ANADI BANK AG)	9020 Klagenfurt am Wörthersee Domgasse 5 Telefon +43 (0) 50202-0 austria@hypo-alpe-adria.com www.hypo-alpe-adria.at	Dr. Martin Czurda (seit 1.1.2014)
		Gerhard Salzer
		Mag. Friedrich Robert Racher
		Mag. Peter Lazar
HYPO NOE GRUPPE BANK AG	3100 St. Pölten Hypogasse 1 Telefon +43 (0) 590 910-0 office@hyponoe.at www.hyponoe.at	Mag. Dr. Peter Harold
		Mag. Nikolai Leo de Arnoldi
HYPO NOE LANDESBANK AG	3100 St. Pölten Hypogasse 1 Telefon +43 (0) 590 910-0 landesbank@hyponoe.at www.hyponoe.at	Günther Ritzberger, MBA
		Mag. Christian Führer

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AKTIENGESELLSCHAFT	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639-0 vorstand@hypo-ooe.at www.hypo.at	KR Dr. Andreas Mitterlehner
		Dr. Leonhard Fragner
		Mag. Thomas Wolfsgruber
SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	5020 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 office@hyposalzburg.at www.hypo-salzburg.at	KR Dr. Reinhard Salhofer
		KR Mag. Dr. Günther Ramusch (bis 31.3.2014)
		Günter Gorbach
LANDES- HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AKTIENGESELLSCHAFT	8010 Graz Radetzkystraße 15-17 Telefon +43 (0) 316/8051-0 hypo@landes.hypobank.at www.hypobank.at	Mag. Martin Gölles
		Bernhard Türk
		KR Mag. Friedrich Lengger (bis 31.5.2013)
HYPOTIROL BANK AG	6020 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700-0 service@hypotiro.com www.hypotiro.com	Dr. Markus Jochum
		Johann Peter Hörtnagl
		Mag. Johann Kollreider
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	6900 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 50 414-1000 info@hypovbg.at www.hypovbg.at	Mag. Dr. Michael Grahammer
		Mag. Dr. Johannes Hefel
		Mag. Michel Haller

(Stand Mai 2014)

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/512 14 80 Telefax +43 (0) 1/512 14 80 72 www.gemeindebund.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident
		wHR Dr. Walter Leiss, Generalsekretär
ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND	1082 Wien Rathaus, Stiege 5, Hochparterre Telefon +43 (0) 1/4000 89980 Telefax +43 (0) 1/4000 99- 89980 www.staedtebund.gv.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS Generalsekretär
BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS	D-10785 Berlin Lennéstraße 11 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222 www.voeb.de	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Hans Reckers Hauptgeschäftsführer (bis 30.4.2013) Prof. Dr. Liane Buchholz (seit 1.1.2014)
UNICREDIT BANK AUSTRIA AG / ABTEILUNG 8840	1020 Wien Lassallestraße 5 Telefon +43 (0) 50505 53263 Telefax +43 (0) 50505 8953263 www.unicreditgroup.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Günther Neuwirth

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

PFANDBRIEFSTELLE DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES- HYPOTHEKENBANKEN	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-64 office@pfandbriefstelle.at www.pfandbriefstelle.at	Dr. Claus Fischer-See
		Kurt Sumper, MBA
HYPO-WOHNBAUBANK AG	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-65 office@hypo-wohnbaubank.at www.hypo-wohnbaubank.at	Dr. Wilhelm Miklas
		Mag. Rainer Wiehalm
HYPO-BILDUNG GMBH.	1040 Wien Matiellistraße 2-4, B3 Telefon +43 (0) 1/505 90 80 Telefax +43 (0) 1/505 90 80-28 office@hypo-bildung.at www.hypo-bildung.at	Mag. Wolfgang Wild
		Mag. (FH) Paul Heckermann
HYPO-BANKEN-HOLDING GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	Dr. Claus Fischer-See
		Mag. Michael Koinig
HYPO-HAFTUNGS- GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	Dr. Claus Fischer-See
		Mag. Michael Koinig

(Stand: Mai 2014)

VII. MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN

HYPO-BANK BURGENLAND AG

Zentrale:	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
13 Filialen:	1010 Wien, Wallnerstraße 4	+43 (0) 1/40 60 460
	1010 Wien, Lobkowitzplatz 3	+43 (0) 1/90 49 004
	7000 Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7100 Neusiedl/See, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/22 71-0
	7132 Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/25 44-0
	7201 Neudörf/Leitha, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/773 41-0
	7210 Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/675 70-0
	7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/421 93-0
	7400 Oberwart, Hauptplatz 11	+43 (0) 3352/389 13-0
	7400 Oberwart, LKH, Dornburggasse 80	+43 (0) 3352/328 41
	7540 Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/434 37-0
	8010 Graz, Jungferngasse 3/2	+43 (0) 316/82 91 64
	8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/453 82-0

HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50209-0
------------------	--------------------------------------	-----------------

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG (in Kürze AUSTRIAN ANADI BANK AG)

Zentrale:	9020 Klagenfurt am Wörthersee, Domgasse 5	+43 (0) 50202-0
16 Filialen:	1010 Wien, Parkring 12	+43 (0) 50202-6900
	5020 Salzburg, Hellbrunnerstraße 9A	+43 (0) 50202-5207
	9020 Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202-2440
	9020 Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020 Klagenfurt, Feschnigstraße 7	+43 (0) 50202-6800
	9100 Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9300 St. Veit/Glan, Platz am Graben 3	+43 (0) 50202-6750
	9400 Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400 Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9413 St. Gertraud, St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500
	9470 St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500 Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560 Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße 17	+43 (0) 50202-6700
	9620 Hermagor, Gasserplatz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800 Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150

HYPO NOE GRUPPE BANK AG

Zentrale:	3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-0
Filiale:	1010 Wien, Wipplingerstraße 4	+43 (0) 590 910-0
Reprä- sentanz:	CZ-110 00 Praha 1, Klimentská	+420 296 580-200
	H-1062 Budapest, Váci út 1-3	+36 132 85024

HYPO NOE LANDESBANK AG

Zentrale:	3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-0
30 Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 590 910-1025
	1010 Wien, Herrengasse 10	+43 (0) 590 910-1125
	1040 Wien, Operngasse 21	+43 (0) 590 910-1425
	1060 Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 590 910-1625
	1090 Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 590 910-1925
	1140 Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 590 910-2425
	1210 Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 590 910-2125
	1230 Wien, Anton-Baumgartner-Straße 40	+43 (0) 590 910-2325
	2020 Hollabrunn, Lothringerplatz 12	+43 (0) 590 910-5325
	2100 Korneuburg, Wiener Straße 4	+43 (0) 590 910-2825
	2130 Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 590 910-4125

2301 Groß Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 590 910-3925
2340 Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 590 910-3525
2380 Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 590 910-3625
2460 Bruck/Leitha, Wiener Gasse 3	+43 (0) 590 910-4625
2500 Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 590 910-3725
2620 Neunkirchen, Herrengasse 15	+43 (0) 590 910-5125
2700 Wiener Neustadt, Hauptplatz 16	+43 (0) 590 910-3225
2700 Wiener Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 590 910-5225
3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-4425
3100 St. Pölten, Landhaus-Boulevard Haus 3/25	+43 (0) 590 910-6425
3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 590 910-3425
3300 Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 590 910-3125
3390 Melk, Jakob Prandtauer Straße 9	+43 (0) 590 910-3025
3400 Klosterneuburg, Niedermarkt 9-11	+43 (0) 590 910-2725
3430 Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 590 910-4025
3500 Krems, Mitterweg 10 A	+43 (0) 590 910-3825
3500 Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 590 910-5825
3580 Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 590 910-3325
3910 Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 590 910-4325

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Zentrale:	4010 Linz, Landstraße 38	+43 (0) 732/76 39-54130
14 Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 30/3	+43 (0) 1/796 98 20
	4020 Linz, Bahnhofplatz 2	+43 (0) 732/65 63 90
	4020 Linz, Am BinderMichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020 Linz, Eisenhandstraße 28	+43 (0) 732/ 77 83 91
	4020 Linz, LKH, Wagner-Jauregg-Weg 15	+43 (0) 732/ 66 00 03
	4030 Linz, solarCity, Lunaplatz 1	+43 (0) 732/32 00 26
	4040 Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040 Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040 Linz, Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29
	4400 Steyr, Redtenbachergasse 4	+43 (0) 7252/74 088
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 881
	4780 Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840 Vöcklabruck, Dr.-Anton-Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 444
	4910 Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 922

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	5020 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
23 Filialen:	5020 Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020 Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/43 13 97
	5020 Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16	+43 (0) 662/87 74 75
	5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/88 12 38
	5020 Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79 a	+43 (0) 662/43 04 55
	5020 Salzburg, Aigner Straße 4a	+43 (0) 662/62 04 11
	5020 Salzburg, EUROPARK, Europastraße 1	+43 (0) 662/43 34 65
	5071 Wals-Siezenheim, Bundes- straße 16	+43 (0) 662/85 49 90
	5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/45 36 60
	5110 Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/51 61
	5201 Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/73 20
	5202 Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/74 52
	5340 St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/79 75
	5400 Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/843 51
	5431 Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/76 25
	5500 Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/34 52
5541 Altenmarkt, Obere Marktstraße 14	+43 (0) 6452/64 86	

	5580 Tamsweg, Postplatz 1	+43 (0) 6474/6900
	5582 St. Michael / Lungau, Poststraße 6	+43 (0) 6477/86 11
	5600 St. Johann / Pongau, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/88 81
	5700 Zell am See, Postplatz 1	+43 (0) 6542/72 400
	5730 Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/44 31
	5760 Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/726 44

LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Zentrale:	8010 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
11 Filialen:	8010 Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-5821
	8010 Graz, Plüddemangasse 96	+43 (0) 316/8051-5861
	8020 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
	8053 Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-5780
	8280 Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230-5452
	8330 Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5796
	8430 Leibnitz, 27. Jännerstraße 2	+43 (0) 3452/71133
	8530 Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8600 Bruck/Mur, Koloman-Wallisch-Platz 22	+43 (0) 3862/51852-5890
	8750 Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
8970 Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453	

HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6020 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700
24 Filialen:	1010 Wien, Tegetthoffstraße 4	+43 (0) 50700-5200
	6020 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
	6020 Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020 Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020 Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020 Innsbruck, Amraser Straße 25	+43 (0) 50700-7300
	6020 Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060 Hall i. T., Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6100 Seefeld, Innsbrucker Straße 8	+43 (0) 50700-5100
	6130 Schwaz, Andreas-Hofer-Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166 Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290 Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300 Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330 Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370 Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380 St. Johann i. T., Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410 Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400

	6460 Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900
	6500 Landeck, Malser Straße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600 Reutte, Mühler Straße 12	+43 (0) 50700-1900
	9900 Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-39012 Meran, Freiheitsstraße 18/2	+39 0473 066319
	I-39042 Brixen, Stadelgasse 12/b	+39 0472 979797
	I-39100 Bozen, Schlachthofgasse 30a	+39 0471 1961000

VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50 414-10 00
23 Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 50 414-74 00
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 49	+43 (0) 50 414-70 00
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 50 414-30 00
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 50 414-38 00
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 50 414-32 00
	6793 Gaschurn, Schulstraße 6 b	+43 (0) 50 414-34 00
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 50 414-20 00
	6800 Feldkirch, Landeskrankenhaus, Carinagasse 47-49	+43 (0) 50 414-24 00
	6830 Rankweil, Landeskrankenhaus, Valdunastraße 16	+43 (0) 50 414-26 00
6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 50 414-22 00	

6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 50 414-60 00
6845 Hohenems, Bahnhofstraße 19	+43 (0) 50 414-62 00
6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 50 414-40 00
6850 Dornbirn, Messepark, Messestraße 2	+43 (0) 50 414-42 00
6863 Egg, Wälderpark, HNr. 940	+43 (0) 50 414-46 00
6890 Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 50 414-50 00
6900 Bregenz, Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 50 414-18 00
6923 Lauterach, Hofsteigstraße 2a	+43 (0) 50 414-64 00
6971 Hard, Landstraße 9	+43 (0) 50 414-16 00
6973 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 50 414-52 00
6991 Riezlern, Walserstraße 31	+43 (0) 50 414-80 00
8010 Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 50 414-68 00
CH-9004 St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00

(Stand: Mai 2014)

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.
 Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär KR Dr. Claus Fischer-See.
 Alle A-1040 Wien, Brucknerstraße 8.